

Zur Kommunalwahl 15.03.2026

Unsere Forderungen

**Kassel
radikal
sozial!**

Die Linke

Kreisverband
Kassel-Stadt

www.die-linke-kassel-stadt.de

Inhalt

Die wichtigsten Punkte für Dich auf einen Blick.....	3
1. Demokratie, Teilhabe und internationale Solidarität	5
1.1 Spaltung überwinden – demokratische Selbstbestimmung erweitern.....	5
1.2 Rote Kante gegen rechts! Antifaschismus in und um Kassel.....	6
1.3 Mehr demokratische Offenheit & weniger Koalitions-Kalkül ins Rathaus	8
1.4 Internationale Solidarität ist auch kommunale Verpflichtung	9
2. Gute Arbeit und mehr soziale Sicherheit	11
2.1 Gute Arbeitsbedingungen in der Kommune stärken!.....	11
2.2 Sozial-ökologische Transformation mitgestalten	12
2.3 Solidarität statt Schikane: gegen Niedriglöhne und Sanktionen	13
2.4 Weniger Armut, mehr Teilhabe!.....	14
2.5 Altenpflege und Altenarbeit – gemeinnützig und kommunal.....	17
2.6. Sorgezentren: Hilfe und Gemeinschaft im Stadtteil.....	18
3. Stadtentwicklung – ökologisch und sozial.....	20
3.1 Eine Stadt für alle	20
3.2 Eine Stadt innerhalb der planetaren Grenzen	20
3.3 Umbau statt Abriss – für einen zukunftsfähigen Gebäudebestand	21
3.4 Innenentwicklung statt Flächenversiegelung	21
3.5 Nachverdichtung und gemischte Nutzung.....	22
3.6 Aktive Bodenpolitik – Grundstücke als öffentliches Gut.....	23
3.7 Aktivierung von Leerstand.....	24
3.8 Klimaanpassung: Vorbereitung auf Extremwetter.....	24
3.9 Zivilschutz für unsere sichere Stadt.....	25
3.10 Mehr und bessere Beteiligung der Öffentlichkeit.....	26
4. Bezahlbares Wohnen für alle – Schutz vor Verdrängung sichern	28
4.1 Wohnen darf nicht arm machen!	28
4.2 Mehr öffentliches Eigentum an Wohnraum	28
4.3 Soziales Wohnen – mehr statt weniger	29
4.4 Schutz vor Verdrängung – Mieter*innen im Bestand schützen	30
4.5 Handlungsmöglichkeiten der Stadt nutzen	31
4.6 Hilfe bei Obdach- und Wohnungslosigkeit	33
4.7 Gemeinsam den Wohnungsmarkt in Bewegung bringen	34
5. Kinder, Jugend und Bildung stärken.....	35
5.1 Eine zukunftsfähige Politik für Kinder und Jugendliche	35
5.2 Bildung fängt bei den Jüngsten an.....	36
5.3 Schule für Bildungsgerechtigkeit, Toleranz und individuelle Förderung	38
5.4 Vielfalt und Inklusion leben – sichere Schulen für alle	40

5.5	Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit, tarifliche Beschäftigung und sinnvoller Ausbau der Ganztagsangebote	43
5.6	Schulsanierungen vorantreiben, Schulentwicklung für mehr Chancengleichheit	44
5.7	Politische Bildung und lebenslanges Lernen	46
5.8.	Übergänge Schule, Ausbildung, Beruf: Zukunft fördern!	47
6.	Gesundheit ist keine Ware – für eine solidarische und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung in Kassel	50
6.1	Unser Leitbild: Öffentliche Daseinsvorsorge statt Profitinteressen	50
6.2	Situation in Kassel: Kommunale Verantwortung für Gesundheit	51
6.3	Gerechte und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen	52
6.4	Flächendeckende Versorgung, Prävention und neue Lösungsansätze	52
6.5	Für eine akzeptanzorientierte, sachliche Drogen- und Suchtpolitik	52
6.6	Armut macht krank – Krankheit macht arm	53
6.7	Migration und kultursensible Gesundheitsförderung	53
6.8	Klimawandel, Umwelt und Gesundheit	54
7.	Kultur, Freizeit und Sport: Teilhabe und Bewegung für alle	57
7.1	Kulturelle Bildung	57
7.2	Selbstorganisation in der Kunst- und Kulturszene fördern und ausfinanzieren	58
7.3	(Frei-)Räume für Kunst und Kultur	60
7.4	Die Stadt Kassel und die documenta	60
7.5	Sport und Freizeit	61
8.	Gleichberechtigt und sicher leben in Kassel	64
8.1.	Sicherheit im öffentlichen Raum	64
8.2	Gewaltprävention, Beratung und Hilfe für von Gewalt Betroffene	65
8.3	Verwirklichung der Grundrechte „Gleichheit“ und „Schutz der Würde“ für Menschen afrikanischer Abstammung	66
8.4	Abschiebungen stoppen und verhindern	67
8.5	Barrierefreiheit verbessern	68
9.	Sozial-ökologisches Leben und Wirtschaften in Kassel	69
9.1	Kein Aufschub für Klimaschutz – Klimaschutzrat aufwerten	70
9.2	Weniger (Auto-)Verkehr und Stau – mit Bus und Bahn, zu Fuß oder dem Fahrrad durch Kassel	70
9.3	Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif	74
9.4	Erneuerbare Energie und Wärme – für alle und bezahlbar	75
9.5	Reparieren und wiederverwenden – weniger Verschwendungen	78
9.6	Klimakiller abrüsten und abschöpfen	79
9.7	Städtische Unternehmen demokratisieren	81
9.8	Finanzen gerechter und transparent gestalten	81
9.9	Geld von Land und Bund erkämpfen!	83

Die wichtigsten Punkte für Dich auf einen Blick

Die Linke setzt sich ein, für eine sozialistische Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen, für ein Ende der Zerstörung unserer natürlichen Grundlagen und für eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen in Frieden und sozialer Sicherheit leben.

Diese Vision beginnt hier vor Ort: Kassel braucht eine Kommunalpolitik, die sich kümmert statt kürzt! Wir haben genug von Mietennotstand, Privatisierungen, Kürzungen und Sozialabbau, Abschiebepolitik, nationalistischer Hetze und Kriegstreiberei. Während Konzerne und Vermögende Rekordgewinne feiern, wächst der Druck auf Beschäftigte, Rentner*innen, Wohnungslose, Alleinerziehende, Jugendliche und Erwerbslose. Diese Ungleichheit ist kein Zufall – sie ist das Ergebnis des kapitalistischen Systems, das Reichtum nach oben umverteilt und Armut und Diskriminierung organisiert.

Dagegen organisieren wir Widerstand. Wir treten dem kapitalistischen System mit einer klaren sozialistischen Perspektive und Haltung entgegen: einer Politik, die Eigentum, Arbeit und Demokratie neu ordnet – im Interesse aller Menschen, nicht der Wenigen. Wir stehen geschlossen solidarisch gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Armut, Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, sexueller Orientierung, körperlicher und psychischer Verfasstheit. Unsere Solidarität endet nicht an kommunalen oder nationalen Grenzen. Eine gerechte Kommunalpolitik in Kassel bedeutet für uns auch eine ehrlich gelebte internationale Solidarität – mit allen Menschen, die unter Unterdrückung, Ausplünderung, Krieg und Besatzung leiden. Wir stehen an der Seite derjenigen, die für Selbstbestimmung, einen gerechten Frieden und ein Leben in Würde kämpfen.

Linke Kommunalpolitik steht für eine Stadt, in der die öffentliche Daseinsvorsorge, also Energie, Wasser, Wohnen, Pflege, Mobilität und Bildung, in öffentlicher Hand liegt und demokratisch verwaltet wird – weil diese Bereiche keine Waren sein dürfen, sondern Grundlage für ein gutes Leben. Kassel muss eine sorgende Stadt sein, die Sicherheit, soziale Teilhabe und Zukunft für alle bietet. Eine starke demokratische Gesellschaft und ein lebenswerter Alltag für alle Bewohner*innen Kassels brauchen ausreichende Finanzierung. Während Milliarden in Rüstung, Konzernsubventionen und klimaschädliche Industrien fließen, wird an Geldern für Sozialleistungen, Kitas, Bildung, Kultur, Pflege und Klimaschutz massiv gekürzt. Auch in Kassel sehen wir die Folgen: öffentlicher Verfall trotz Rekordeinnahmen, Leerstand, bröckelnde Schulen, marode Straßen, fehlende Kinderbetreuungs- und Sozialangebote. Es ist Zeit, dass öffentliche Mittel wieder dorthin fließen, wo sie hingehören – in die Hände der Menschen, nicht in die Taschen der Reichen. Wir fordern eine konsequente Umverteilung und eine Umstrukturierung der Finanzierung unserer Stadtteile sowie städtischer Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebote.

Eine sozial-ökologische Wende ist längst überfällig: hin zu einer autofreien, klimagerechten Stadt mit kostenlosem ÖPNV, sicheren Radwegen, sauberer Luft und sauberen Stadtteilen, genügend Grünflächen und Spielplätzen; hin zu einer gerechten Wohnungspolitik, die Spekulationen stoppt und bezahlbares Wohnen garantiert; hin zu Nachbarschaften mit Treffpunkten ohne Konsumzwang, günstigem und gesundem Essen sowie Raum für Kultur, Kinder, ältere Menschen und gegenseitige Hilfe, um der Einsamkeit entgegenzuwirken und den sozialen Zusammenhalt, die freie Kunst- und Kulturszene und Solidarität zu stärken.

Linke Kommunalpolitik ist in Kassel eine feste Größe. Wir sind die einzige Oppositionspartei, die soziale und ökologische Themen voranbringt – gegen die Koalition der Unbeweglichkeit aus aktuell

FDP, CDU und Grünen. Die Linke ist fest verankert in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung und in acht Ortsbeiräten. Und wir sind verbunden mit Initiativen und Organisationen, die sich für eine gerechtere Stadt einsetzen.

Wir treten an, um mit einer starken Linken Fraktion im Rathaus gegen Rassismus, Sozialabbau, Privatisierung und Klientelwirtschaft zu kämpfen – für eine solidarische, demokratische und klimagerechte Stadt, die allen gehört. Unsere Politik macht keine Kompromisse mit denen, die von Ungleichheit profitieren. Wir vertreten die Interessen der Mehrheit in Kassel, nicht der Wenigen, die an ihrer Not verdienen. Wir sind die Stimme derer, die keine Lobby haben: der Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Rentner*innen, der Kulturschaffenden, der Umweltaktivist*innen, der Wohnungslosen, der Kinder und Jugendlichen, der Geflüchteten, Asylsuchenden und aller, die unter den Krisen des Kapitalismus am meisten leiden.

Für uns ist politische Arbeit außerhalb des Parlaments entscheidend – dort werden wir nur etwas ändern, wenn wir außerparlamentarischen Druck aufbauen. Wir sind schon heute die Schnittstelle zwischen Stadtparlament, Umwelt-, Kultur- und Bildungsinitiativen, Gewerkschaften, Verbänden und weiteren außerparlamentarischen Bewegungen und weiten diesen Teil der Arbeit stetig aus. Als starke, organisierte Linke – gemeinsam mit den Gewerkschaften, Beschäftigten und sozialen Bewegungen und Initiativen in Kassel und bundesweit und über alle Grenzen hinweg.

Unsere Kandidaturen sind kein Ersatz für außerparlamentarische Aktivitäten – sondern wir stärken sie mit unseren Kapazitäten. Uns ist die Begrenztheit der Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung bewusst. Sie ist für uns ein weiterer Ort, an dem wir gemeinsam Ideen Gehör verschaffen und für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen werden. Mit der Unterstützung unserer Wähler*innen und Mitstreiter*innen wollen wir auch in den nächsten 5 Jahren gemeinsam Kommunalpolitik machen. Denn es gibt noch viel zu tun in unserer Stadt, um sie demokratischer, bezahlbarer und freundlicher für alle zu gestalten. Das ist unser Ziel als Kasseler Linke.

Radikal sozial – die Kasseler Linke, auch im Rathaus!

1. Demokratie, Teilhabe und internationale Solidarität

Die wachsenden Gegensätze in unserer Gesellschaft sind kein Zufall, sondern Ausdruck eines Systems, in dem wenige vom Reichtum profitieren, den viele schaffen. Die Mehrheit arbeitet, um das Leben einiger Weniger zu finanzieren – ob in Fabriken, Pflegeeinrichtungen, Verwaltungen oder in der Sorgearbeit. Diese Verhältnisse sind nicht einfach eine „Spaltung“, sondern Ausdruck von Ausbeutung.

Wir wollen diese Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht verwalten, sondern verändern. Wahlen allein können das nicht, aber eine starke sozialistische Opposition im Rathaus kann Kämpfe verbinden, Missstände sichtbar machen und die Kräfte stärken, die für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden eintreten. Die demokratischen Rechte, die wir heute haben, wurden von Bewegungen der Arbeiter*innen und Unterdrückten erkämpft. Sie sind bedroht – weil der Kapitalismus selbst diese Rechte aushöhlt. Unsere Aufgabe ist, sie zu verteidigen und zugleich zu erweitern: hin zu echter Selbstbestimmung in Wirtschaft und Politik.

Autoritäre und rechte Bewegungen gewinnen an Boden, wenn soziale Widersprüche ungelöst bleiben und Hoffnungslosigkeit um sich greift. Wenn die Linke stärker wird, können wir dagegenhalten. Die Entwicklung hin zu autoritären Regierungen, sozialer Spaltung und Militarisierung ist kein ausschließlich europäisches Phänomen, sondern eine weltweite Tendenz der herrschenden Klasse, ihre Macht in der Krise zu sichern. Wer wirklich für Demokratie steht, muss sich dieser autoritären Wende überall entgegenstellen – in Berlin und Kassel ebenso wie in Moskau, Washington oder Brüssel.

Wir stehen für eine Kommunalpolitik, die klar sagt: Niemand ist illegal, Integration ist keine Bringschuld, sondern ein gegenseitiger Prozess – getragen von Gerechtigkeit, Anerkennung und Gleichberechtigung.

1.1 Spaltung überwinden – demokratische Selbstbestimmung erweitern

Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass alle gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen von den Menschen mitgestaltet werden, die beteiligt oder betroffen sind. Schulen von den Schüler*innen, das Jobcenter von den Arbeitssuchenden oder Gefängnisse von den Inhaftierten. In Betrieben und Verwaltungen sollen die Beschäftigten mehr entscheiden und Wirtschaftsräte sollen über Produkte und Verfahren mitbestimmen. Unsere ganze Produktions- und Lebensweise muss die Interessen der betroffenen Menschen im globalen Süden berücksichtigen. Ebenso die Rechte von Tieren, Natur und Ökosystemen.

Wir machen uns stark für die Ausweitung des Wahlrechtes für Menschen ohne deutschen Pass. Wir fordern aktives Wahlrecht auch für 16- und 17-Jährige und ein Paritätsgesetz, sodass Frauen gleichberechtigt repräsentiert sein müssen. Die Linke will außerdem bessere Bedingungen für Volksbegehren und Bürgerentscheide auf allen Ebenen.

In unserer Stadt wollen wir so viel wie möglich davon verwirklichen. Die Stadtpolitik soll nachvollziehbar und transparent sein und zur wirklichen Beteiligung einladen. Kommunikation und Bürgerbeteiligung sollen darauf ausgerichtet sein, dass möglichst viele erfahren und verstehen, um

was es geht, und auf dieser Grundlage auch entscheiden können. Heute sind diese Beteiligungsverfahren allzu oft nur „Mitmachfallen“.

Dabei braucht es ein besonderes Augenmerk auf Bewohner*innen, die wenig Zugang zur Kommunalpolitik haben. Die Sitzungstermine und -orte sind meist nicht an die Lebensrealitäten von Frauen, queeren Menschen, People of Color, Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Armutsbetroffenen, Vollzeiterwerbstätigen und Menschen mit Behinderung angepasst. Es braucht barrierefreie Räume, Hilfen wie Übersetzungsdiensste, flexible Zeiten, Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sowie bessere Honorare.

Vorschläge und Anträge aus den Ortsbeiräten, vom Jugendgremium, Senioren-, Behinderten-, oder Ausländerbeirat sind ebenso willkommen, wie Initiativen aus der Stadtgesellschaft. Für strittige Themen können repräsentative Bürger*innen-Räte Maßnahmen vorschlagen, die dann aber nicht in der Schublade landen dürfen, sondern schrittweise umzusetzen sind. Das gilt auch für die ausgearbeiteten Maßnahmenpakete aus dem Klimaschutzrat.

Wir wollen eine Debatte darüber anstoßen, welche zusätzlichen Entscheidungsbefugnisse den Ortsbeiräten gemäß HGO §82 Abs. 4 übertragen werden können. Hier sollte mehr möglich sein als Budgets zu (a) „Unterhaltung der Straßen, Geh- und Radwege“, (b) „Unterhaltung der Grünanlagen“ und (c) „Förderung der örtlichen Gemeinschaft“.

Wir wollen, dass die Stadt mit konkreten Projekten, mit Öffentlichkeitsarbeit und Bildung dazu beiträgt, dass Solidarität in unserer Kommune und Solidarität über Grenzen hinaus gestärkt wird. Bewusstsein über und Empathie für Menschen, die unter elenden Bedingungen leben oder bessere Lebensmöglichkeiten suchen, gehören zu einem demokratischen Gemeinwesen, genauso wie die Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen und Eingewanderte oder Mitbürger*innen mit Migrationsgeschichte zu bestärken.

Dafür setzen wir uns ein:

- **Die Einführung eines Wahlrechts für alle Menschen** mit gemeldetem Hauptwohnsitz in Kassel, unabhängig von Staatsbürgerschaft – inklusive Menschen mit Fluchterfahrung oder ohne Staatsangehörigkeit
- **Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren für die Kommunalwahlen in Kassel**

1.2 Rote Kante gegen rechts! Antifaschismus in und um Kassel

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit und die Würde und Rechte aller Menschen müssen zusammen verteidigt werden!

Wir befinden uns mitten in einem rechts-autoritären Umbau und einem damit einhergehenden gefährlichen Rechtsruck aller kapitalistischen Institutionen. Die politischen Kräfte, die bewusst gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befördern und menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einstufen, rücken in die Mitte der Gesellschaft. Weiße Vorherrschaft, der Abbau von Bürgerrechten und eine menschenfeindliche Politik sind direkte Angriffe auf unsere Vorstellung einer freien Gesellschaft.

Dagegen braucht es eine radikal soziale Politik, die den Menschen, sein alltägliches Leben und den Ausbau von öffentlicher Infrastruktur, die unsere Gesellschaft zusammenhält, in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen eine Stadtgesellschaft, in der Menschen solidarisch füreinander einstehen. Alle Menschen sind gleichwertig und haben die gleichen Grundrechte.

Die Geschichte zeigt, dass sozialistische und antikapitalistische Kämpfe erfolgreich sein und im Hier und Jetzt das Leben der Menschen verbessern. Sie zeigt aber auch, dass die Zugeständnisse, die die herrschende Klasse macht, um Protestbewegungen einzudämmen, immer auf ein gewisses Ausmaß begrenzt sind und sehr schnell zurückgenommen werden, wenn die Bewegung zurückgeht oder sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert.

Deshalb hören wir nicht damit auf, uns im Hier und Jetzt für Verbesserungen einzusetzen, aber wir geben uns nicht damit zufrieden. Wir kämpfen nicht nur für Reformen im bestehenden System, sondern für seine Überwindung. Denn wir wissen: Demokratie, soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Gleichberechtigung und ökologische Zukunft sind im Kapitalismus nie garantiert und stehen immer unter Vorbehalt.

Langfristig sicher sind wir, unsere Bedürfnisse und unsere Umwelt nur, wenn wir ein System erkämpfen, in dem wir unsere Menschenrechte und Grundbedürfnisse den Regierungen nicht immer und immer wieder abringen müssen, sondern eine Selbstverständlichkeit sind, über die wir, die Bevölkerung und Arbeiter*innen, gemeinsam bestimmen.

Dafür kämpfen wir:

- **Stärkung der Gegenkräfte und des außerparlamentarischen Widerstands** in der Zivilgesellschaft sowie eine klare Positionierung kommunaler Gremien und Verwaltungen gegen Rassismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Stellungnahmen und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte
- **Stärkung der antifaschistischen Bildung und Erinnerungskultur** – auch an die deutschen Kolonialverbrechen
- **Für Unterstützung und Vernetzung interkultureller Vereine, antirassistischer Gruppen und Initiativen der Flüchtlingshilfe:** Wir wollen den Zusammenhalt stärken – für eine antifaschistische und sozialistische Kommunalpolitik!
- **Für Beratungsstellen**, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt widmen

Zudem soll die Stadt Kassel einen niedrigschwlligen und unabhängigen Förder- und Solidartopf bereitstellen, aus dem sich basisdemokratische und autonome Gruppen unkompliziert Miete, Ausstattung oder Veranstaltungen finanzieren können.

1.3 Mehr demokratische Offenheit & weniger Koalitions-Kalkül ins Rathaus

In Kassel besteht derzeit eine Koalition aus Grünen, CDU und FDP, die in der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit haben. Zu viele Entscheidungen über Angelegenheiten, die alle betreffen, werden unter diesen drei Fraktionen „ausgedealt“, ohne dass es zum offenen Meinungsaustausch kommt. Zu häufig wirkt diese Konstellation wie ein Schweigekartell. Auch unsere besten Argumente prallen ab, weil die CDU ganz grundsätzlich nie einem Antrag der Linken zustimmt. Das war in einer kurzen Phase wechselnder Mehrheiten anders.

Für lebendige politische Diskussionen sind solche vermauerten Machtverhältnisse lähmend. Auch viele gute Vorschläge, zum Beispiel von Ortsbeiräten, scheitern daran. Zwar können sie über geringe sachgebundene Budgets verfügen, ansonsten klagen sie oft darüber, dass sie über geplante stadtteilbezogene Änderungen zu spät informiert werden und dass ihre Entscheidungen kaum Beachtung finden, wenn sie von den Planungen der Verwaltung abweichen. In den meisten Fällen werden Anliegen der verschiedenen Beiräte lediglich zur Kenntnis genommen, ohne dass sich daraus verbindliche Konsequenzen ergeben. Das reduziert ihre Rolle auf symbolische Beteiligung. Zu häufig entsteht der Eindruck, dass Magistrat und Stadtverwaltung erklären, warum etwas nicht geht, anstatt Lösungen zu finden. Dazu kommt, dass demokratische Projekte und Initiativen fürs Gemeinwesen oft zu wenig (auch finanzielle) Unterstützung erhalten.

Was die Wirtschaft betrifft, hat die FDP ihr Steckenpferd ins Rennen geschickt und ein Konzept beschließen lassen, das mit dem Unternehmerverband, Handwerks- und Industrie- und Handelskammer abgestimmt ist. Was darin nicht vorkommt, sind Klimaschutzplan, Transformations-Netzwerk, kommunale Unternehmen oder die Gewerkschaften. Das ist nicht nur unzeitgemäß, sondern auch undemokratisch.

Unsere Forderungen konkret:

- **Beiräte aufwerten**

Die bestehenden Beiräte sollen Rederecht in allen Gremien der Stadtverordnetenversammlung erhalten, damit ihre Expertise verbindlich in Entscheidungen einfließt. Wir setzen uns dafür ein, dass gesellschaftlich marginalisierte Gruppen ihren eigenen, mit Satzung verankerten Beirat bekommen, z. B. Frauen, queere Menschen und armutsbetroffene Menschen. Die Beiräte sollen mit Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sein. Ämter der Stadtverwaltung werden angewiesen, die Ortsbeiräte sehr frühzeitig über geplante Änderungen im Stadtteil zu informieren, diese in die Entscheidungsfindung intensiver einzubeziehen und ihre Stellungnahmen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

- **Betroffene im Pakt gegen Armut verankern**

Von Armut betroffene Menschen sollen regelmäßig in die Foren des Paktes gegen Armut eingeladen und angehört werden. Ihre Erfahrungen und Anliegen sollen in geeigneten Formaten eingebracht und berücksichtigt werden.

- **Solidarische Selbstorganisation unterstützen**

Selbstbestimmt organisierte soziale, kulturelle und demokratische Initiativen sollen auch ohne bürokratische Hürden und komplexe Antragsverfahren unterstützt werden. Die Stadt

stellt einen Fördertopf bereit, aus dem basisdemokratische und autonome Gruppen unkompliziert Geld für Miete, Ausstattung oder Veranstaltungsarbeit erhalten können sowie kostenlos Räume für Treffen und Veranstaltungen jeder Art. Dabei soll die Unterstützung marginalisierter Gruppen im Mittelpunkt stehen. Entscheidungen über Mittelvergabe erfolgen transparent und unbürokratisch nach einfachen und klaren Kriterien.

1.4 Internationale Solidarität ist auch kommunale Verpflichtung

Wir stehen solidarisch an der Seite unterdrückter Völker weltweit.

In Palästina, wo die Bevölkerung unter Besatzung durch ein Apartheidsregime, Vertreibung und systematischer Blockade leidet. In Kurdistan, wo unsere Genoss*innen in ihrem Kampf für kurdische Selbstverwaltung und demokratische Bewegungen unterdrückt werden. Im Sudan, wo Menschen unter immer weiter eskalierender Gewalt, Vertreibung, Blockade von Hilfslieferungen und Hunger leiden. In der Ukraine, wo seit Jahren der russische Angriffskrieg tobts und viele in die Flucht getrieben wurden. Unsere Stadt erhält ihre Identität aus den vielen kulturellen Perspektiven und ist weltweit als documenta-Stadt bekannt. Wir wollen, dass sie sich deshalb als besonders weltoffen versteht und zu solchen Vorgängen nicht schweigt.

Dafür kämpfen wir:

- **Veranstaltungen, Gedenktage und Bildungsarbeit** zu diesen Themen sollen aktiv unterstützt werden.
- **Die Sichtbarkeit und politische Beteiligung migrantischer Communities** muss aktiv gefördert werden. Insbesondere dort, wo sie von struktureller Marginalisierung, politischer Stigmatisierung oder Repression betroffen sind.

Internationale Unterdrückung und westlicher Imperialismus betreffen uns auch in Kassel: Menschen aus Kurdistan, Palästina, Syrien, Afghanistan, Somalia und vielen anderen Ländern dieser Welt leben hier zusammen. Ihre Sicherheit, Teilhabe und Würde hängen direkt von unserer Haltung und dem Handeln der Stadt Kassel ab. Internationale Solidarität heißt deshalb auch: Schutz vor Verfolgung und Abschiebung; Räume für politische und kulturelle Selbstbestimmung; Sichtbarkeit aller Geschichten und Perspektiven im öffentlichen Raum.

Gemeinsam mit der Gruppe „kassel postkolonial“ setzen wir uns für einen differenzierten, rassismuskritischen Umgang mit der Geschichte Kassels ein. Wir sagen: 80 Jahre Soemmeringplatz und Wissmannstraße sind genug! Unsere Initiative im Stadtparlament hat dazu geführt, dass eine Expertenkommission derzeit alle Benennungen überprüft. Die Ergebnisse stehen noch aus.

Was die Städtepartnerschaften betrifft, wird derzeit mit zweierlei Maß gemessen: Der Magistrat hat mit Mehrheit beschlossen, dass die Partnerschaft mit der russischen Stadt Jaroslawl ruht, solange Russland Krieg gegen die Ukraine führt. Unser Antrag, auch die Partnerschaft mit der israelischen Stadt Ramat Gan ruhen zu lassen, solange Israel Krieg gegen Gaza führt, wurde abgelehnt.

Wir fordern konkret:

- **Überprüfen von Straßennamen**

Straßen, Plätze und Ehrenbürgerschaften von Personen, die rassistische, faschistische oder sonstige menschenverachtende Taten begangen oder legitimiert haben, müssen umbenannt werden. Dazu fordern wir Aufklärungsarbeit der Stadt und Beteiligung der Bewohner*innen.

- **Faire Beziehungen pflegen**

Bei Aufträgen und Beschaffungen der Stadt werden Akteur*innen und Lieferant*innen bevorzugt, die faire Handelsbeziehungen pflegen. In der Verwaltung und für Veranstaltungen der Stadt sollen Fairtrade-Produkte (insbesondere Kaffee, Tee und Schokolade) eingekauft werden.

- **Städtepartnerschaften demokratisieren**

Kommunale Partnerschaften – insbesondere mit Städten in Krisenregionen – sollen genutzt werden, um Dialog, Austausch und Solidarität zu fördern. Offizielle Städtepartnerschaften dürfen nur gepflegt werden, wenn Grundrechte und internationales Recht geachtet werden. Wir fordern, dass auch die Städtepartnerschaft zwischen Kassel und Ramat Gan ruht, solange die Apartheid nicht beendet ist und kein Frieden in Palästina herrscht. Zudem fordern wir den Aufbau einer Städtepartnerschaft mit einer palästinensischen Stadt.

- **Praktische Solidarität fördern**

Die Stadt Kassel soll Aufbau-Partnerin werden für konkrete Projekte in Kriegsgebieten und Unterstützung in der Stadtgesellschaft dafür mobilisieren, z. B. für den Wiederaufbau eines Krankenhauses in Gaza, für den (Wieder-)Aufbau eines regenerativen Kraftwerkes in der Ukraine, für Ernährungshilfe in Somalia und im Sudan.

2. Gute Arbeit und mehr soziale Sicherheit

Die Linke steht an der Seite der Beschäftigten und Gewerkschaften – für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und starke Mitbestimmung. Linke Kommunalpolitik steht für starke Gewerkschaften, verbindliche Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen vor Ort und eine gerechte Finanzierung der Kommunen – für Umverteilung von oben nach unten und für Respekt vor der Arbeit der Menschen. Die Angst vor Stigmatisierung und sozialem Absturz zwingt viele Menschen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und miese Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, auch in Kassel. Armut trotz Arbeit – für viele Beschäftigte ist das bittere Realität. Wir nehmen das nicht hin!

Menschen ohne Erwerbsarbeit müssen ohne Existenzangst leben können. Alle sind Teil unserer Gesellschaft, brauchen Respekt, Teilhabe und auch Unterstützung. Wir setzen uns ein für soziale Infrastrukturen, die vor allem Menschen mit kleinem Einkommen nützt und demokratischen Zusammenhalt stützt. Dafür brauchen die Kommunen mehr Geld. Umverteilung und mehr finanzielle Beteiligung der Überreichen ist für das Allgemeinwohl unverzichtbar.

2.1 Gute Arbeitsbedingungen in der Kommune stärken!

Wir unterstützen Arbeitskämpfe auch auf kommunaler Ebene und wollen, dass die Stadt Kassel klar an der Seite der lohnabhängig Beschäftigten steht. Die Stadt muss selbst ein gutes Vorbild sein: mit fairen Löhnen, guten Arbeitsbedingungen, sicheren Arbeitsplätzen und verlässlichen Tarifverträgen, auch im Sozial- und Erziehungsbereich. Dazu gehört, dass Tarifbindung selbstverständlich auch für alle städtischen Betriebe, Beteiligungen und privatrechtlichen Gesellschaften gilt – auch bei Minderheitsbeteiligungen. Die Tarifflucht durch Auslagerung von Arbeitsplätzen in Subunternehmen muss aufhören!

In vielen Kommunen werden Tarifverträge umgangen, Personal abgebaut und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Arbeit muss ein gutes Leben ermöglichen und vor Armut im Alter schützen. Auch die Stadt Kassel trägt dafür Verantwortung: Sie muss bei Ausschreibungen auf gute Arbeitsbedingungen achten und darf im eigenen Einflussbereich keine Niedriglöhne dulden. In Kassel fehlt städtisches Personal, die Belastung steigt, während demokratische Beteiligung gerade in ausgegliederten Bereichen viel zu kurz kommt. Auch deshalb setzen wir uns gegen das Auslagern städtischer Aufgaben und für Rekommunalisierung ein.

Wir fordern konkret:

- **Die Stadt Kassel soll sich aktiv für höhere Tarifabschlüsse einsetzen.**
In den kommunalen Arbeitgeberverbänden kann und soll sich der Magistrat zur Politik einer fairen Bezahlung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der städtischen Betriebe bekennen.
- **Keine öffentlichen Aufträge ohne Tarifbindung**
Bei städtischen Ausschreibungen muss strikt auf die Einhaltung von Tarifverträgen geachtet werden. Und es braucht echte Kontrollen. Bei Verstößen sind Sanktionen und Konsequenzen notwendig. Auch im Hessischen Städtetag und den kommunalen Spitzenverbänden muss die

Stadt Kassel klare Haltung zeigen gegen Outsourcing und Kürzungen und für eine bessere Finanzierung der Kommunen eintreten.

- **Reinigungsdienste rekommunalisieren**

Unter Berücksichtigung sozialer Kriterien wie Tariftreue, faire Löhne und Mitbestimmung, soll die Gebäudereinigung grundsätzlich zurück in die städtische Verantwortung. Die beschäftigten Reinigungskräfte sind Teile der Gesamtorganisation von Schulen und Verwaltung.

- **Mehr Transparenz bei städtischen Förderungen und Subventionen**

Öffentliche Gelder darf es nur geben, wenn gute Arbeitsbedingungen garantiert sind.

- **Stärkung demokratischer Mitbestimmungsrechte**

In der Stadtverwaltung und in allen städtischen Gesellschaften – auch in ausgelagerten oder teilprivatisierten Bereichen – sollen die Beschäftigten aktiv in Entscheidungen einbezogen werden – zumindest, wenn diese das eigene Arbeitsumfeld betreffen.

- **Gleichbehandlung bei JAFKA und Stadtbild**

Wir fordern die Übernahme aller Bestimmungen des TVöD für die Beschäftigten der städtischen Tochtergesellschaften und die Dynamisierung der Mittelzuweisung.

2.2 Sozial-ökologische Transformation mitgestalten

Die Klimakrise wird immer deutlicher! Gleichzeitig ist die Rede von Werksschließungen und Stellenabbau, vor allem in der Industrie – auch in Kassel und Region. Viele Kolleg*innen bangen um ihre Arbeitsplätze, während Manager*innen hohe Profite einstreichen. Auch in anderen Bereichen geraten Beschäftigte zunehmend unter Druck, Arbeitsbedingungen werden unsicherer. Die vorherrschende Politik stellt Kriegstüchtigkeit und Profite über soziale Sicherheit. Das wollen wir ändern! Als Linke fordern wir eine konsequente sozial-ökologische Transformation – aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten! Für uns gehören Klimaschutz und gute Arbeit zusammen. Der Wandel hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft muss demokratisch und gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen gestaltet werden. Der Umbau hin zu CO₂-armer Produktion, alternativen Antrieben oder nachhaltigen Produkten darf nicht zur Bedrohung für Beschäftigte werden, sondern muss neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region bieten. Dafür braucht es eine langfristige kommunale Strukturpolitik, öffentliche Investitionen, entsprechende Qualifizierung, Mitbestimmung und eine klare kommunale Verantwortung. Nur wenn Beschäftigte aktiv in die Transformation eingebunden sind, entsteht Akzeptanz für den notwendigen Wandel. Eine gerechte Klimapolitik bedeutet, niemanden zurückzulassen – weder in Kassel noch anderswo.

Als Linke fordern wir:

- **Regionale Strukturpolitik und einen Transformationsrat**

Kassel soll sich – zusammen mit den Gemeinden im Umkreis – um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen kümmern und eine kommunale Strukturpolitik entwickeln, die soziale Sicherheit, Klimaschutz und demokratische Mitbestimmung verbindet. Dabei ist der

DGB Nordhessen einzubinden und dessen Erfahrungen aus dem Projekt TreKS (Transformationsnetzwerk Kassel). Vor allem aber müssen Betriebsrat*innen und die Expert*innen des Klimaschutzrates beteiligt sein.

- **Lokale, öffentliche Auffang- und Qualifizierungsgesellschaften**

Diese sollen die Stadt unterstützen, um den Umbau zu klimafreundlichen Technologien sozial abzusichern.

- **Förderung nachhaltiger Produktion in der Region**

Für langlebige, reparierbare und klimafreundliche Güter „Made in Kassel“

- **Konzepte zur Konversion der Rüstungsindustrie**

Die Produktion von Waffen darf nicht „das Ende der Geschichte“ sein. Die Menschheit braucht zivile, ökologisch sinnvolle Produkte.

2.3 Solidarität statt Schikane: gegen Niedriglöhne und Sanktionen

Wir stehen für Solidarität statt Schikane. Als Linke setzen wir uns für ein gutes Leben für alle ein, für ein solidarisches Miteinander und gegen die Ausgrenzung von Menschen, die Transferleistungen beziehen. Die Linke setzt sich bundesweit für eine sanktionsfreie, existenzsichernde Mindestsicherung in Höhe von 1400 € pro Person ein (plus Mietzuschuss in Ballungsräumen mit sehr hohen Mieten). Hier sollen alle ohne Existenzangst leben können!

Wir wollen soziale und kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen und lehnen Sanktionen und Zwangsmaßnahmen gegen Arme ab. Es sind die Überreichen, die viel zu wenig Steuern zahlen und dem Sozialstaat schaden. Die Hartz-Reformen haben einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen. Anstatt das zu korrigieren, will die Bundesregierung nun den Druck auf Bürgergeldbeziehende weiter erhöhen. Das ist absurd und lenkt von den wahren Problemen ab, wie wachsender Ungleichheit und einem Staat, der sich zunehmend aus der sozialen Verantwortung zurückzieht.

Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist nach einem Jahr ohne Job von Bürgergeld und Armut bedroht. Lang erworbene Ansprüche werden vernichtet. Statt die Ursachen von Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, werden die Beschäftigten faktisch enteignet. Im Rahmen der geplanten Bürgergeld-Reform will die Bundesregierung die Sanktionen gegen Leistungsbeziehende verschärfen: Kürzungen bis zu 30 Prozent, in Extremfällen sogar komplett Leistungseinstellungen. Das ist entwürdigend und verstößt gegen das Grundgesetz. Dabei reichen die Regelsätze schon heute kaum zum Leben, bei den Wohnkosten müssen viele Menschen sogar draufzahlen.

Die Aufnahme von Arbeitsverhältnissen muss freiwillig sein! Die allermeisten Menschen wollen arbeiten und teilhaben. Für viele ist es allerdings schwierig, einen Job zu finden, mit dem sie ihr Leben ausreichend finanzieren können: Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt, schlechte Bedingungen, keine Arbeitsplätze, die zur eigenen Lebensrealität passen, eine fehlende Ausbildung, mangelnde Kinderbetreuung, Pflegeverpflichtungen, gesundheitliche Einschränkungen oder Sprachbarrieren erschweren die Arbeitssuche. Viele müssen trotz Arbeit mit Bürgergeld aufstocken, während das Leben immer teurer wird.

Scham und die Angst vor Erniedrigung oder Schikane belasten erwerbslose Menschen zusätzlich. Auch das wollen wir ändern. Das Jobcenter soll fördern, helfen und ermutigen. Die Beschäftigten dort brauchen dafür selbst gute Arbeitsbedingungen und Unterstützung.

Wir fordern konkret:

- **Beteiligung von Erwerbslosen im Jobcenter-Beirat**
Betroffene sollen als Expert*innen in eigener Sache mitreden können.
- **Einen besseren Betreuungsschlüssel im Jobcenter Kassel**
Auch wenn das die Stadt nicht zu verantworten hat, kann die Forderung aber vom Magistrat an die Bundesagentur für Arbeit gerichtet werden.
- **Entfristung und bessere Qualifizierung der Mitarbeiter*innen**
- **Zügige Bearbeitung von Anträgen, um existenzielle Notlagen schnell zu entschärfen**
- **Schuldner*innenberatung für alle gleichermaßen**
Leistungsberechtigte sollen – so wie alle anderen – direkten Zugang zur Schuldnerberatung haben, ohne zuvor einen Gutschein erbitten zu müssen.

2.4 Weniger Armut, mehr Teilhabe!

Mit dem „Sozialkompass Kassel“ hat die Linke eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung armer Menschen eingenommen. Die kostenlose Broschüre wird sowohl gedruckt verteilt als auch online bereitgestellt. Sie enthält eine umfassende Sammlung von Anlaufstellen, Beratungsangeboten sowie Initiativen und Orten, die Hilfe bei Themen wie Lebensmitteln, Kleidung und anderen alltäglichen Bedürfnissen bieten – und damit das Leben mit (zu) wenig Geld in unserer Stadt erleichtern. Erstmals erschien der Sozialkompass im Jahr 2008, finanziert durch Spenden unserer Abgeordneten und von unserer Rathausfraktion herausgegeben.

Die Linkenfraktion fordert schon lange eine deutliche Anhebung der Obergrenzen für Miete und Heizkosten – in Kassel und bundesweit. Laut Bundesagentur für Arbeit beziehen aktuell rund 23.900 Kasseler*innen Bürgergeld, verteilt auf etwa 11.700 Bedarfsgemeinschaften (Familien, Paare, Wohngemeinschaften etc.). Überproportional viele Alleinerziehende und ihre Kinder sind auf das Bürgergeld angewiesen. Dabei sind die Kosten der Unterkunft (KdU), also Kaltmiete plus Betriebskosten und Heizkosten, die das Jobcenter übernimmt, in vielen Fällen deutlich niedriger als die tatsächlichen Wohnkosten. In Kassel sind die lokal definierten Grenzwerte weiterhin viel zu gering, sodass Bürgergeld-Empfänger*innen zu diesem Preis häufig keine Wohnung finden. Fast 25 % aller Bedarfsgemeinschaften in Kassel zahlen aus eigener Tasche drauf, was dringend geändert werden muss. Oftmals führen die unrealistisch niedrigen Grenzwerte dazu, dass Kinder und Jugendliche kein eigenes Zimmer haben.

Wir wollen, dass kein Kind in Kassel vom Mittagessen, von der Klassenfahrt oder vom Musikunterricht ausgeschlossen bleibt, weil Anträge zu kompliziert sind oder Angebote nicht bekannt. Bildung und Teilhabe sind ein Recht für alle! Jedes Kind in Kassel soll die gleichen Chancen auf Bildung, kulturelle Teilhabe und persönliche Entwicklung haben – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Eigentlich hat das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) genau das zum Ziel. In der Praxis scheitern jedoch viele Familien an hohen bürokratischen Hürden: komplizierte Antragsverfahren, kurze Bewilligungszeiträume und unzureichende Informationen führen dazu, dass viele ihre Ansprüche gar nicht wahrnehmen können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungs- und Teilhabeleistungen in Kassel einfach, unbürokratisch und diskriminierungsfrei zugänglich werden. Die Stadt muss hier aktiv unterstützen – durch digitale und persönliche Anlaufstellen, mehrsprachige Informationen und eine bessere Aufklärung von Eltern, Schulen und Vereinen über die bestehenden Angebote. Eine Beantragung darf nicht mit Scham verbunden sein: Bescheinigungen von Schulen oder Vereinen dürfen keine Voraussetzung für Unterstützung sein. Darüber hinaus braucht es eine grundlegende Entbürokratisierung des gesamten Verfahrens. Zahlreiche Nachweise, separate Anträge für verschiedene Teilbereiche und kurze Bewilligungszeiträume erschweren die Inanspruchnahme zusätzlich. Lange Bearbeitungszeiten – insbesondere im Jobcenter – dürfen nicht dazu führen, dass Eltern Mahngebühren zahlen oder sogar Pfändungsmaßnahmen befürchten müssen.

Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz steigt in Deutschland und auch in Kassel kontinuierlich. Mehr als 10 % der Obdachlosen leben in Kassel (freiwillig oder unfreiwillig) auf der Straße. Immer häufiger sind Frauen betroffen. Wir setzen uns ein für mehr sichere und gut erreichbare Übernachtungsplätze, einschließlich spezieller Plätze nur für Frauen oder Menschen mit Hunden, und mehr warme Aufenthaltsorte tagsüber, damit niemand gezwungen ist, auf der Straße zu bleiben. Außerdem fordern wir eine bessere Ausstattung der Sozialarbeit in diesem Bereich, um langfristige, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und eine kontinuierliche Begleitung der Betroffenen zu gewährleisten. Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die Stadt Kassel muss Verantwortung übernehmen: Menschen ohne Wohnung brauchen Schutz, Perspektiven und Unterstützung, damit sie ein würdevolles Leben führen können.

Armut zeigt sich in vielen Formen – von fehlenden Bildungs- und Teilhabechancen über Wohnungsnot bis hin zu sozialer Isolation. Deshalb braucht es ein breites Bündel an Maßnahmen, um ihr wirksam entgegenzutreten. Die Linke fordert seit langem ein Sofortprogramm gegen Armut in Kassel, das konkrete Schritte beinhaltet: einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht, die Förderung unabhängiger Sozialberatungsstellen, die Einstellung der Sanktionspraxis des Jobcenters sowie die Entwicklung eines Konzepts für einen ÖPNV zum Nulltarif.

Mit dem Pakt gegen Armut, den die Stadt 2022 ins Leben gerufen hat, wurde ein wichtiger Schritt gemacht. Ziel des Pakts ist es, Armutsfolgen zu bekämpfen, Akteur*innen zu vernetzen und Projekte zu fördern, die sich an armutsbetroffene Menschen richten. Doch der Pakt gegen Armut ist unterfinanziert, und die Förderung konkreter Projekte im Rahmen der Pakthilfe musste im März 2025 eingestellt werden. Gerade die langfristige Finanzierung solcher Projekte ist entscheidend, ebenso wie die Einbeziehung von Menschen, die selbst von Armut betroffen sind, in Planung und Umsetzung. Auch wurden im Rahmen des Pakts Ziele und Handlungsempfehlungen formuliert – etwa ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Kinder und Jugendliche – doch solche Maßnahmen scheitern bislang an fehlender Finanzierung.

Wir fordern konkret:

Armut wirksam bekämpfen

- Mehr Haushaltsmittel gegen Armut**

Es braucht eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel und eine dauerhafte Förderung sozialer Projekte, die den Alltag von armutsbetroffenen Menschen konkret verbessern. Dafür wollen wir die Steuern auf Gewinne von Unternehmen in Kassel erhöhen (Gewerbesteuer).

- Anhebung der Obergrenzen für Miete und Heizkosten**

Wir fordern eine deutlich höhere Angemessenheitsgrenze für die Übernahme der Wohnkosten.

- Die Schaffung zusätzlicher Stellen im Sozialamt**

Wir wollen Entlastung für die Mitarbeitenden und Beschleunigung der Antragsbearbeitung, um existenzielle Folgen durch verzögert gewährte Sozialleistungen zu vermeiden.

- Die automatische Ausstellung einer Teilhabekarte**

Diese Berechtigung für vergünstigte Eintritte soll alle Bezieher*innen von Sozialleistungen ohne extra Antrag ausgestellt werden – als Zeichen von Wertschätzung und Beitrag zur sozialen Teilhabe.

- Sozialtarif als Nulltarif:**

Die Teilhabe-Card soll zugleich als Ticket für die KVG gelten und das bisherige „Mittendrin-Ticket“ ersetzen, das mit 35 Euro monatlich zu teuer ist.

Mehr Teilhabe und Gerechtigkeit

- Chancengleichheit für alle**

Vereinfachte und zugängliche Verfahren zum Programm für Bildung und Teilhabe.

- Gebühren für Dokumente senken**

Per Satzung soll die Stadt Obdachlose und andere Bedürftige von der Gebühr für die Erstellung von Personalausweisen befreien, oder zumindest eine Ermäßigung gewähren.

- Armut- und Reichtumsbericht für Kassel**

Die Stadt soll alle zwei Jahre einen solchen Bericht vorlegen, um Bedarfe sichtbar zu machen und den Erfolg von Maßnahmen zu überprüfen. Dabei geht es explizit nicht nur um Armut, sondern auch um Reichtum, der sich vor allem in Form von Vermögen, Erbschaften und Profiten bei relativ wenigen ansammelt.

- Beteiligung von Betroffenen im Pakt gegen Armut**

Bisher beraten und vernetzen sich dort Fachleute und entwickeln Projekte und Konzepte. Was fehlt, sind die unmittelbaren Erfahrungen und Wünsche von armen Menschen. Ein Uni-

Projekt untersucht gute Beteiligungsmöglichkeiten für Betroffene. Das unterstützen wir und setzen uns für die Verstetigung ein.

- **Wir fordern eine barriere- und bürokratiearme Obdachlosenunterkunft auch für FLINTA* Personen im Kasseler Stadtgebiet**, in der man rund um die Uhr ankommen darf.

2.5 Altenpflege und Altenarbeit – gemeinnützig und kommunal

Die Linke setzt sich für kommunale Pflegeeinrichtungen ein, die in den Stadtteilen verankert sind, damit ältere Menschen wohnortnah betreut werden. Wir machen uns für gemeinnützige und professionelle Pflegedienste in nachbarschaftlicher Organisation stark, damit auch kranke Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in vertrauter Umgebung leben können. Wir unterstützen den Ausbau von Pflegestützpunkten, Mehrgenerationenhäusern und gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Gleichzeitig muss die Infrastruktur barrierefrei gestaltet werden: Nahversorgung, Arztpraxen und Freizeitangebote müssen auch für ältere Menschen erreichbar sein. Wir setzen uns für eine Altenpflege ein, die solidarisch, demokratisch und menschlich organisiert ist. Pflegekräfte sollen selbstbestimmt arbeiten und fair entlohnt werden. Pflegebedürftige sollen menschenwürdig versorgt und Angehörige unterstützt werden. Kommunale Organisation statt Profitlogik ist der Schlüssel zu einem zukunftsfähigen Pflegesystem, das niemanden zurücklässt. Pflege darf keine Ware sein. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und muss in öffentliche Hand – auf kommunaler Ebene organisiert und demokratisch kontrolliert. Privatisierte Pflegeheime und ambulante Dienste, die Gewinne über Menschenwürde stellen, müssen wieder in kommunales oder gemeinnütziges Eigentum überführt werden. Pflege darf nicht profitorientiert sein. Überschüsse müssen zurück in Personal, Ausstattung und Qualität fließen.

Die Altenpflege steht auch in Kassel vor enormen Herausforderungen: überlastetes Personal, privatisierte Einrichtungen, steigende Kosten und unzureichende Versorgung für viele Senior*innen. Mit dem Verkauf der Seniorenwohnheime im Fasanenhof und am Lindenberg hat sich die Stadt Kassel als Hauptgesellschafter der Gesundheit Nordhessen (GNH) aus der direkten Verantwortung für stationäre Altenhilfe zurückgezogen. Das städtische Referat für Altenhilfe wurde 2021 eingerichtet und mit der Altenhilfeplanung beauftragt. Hier wird hilfreiche Arbeit geleistet, aber strukturelle Probleme bleiben außen vor.

Wir fordern, dass die Stadt über die GNH wieder mehr Verantwortung für die Altenpflege übernimmt. Wir fordern die Prüfung der (Rück-)Übernahme oder Neugründung kommunaler Pflegeeinrichtungen und die Erarbeitung eines Versorgungskonzepts für Senior*innen in Kassel. Privatisierte Pflegeheime und ambulante Dienste, die Gewinne über Menschenwürde stellen, müssen wieder in kommunales oder gemeinnütziges Eigentum überführt werden. Pflege darf nicht profitorientiert sein. Überschüsse aus kommunalen Einrichtungen müssen zurück in Personal, Ausstattung und Qualität fließen. Die Stadt muss Verantwortung übernehmen, damit alle Menschen im Alter würdig leben und gepflegt werden können – unabhängig vom Geldbeutel.

Wir fordern konkret:

- **Erarbeitung eines Versorgungskonzepts für Senior*innen in Kassel**
Daran sind die Beiräte für Senior*innen und Behinderte ebenso zu beteiligen ebenso wie die Ortsbeiräte.
- **(Rück-)Übernahme oder Neugründung kommunaler Pflegeeinrichtungen**
Alle Optionen müssen geprüft werden. Die Stadt soll über die GNH wieder mehr Verantwortung für die Altenpflege übernehmen.

2.6. Sorgezentren: Hilfe und Gemeinschaft im Stadtteil

Die Linke will zentrale Anlaufstellen für alle Sozialleistungen. Statt Bürger*innen von Amt zu Amt zu schicken, sollen sie alle Leistungen an einem Ort beantragen und sich beraten lassen können. So sparen die Menschen Zeit, vermeiden Stress und erhalten schneller die Hilfe, die sie brauchen. Stadtteilbezogene Beratungsstellen sind mehr als Schalter oder Formulare. Sie sind lokale Anlaufpunkte, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Die Linke setzt auf gut ausgebildete, festangestellte Sozialarbeiter*innen, die langfristig für ihre Stadtteile zuständig sind. So entsteht Vertrauen; Probleme können frühzeitig erkannt und gelöst werden.

Viele Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen fühlen sich heute alleingelassen. Durch Beratung vor Ort können sie nicht nur finanzielle Leistungen beantragen, sondern erhalten auch Unterstützung bei Alltagsfragen, Pflege, Bildung oder Wohnen. Die Linke will, dass alle Generationen und Lebenssituationen berücksichtigt werden, damit niemand durchs Raster fällt. Digitale Angebote können die Beratung ergänzen, dürfen diese aber nicht ersetzen.

Beratung im Stadtteil bedeutet auch, dass Anwohner*innen ihre Bedürfnisse einbringen können. Im Sinne von „sorgenden Zentren“ soll es in jedem Stadtteil Orte für mehr Gemeinschaft, gegenseitige Unterstützung und ein solidarisches Miteinander geben.

Demokratisch organisierte Stadtteilzentren und Sozialleistungen aus einer Hand sind ein zentraler Schritt zu einer gerechteren, bürgerfreundlicheren und solidarischen Kommune. Die Linke kämpft dafür, dass Beratung nah, verständlich und bedürfnisorientiert erfolgt. Niemand soll zurückgelassen werden und jede*r die Hilfe bekommen, die sie oder er braucht. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und eine starke Gemeinschaft vor Ort. Gemeinsam sind wir stark!

Wir fordern:

- **Bürgerbüros für Sozialleistungen aus einer Hand**
Wir setzen auf persönliche Beratung vor Ort, besonders für Menschen, die wenig Erfahrung mit Online-Formularen oder digitalen Tools haben. Eine barrierefreie, verständliche und menschliche Beratung ist zentral für soziale Gerechtigkeit.
- **Kassel soll in jedem Stadtteil ein „Sorgezentrum“ entwickeln**
Ein Ort für Beratung und Sozialleistungen, für Versorgung und Gemeinschaft. Dabei sollen die bestehenden Angebote einbezogen werden; sowohl die Ortsbeiräte, als auch alle interessierten Bewohner*innen und Initiativen werden zur Mitwirkung eingeladen.

- **Öffentliche Kantinen für alle in jedem Stadtteil**

So haben alle Menschen die Möglichkeit, in gemeinschaftlicher Atmosphäre eine bezahlbare und gesunde Mahlzeit zu genießen.

3. Stadtentwicklung – ökologisch und sozial

3.1 Eine Stadt für alle

Unsere Vision ist eine Stadt, die niemanden ausschließt – weder durch Armut, Herkunft, Geschlecht noch Behinderung. Eine Stadt, in der Wohnen kein Geschäftsmodell, sondern ein Grundrecht ist. Kassel soll ein Ort werden, an dem Menschen nicht verdrängt, sondern willkommen geheißen werden; an dem sozial gemischte Quartiere das Miteinander stärken und niemand wegen Mieterhöhungen sein Zuhause verliert.

Wir kämpfen für eine Stadt, die allen zugänglich ist – barrierefrei, sicher und solidarisch. Öffentliche Räume sollen Orte der Begegnung sein: Plätze, Parks und Straßen, die allen gehören. Eine Stadt, in der Frauen und queere Menschen keine Angst haben, nachts auf die Straßen zu gehen. Eine Stadt, die gemeinschaftliches Eigentum fördert anstatt privater Spekulation, und öffentliche Gelder so verteilt, dass sie den Vielen nützen, nicht den Wenigen.

Eine Stadt für alle heißt auch: Sorgearbeit mitdenken – von der Kinderbetreuung über Pflege bis zur Nachbarschaftshilfe. Eine sorgende Stadt organisiert sich so, dass Menschen füreinander da sein können. Sie schützt ihre Bewohner*innen ohne sie zu bevormunden – durch klugen, solidarischen Zivilschutz anstatt autoritärer Maßnahmen.

Und schließlich: Eine Stadt für alle entsteht nur, wenn alle sie mitgestalten. Wir wollen, dass Kassel eine Stadt wird, die nicht nur verwaltet, sondern gemeinsam gestaltet wird – von unten, demokratisch, vielfältig und gerecht.

3.2 Eine Stadt innerhalb der planetaren Grenzen

Dabei darf Kassel nicht auf Kosten anderer oder kommender Generationen leben. Eine Zukunftsstadt, achtet die ökologischen Grenzen des Planeten und die Realität der Klimakatastrophe. Beide Faktoren müssen die Entscheidungen berücksichtigen – bei jedem Bauprojekt, in jeder Straße, bei jeder Entscheidung.

Kassel braucht einen verbindlichen Plan zur Anpassung an die Folgen der Erderhitzung: Schutz vor Starkregen und Überflutungen, kühle Orte in Hitzesommern, Schatten, Wasser und Grünflächen für Mensch, Tier und Pflanze. Naturschutz ist dabei keine Nebensache, sondern Grundlage unseres Lebens. Wir wollen, dass Stadtentwicklung die Bedürfnisse von Menschen und Natur zusammenbringt – Biodiversität statt Betonwüsten.

Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet auch: Gesundheit zu schützen. Saubere Luft, sauberes Wasser und eine ruhige Nacht sind heute schon ein Luxus, dabei sollten sie Grundlage der Daseinsvorsorge sein. Eine nachhaltige Stadt schützt vor schädlichen Umwelteinwirkungen und stärkt das, was Leben möglich macht – Boden, Wasser, Pflanzen, Tiere und uns selbst.

3.3 Umbau statt Abriss – für einen zukunftsfähigen Gebäudebestand

In Kassel wird munter abgerissen und neu gebaut, als ob es kein Morgen gäbe. Abriss zerstört vorhandene Bausubstanz, Wohnraum und lokale Kultur und ist unter umweltpolitischen Gesichtspunkten fatal. Für Mensch und Umwelt müssen Bestandsgebäude erhalten werden. Dies schont Ressourcen, reduziert Treibhausgasemissionen und schützt bezahlbaren Wohnraum.

(Geplante) Abrisse zerstören stadtbildprägende Gebäude und kulturelle Orte: Beispiele in Kassel sind das Henschel-Haus, das York oder die alte Nachrichtenmeisterei. Gleichzeitig führen Neubauten auf abgerissenen Flächen oft zu teureren Wohnungen, Verdrängung von Mieter*innen und Verlust sozialer Strukturen – wie an der Rembrandtstraße sichtbar. Eigentümer*innen und Investor*innen tragen oft keine Konsequenzen, wenn sie Abriss und Neubau auf Kosten der Stadt und der Mieter*innen durchsetzen. Dabei verursacht Abriss unnötige „graue Emissionen“, die bei Neubauten erneut ausgestoßen werden. Wir können uns weder die soziale Verdrängung, noch die Umweltsünden leisten!

Wir fordern konkret:

- **Abriss-Moratorium:** Keine Abrisse, solange Umbau, Sanierung oder Nachverdichtung möglich sind – hier sind wir noch weit vom Sinnvollen und Möglichen entfernt.
- **Vertrags- und Satzungsregelungen:** Eigentümer*innen und Investoren müssen bei Verstoß gegen soziale Quote oder Abrissvorgaben haftbar gemacht werden – bisher kommen sie in Kassel oft unbeschadet davon, wie erst vor Kurzem in der Dörnbergstraße.
- **Erhalt und Sanierung von Bestandsgebäuden:** energieeffiziente Sanierung und Erweiterung, statt Abriss! Wenn die Eigentümer das nicht wollen, dann muss die Stadt „kaufen, kaufen, kaufen“.
- **Schutz bezahlbaren Wohnraums:** Bestandswohnungen erhalten, Erweiterungen durch Umbau, Aufstockung oder Dachausbau ermöglichen. Schon jetzt gibt es die Möglichkeit von Milieuschutz – wir wollen, dass dieses Mittel endlich breit genutzt wird, um unseren Wohnraum zu schützen.

3.4 Innenentwicklung statt Flächenversiegelung

Um zukünftigen Flächenbedarf zu decken, muss Kassel bereits vorhandene erschlossene Flächen innerhalb der Stadt nutzen, anstatt neue Gebiete auf der grünen Wiese zu bebauen. Dazu gehört die Aktivierung von Leerständen, Umnutzung bestehender Gebäude, Nutzung von Baulücken und Brachflächen. Das schont die Umwelt, stärkt Stadtteilkerne und nutzt vorhandene Infrastruktur effizient.

Neubauten auf Außenflächen führen zu weiterer Flächenversiegelung, zusätzlichen Treibhausgasemissionen und Verdrängung. Abriss statt Sanierung zerstört Bestandsgebäude und verursacht unnötige graue Energie-Emissionen. Neubauten werden oft ohne ausreichende

Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards umgesetzt.

Wir fordern konkret:

- **Das Ziel „Netto-Null-Versiegelung“** soll verbindlich festgelegt und auch in der Regionalplanung durchgesetzt werden. Das bedeutet, dass für jede neu Fläche eine mindestens ebenso große Fläche in der Nähe zuvor entsiegelt werden muss. So verhindern wir, dass immer mehr Boden betoniert wird und verloren geht.
- **Innenentwicklung priorisieren:** Leerstand und Baulücken aktivieren, bestehende Gebäude umnutzen.
- **Umbau statt Abriss:** Bestandsgebäude erhalten, energetisch sanieren, erweitern und umnutzen
- **Nachhaltiger Neubau nur bei Notwendigkeit:** Verwendung recycelbarer, emissionsarmer Baustoffe, Einbau erneuerbarer Energieversorgung, Fokus auf Barrierefreiheit und langfristige Nutzbarkeit
- **Das Falsche stoppen:** Baupläne, die offensichtlich gegen Klimaschutz und sozial-ökologische Nachhaltigkeitsziele verstößen, dürfen nicht umgesetzt werden. Die Stadt muss nachbessern, oder solche Projekte auf Eis legen. Das betrifft derzeit z. B. die Nordhessen-Arena (Erweiterung samt Parkhaus) und die Bebauungsplanung Nordhausen Nord.
- **Bezahlbarer Wohnraum anstatt teurer Einfamilienhäuser und Kapitalanlagen:** Neue Bauprojekte müssen soziale Gerechtigkeit berücksichtigen und die Mieten senken.
- **Konkrete Pläne und nachvollziehbare Schritte:** Bisher stehen sinnvolle Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz zu oft nur auf dem Papier. Wir verlangen konkrete Zeitpläne und Umsetzungsschritte, damit sich schnell und wirksam etwas ändert!

3.5 Nachverdichtung und gemischte Nutzung

Nachverdichtung und Nutzungsmischung sollen Kassel zu einer Stadt der kurzen Wege machen: Wohnen, Arbeit, Nahversorgung, Bildung und Freizeit sollen innerhalb von 15 Minuten erreichbar sein, um die Abhängigkeit vom Auto zu reduzieren. Gleichzeitig soll die funktionale Vielfalt in Stadtteilen die Stabilität und Lebensqualität erhöhen.

Neubauten auf Außenflächen, einseitige Nutzung und mangelnde Vernetzung führen zu Verkehrsproblemen, steigenden Mieten, sozialer Segregation und Verödung von Stadtquartieren. Fehlende ÖPNV-Anbindung erschwert klimafreundliche Mobilität.

Wir fordern konkret:

- **Strategische Nachverdichtung:** Nutzung bereits erschlossener Flächen, Aufstockungen, Ausbau von Dachgeschossen, Umnutzung von Nebengebäuden
- **Sozial gerechte Priorisierung:** Fokus auf bereits versiegelte Flächen, keine Neubauten auf Grünflächen in dichten Quartieren (Netto-Null-Flächenverbrauch)
- **Funktionale Vielfalt:** Wohnen, Einzelhandel, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen eng verzahnen, um kurze Wege zu ermöglichen
- **ÖPNV-Priorität:** Neue Entwicklungen nur dort, wo ÖPNV-Anbindung besteht; andernfalls zuerst ÖPNV-Ausbau sicherstellen

3.6 Aktive Bodenpolitik – Grundstücke als öffentliches Gut

Boden ist ein endliches Gut – auch in Kassel. Die Stadt muss die Flächennutzung aktiv steuern, um Spekulation zu verhindern, öffentliche Nutzung zu sichern und den Boden langfristig der Bevölkerung zugänglich zu machen. So können Grundstücke für soziale, gemeinwohlorientierte Wohn- und Landwirtschaftsprojekte genutzt werden.

Bodenspekulation treibt Preise massiv in die Höhe: Seit dem Jahr 2000 haben sich die Preise für Landwirtschaftsflächen mehr als verdoppelt, für Bauland sogar mehr als verdreifacht. Auch in Kassel sind die Bodenrichtwerte deutlich gestiegen, was Baukosten, Mieten und Pachten belastet. Private Investor*innen kaufen Flächen, um bei Neubeplanung hohe Gewinne zu erzielen. Öffentliche Bodenpolitik wird bisher nicht konsequent genutzt und viel Boden wurde in der Vergangenheit privatisiert. Aktuell steht z. B. der Georg-Stock-Platz unter Druck; seine öffentliche Nutzung muss gesichert bleiben.

Wir fordern konkret:

- **Öffentliches Bodenvermögen sichern und erweitern:** Vorkaufsrechte und Wiederkaufsrechte konsequent nutzen; öffentliche Bodenfonds aufbauen
- **Boden der Spekulation entziehen:** Neubeplanungen dürfen keine privaten Profite generieren. Stattdessen sollen die Flächen im Eigentum der Stadt gemeinwohlorientiert genutzt oder an genossenschaftliche und gemeinnützige Bauträger*innen weitergegeben werden (z. B. GWG, Wohnbaugenossenschaften, Mietshäusersyndikat). Erbbaurecht nutzen, um langfristige Gemeinnützigkeit zu sichern, nach dem Vorbild der Bodenbevorratungspolitik Ulm
- **Nachhaltige Landwirtschaft:** Agrarflächen bevorzugt nach Gemeinwohlkriterien verpachten, z. B. mit Punktesystemen, wie in Erfurt, oder gemäß dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. Konzepte wie Selbsternte-Äcker und solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) fördern.

3.7 Aktivierung von Leerstand

Leerstehende Gebäude bieten enormes Potenzial für bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur und die Stärkung von Stadtquartieren. In Kassel stehen aktuell mindestens 300 Immobilien leer, mit rund 220.000 m² Bruttogeschossfläche – Platz für etwa 2.400 Wohnungen.

Trotz dieser Potenziale wachsen Neubaugebiete auf der grünen Wiese, während innerstädtischer Leerstand verkommt. Die Stadt nutzt ihre Möglichkeiten zur Aktivierung leerstehender Gebäude nicht ausreichend, insbesondere bei öffentlichem Eigentum. Beispiele für prominente Leerstände sind die Salzmann-Fabrik in Bettenhausen, das alte Versorgungsamt an der Frankfurter Straße und das Hansa-Haus am Altmarkt, aber auch viele kleinere Ladenlokale in den Shoppingmalls.

Wir fordern konkret:

- **Systematische Erfassung:** Alle Leerstände müssen erfasst und bewertet werden, um Nutzungspotenziale zu erkennen und zu nutzen.
- **Reaktivierung leerstehender Gebäude:** Kommunale Satzungen nutzen, um Gebäudenutzung wiederherzustellen; Anerkennung der besonderen Verantwortung bei Immobilien im öffentlichen Eigentum
- **Shoppingmalls zu Sorgezentren:** Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass in leerstehenden Ladenlokalen Platz für gemeinwohlorientierte Mischnutzung geschaffen wird. Besonders würde sich dafür die Kurfürstengalerie eignen oder das ehemalige Möbelhaus Salomon in Bettenhausen.
- **Unterstützung von Initiativen:** Projekte wie die Initiative Gedenkort Polizeipräsidium Königstor e.V. sollen gefördert und unterstützt werden.

3.8 Klimaanpassung: Vorbereitung auf Extremwetter

Klimakrisen treffen Kassel längst: Starkregen, Hitzewellen und andere Extremwetterlagen nehmen zu und belasten insbesondere dicht besiedelte Quartiere, wie z.B. die Nordstadt, die Innenstadt, oder den Vorderen Westen und Gewerbegebiete. Vulnerable Bevölkerungsgruppen, wie ältere Menschen, chronisch kranke Menschen, Obdachlose und körperlich arbeitende Menschen sind besonders gefährdet. Die Stadt muss vorsorgend planen und Schutzmaßnahmen gezielt auf die gefährdeten Viertel und Menschen ausrichten.

Kassel heizt sich im Sommer stark auf. Besonders heftig in dicht bebauten Quartieren, in der hochversiegelten Innenstadt und in gewerblich geprägten Stadtteilen (Hitzeinseln). Öffentliche Räume sind oftmals zu stark versiegelt, bieten wenig Aufenthaltsqualität und verschärfen die Auswirkungen von Hitze und Starkregen. Große Kaltluftschneisen werden durch Bebauung gefährdet. Grüne Infrastruktur wird oft ungezielt gepflanzt, private und öffentliche Gebäude tragen unzureichend zum Hitzeschutz bei. Bäume, Fassadenbegrünungen und naturnahe Grünflächen spenden Schatten,

kühlen durch die Verdunstung von Wasser die Umgebung und filtern Schadstoffe aus der Luft.

Wir fordern konkret:

- **Klimaschutz und Klimaanpassung in der Bauleitplanung verankern:** Der rechtliche Leitfaden „Klimakommunen Hessen“ muss verbindliche Grundlage für Magistrat und Verwaltung sein. Bebauungspläne und städtebauliche Verträge für alle Bau- und Sanierungsprojekte müssen Vorgaben zur Begrünung und zur Wasserspeicherung (Schwammstadt) enthalten.
- **Umsetzung des Schwammstadtprinzips:** dezentrale Versickerung von Regenwasser, Rigolen, Regengärten und Retentionsbecken
- **Frischluftschneisen und Kaltluft-Entstehungsgebiete** müssen – ebenso wie Hochwasserschutzgebiete – grundsätzlich von jeder Bebauung ausgenommen werden.
- **Entsiegelung öffentlicher Flächen: Grüne Plätze statt Betonwüsten!** In der Innenstadt fordern wir unverzüglich die Umgestaltung des Parkplatzes am Karlsplatz (zum Erholungs- und Spielplatz)
- **Schutz von Kaltluftschneisen:** Keine Bebauung, die natürliche Luftzirkulation behindert (z. B. Dönche, Fulda, Karlsaue, Bugasee, Eichwald)
- **Gezielte Stadtverwaltung:** Öffentliche Bäume dort pflanzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden; Dach- und Fassadenbegrünungen bei Flächenmangel ausbauen
- **Schutz für vulnerable Gruppen:** Klimaanpassungsmaßnahmen müssen besonders ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Vorerkrankungen, körperlich hart arbeitende Menschen und sozial benachteiligte Gruppen berücksichtigen.
- **Kühle Orte:** Schutzräume gegen extreme Hitze schaffen und diese mit Karten für die Bevölkerung sichtbar und nutzbar machen.
- **Wir fordern einen konkreten Zeit- und Maßnahmen-Plan zur Verbesserung von Stadtklima und Lebensqualität:** Entsiegelung und Begrünung im Stadtraum sind unverzichtbar!

3.9 Zivilschutz für unsere sichere Stadt

Sicherheit in Kassel muss an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein – nicht an der Aufrüstung und dem autoritären Umbau. Schutz bedeutet Vorbereitung auf Krisen wie Klimakatastrophen, Pandemien und Notfälle – nicht die Erweiterung der Rüstungsindustrie in Wohngebieten.

Neue Rüstungsflächen in Stadt- und Wohngebieten gefährden die Bevölkerung, verschärfen Nutzungskonflikte und machen die Stadt im Ernstfall zum militärischen Ziel. Zusätzlich löst die

Stadtpolizei keine Probleme, sondern wird durch ihre unzureichende Ausbildung und unklaren Befugnisse zu einem Unsicherheitsfaktor in Kassel. Flächendeckende Videoüberwachung und Waffenverbotszonen greifen zu weit in die Grundrechte der einzelnen Bürger*innen ein, dienen als Vorwand für anlasslose Personenkontrollen und stärken die Angst im öffentlichen Raum. Aktuelle Sicherheitskonzepte vernachlässigen soziale und zivile Schutzbedarfe – drangsalieren diejenigen, die schon immer drangsaliert wurden.

Wir fordern konkret:

- **Moderne Schutzsysteme:** Notfallpläne, Evakuierungskonzepte, dezentrale Versorgung und öffentlich zugängliche Schutzräume
- **Umwandlung militärisch genutzter Flächen:** Statt Panzerhallen Wohnraum, Bildung, Handwerk und soziale Infrastruktur
- **Abwicklung der Stadtpolizei und der massenhaften Videoüberwachung sowie der Waffenverbotszonen:** Mehr Geld für soziale und effektive Sicherheitsmaßnahmen
- **Präventive Sicherheit durch Sichtbarkeit:** Öffentliche Räume können durch offene Sichtachsen, gute Beleuchtung und durchmischte Nutzungen Verbrechen verhindern.

3.10 Mehr und bessere Beteiligung der Öffentlichkeit

Bürger*innen sollen frühzeitig und aktiv an Entscheidungen, nicht erst an den Umsetzungen, beteiligt werden, die ihr Wohnumfeld, ihre Nachbarschaft und die Stadtentwicklung betreffen.

In den letzten Jahren erleben wir immer wieder, wie die Stadtregierung Beteiligung antäuscht. Wenn unliebsame Entscheidungen getroffen wurden, dann werden Bewohner*innen Kassels einbezogen, um ihren Unmut umzulenken. Wir brauchen keine Mitmachfalle! Wir meinen Demokratie ernst: Wir wollen, dass Bewohner*innen gefragt werden, bevor die Würfel fallen und wir nur noch über die Bepflanzung und den genauen Standort eines Zebrastreifens mitdiskutieren dürfen. Unterrepräsentierte Gruppen werden oft nicht erreicht, ihre Stimmen bleiben ungehört. Auch werden Entscheidungen häufig top-down getroffen, ohne echte Entscheidungsmacht für die Bevölkerung.

Wir fordern konkret:

- **Frühzeitige Beteiligung:** Bürger*innen von Beginn an einbinden, bevor grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden
- **Verbindliche Einbindung des Ortsbeirats** in alle Planungs- und Entscheidungsprozesse, die den Stadtteil betreffen
- **Innovative Beteiligungsmethoden:** Bürger*innenräte, Workshops, digitale Plattformen und andere inklusive Formate nutzen.

- **Gezielte Ansprache unterrepräsentierter Gruppen:** Menschen mit Migrationshintergrund, FLINTA*, finanziell schwächere Personen, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen usw. aktiv einbinden
- **Transparenz und Nachvollziehbarkeit:** Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse klar kommunizieren, Ergebnisse sichtbar machen und umsetzen

Trotzdem wissen wir, dass sich nicht alle urbanen Konflikte durch mehr Beteiligung lösen lassen. Als Linke werden wir weiter an der Seite von progressiven Bewegungen kämpfen.

4. Bezahlbares Wohnen für alle

– Schutz vor Verdrängung sichern

4.1 Wohnen darf nicht arm machen!

Wir sagen: Wohnen ist ein Menschenrecht! Die eigenen vier Wände sind unser Schutzraum und prägen unsere Lebensqualität. Doch wird dieses Recht ausgehöhlt. Steigende Mieten, knapper preiswerter Wohnraum und ein stark eingeschränktes Angebot an Sozialwohnungen setzen uns unter Druck. Die Wohnungsfrage ist somit nicht unser individuelles Problem, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung, die eine aktive politische Gestaltung erfordert. Wir rufen deshalb den Mietennotstand aus!

In Kassel zahlen viele einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens für Miete. Laut Mikrozensus 2022 geben hessische Mieter*innen im Durchschnitt 29,6 % ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete aus, bei Haushalten, die nach 2019 neu eingezogen sind, liegt die Mietbelastung sogar bei 31,4 %. Gleichzeitig ist der Bestand an Sozialwohnungen stark zurückgegangen: Für rund 35.000 Haushalte, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) hätten, stehen lediglich etwa 5.200 Wohnungen zur Verfügung. In den letzten zwanzig Jahren hat sich der Bestand halbiert, von über 10.500 Sozialwohnungen im Jahr 2006 auf die heutige Zahl.

Wohnungsspekulation und der Ausverkauf von Mieterrechten verschärfen diese Krise zusätzlich. Immer mehr Wohnungen werden nicht zur Deckung des Bedarfs, sondern als Kapitalanlage genutzt. Die steigenden Mieten sind ein systematischer Lohnraub, eine weitere Umverteilung von unten nach oben: Beschäftigte, Rentner*innen, Studierende und Erwerbslose finanzieren Profite von Eigentümer*innen und Investor*innen – und die Stadt lässt das bisher einfach geschehen, ohne einzutreten.

Wir fordern konkret:

- Eine aktive kommunale Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum systematisch schützt und ausbaut
- Schutz vor Verdrängung und konsequente Anwendung von Mietwucher-Regelungen (§ 291 StGB), Schutz vor überhöhten Mieten
- Aufbau eines kontinuierlichen Monitorings von Mieten, Leerstand und Neubautätigkeit, dessen Ergebnisse halbjährlich veröffentlicht werden

4.2 Mehr öffentliches Eigentum an Wohnraum

Wohnungen in öffentlicher Hand, gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften oder gemeinschaftlicher Wohnraum bieten dauerhafte Sicherheit, planbare Kosten und die Möglichkeit, soziale und ökologische Standards verbindlich umzusetzen. Wir wollen, dass solche Eigentumsformen ausgeweitet werden und schließlich überwiegen. Derzeit dominieren private Immobilieninvestoren den Markt. Deren Hauptinteresse ist hohe Rendite, sie setzen uns als Mieter*innen unter Druck.

Die Privatisierung von Wohnraum, wie zum Beispiel der ehemaligen Eisenbahnersiedlungen, hat auch in Kassel langfristig negative Folgen für die Bewohner*innen. Konzerne wie Vonovia erzielen hohe Profite und treiben die Kosten durch intransparente Nebenkostenabrechnungen weiter in die Höhe. Neubauprojekte privater Investoren schaffen – wenn überhaupt – nur zeitlich begrenzte Sozialwohnungen, wodurch das Problem der Knappheit verschoben wird. Die Stadt Kassel nimmt bisher nur widerwillig und sehr eingeschränkt Einfluss auf den „freien“ Wohnungsmarkt, wodurch Mieter*innen nicht ausreichend geschützt werden.

Wir fordern konkret:

- Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und Rückführung von Wohnraum in die öffentliche Hand
- Vorrang für gemeinwohlorientierte Akteur*innen beim Neubau, um soziale, ökologische und inklusionsorientierte Standards verbindlich umzusetzen
- Stärkung der Mitbestimmung der Bewohner*innen in öffentlichen Wohnungsbeständen
- Orientierung am „Wiener Modell“: dauerhaft hoher Anteil an Gemeindewohnungen, die langfristig bezahlbar bleiben

4.3 Soziales Wohnen – mehr statt weniger

Die Linke Kassel hat dafür gekämpft, dass bei Neubau überwiegend Sozialwohnungen entstehen müssen. Eine Sozialwohnungsquote von 30 % wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Aber das reicht nicht.

Weil in unserer Stadt so viele zu niedrige Einkommen haben und damit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein für Sozialwohnungen, reicht das Angebot nicht aus. Sozialwohnungen im Neubau werden oft nur für die gesetzlich vorgeschriebene Bindungsdauer, üblicherweise 15-25 Jahren, gesichert – langfristiger Schutz fehlt.

Unpassende Wohnungsgrößen führen dazu, dass wir, vom Single bis zur Großfamilie, keine passende Wohnung finden.

Wir fordern konkret:

- Stärkung und soziale Neuausrichtung der GWG: Kostenmiete statt Profit und Veröffentlichung aller Geschäftsberichte!
- Die GWG muss für jeden Stadtteil eine zuständige Ansprechperson benennen, die/der den Menschen niedrigschwellig den Ablauf erklärt, wie sie zu einer Sozialwohnung der GWG kommen (Beantragung WBS, Voraussetzungen, Auskunft über freie oder freiwerdende Wohnungen...)

- 100 % Sozialwohnungsquote bei öffentlichen Bauprojekten: Die Stadt muss ein Gegengewicht zur „Mietenmafia“ werden.
- Schutz der Mieter*innen vor Verdrängung, Mietpreissteigerungen und Luxussanierungen
- Milieuschutzsatzungen bei Aufwertung öffentlicher Räume, zum Beispiel am Pferdemarkt
- Einrichtung eines zentralen Wohnungsamts für Sozialwohnungsvergabe, Leerstandsmanagement, Kontrolle geförderter Wohnungen und Koordination mit der Antidiskriminierungsstelle
- Förderung von Umnutzung, Aufstockung und Mehrgenerationenhäusern sowie sozialen Modellen wie „Wohnen gegen Hilfe“

4.4 Schutz vor Verdrängung – Mieter*innen im Bestand schützen

Die Linke setzt sich dafür ein, dass niemand aus seiner Wohnung verdrängt wird und die Stadt gezielt eingreift, um soziale Strukturen in den Quartieren zu erhalten. Bezahlbarer Wohnraum ist nicht gleich Neubau. Auch die bestehenden Wohnungen müssen gesichert werden. Viele Menschen in Kassel leben in bezahlbaren Wohnungen, die zunehmend durch steigende Mieten, Luxussanierungen oder Umwandlungen in Eigentum bedroht sind. Wenn günstige Wohnungen verschwinden, verlieren ganze Nachbarschaften ihr Zuhause und ihr soziales Umfeld. (Drohende) Abrisse von günstigem Bestand zwecks Errichtung teurer Neubauten zerstören Nachbarschaften und verschärfen die Wohnungsnot.

Die Linke fordert umfassenden Schutz der Mieter*innen im Bestand!

In den vergangenen Jahren wurde in Kassel zu wenig getan, um Mieter*innen im Bestand zu schützen. Mietpreise steigen oft auch bei Neuvermietungen deutlich an. In mehreren Fällen – etwa in der Rembrandtstraße und der Breitscheidstraße – sollten günstige Wohnungen durch Neubauten ersetzt werden, die teurer und für viele nicht mehr bezahlbar wären. Auch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften beteiligen sich an solchen Projekten, statt bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Hinzu kommt: Die Aufwertung einzelner Stadtviertel, wie aktuell am Pferdemarkt, führt zu weiterem Druck auf die Mieten. Ohne wirksame Milieuschutzsatzungen werden Luxussanierungen, Möblierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen, Büros oder Ferienwohnungen kaum verhindert. So verlieren Mieter*innen Schritt für Schritt ihre Wohnungen – und Kassel seine soziale Vielfalt.

Wir kritisieren zudem, dass es bislang keine ausreichenden Instrumente gibt, um Mieter*innen direkt einzubinden. Es fehlen Mieter*innenräte bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und eine städtische Stabsstelle, die sich gezielt um Mieter*innenschutz kümmert, wie es etwa in Frankfurt am Main bereits praktiziert wird. Besonders verletzliche Gruppen – etwa Menschen mit niedrigem Einkommen oder Bürgergeldempfänger*innen – sind dem Wohnungsmarkt weitgehend schutzlos ausgeliefert. So zahlt jede*r vierte Alleinerziehende im Bürgergeldbezug aus ihrem Regelsatz für die Miete drauf, da bei der Berechnung der Wohnungsgröße dem Kind kein eigenes Zimmer gewährt wird und bei einer zweiköpfigen Bedarfsgemeinschaft nicht automatisch ein Unterschied gemacht wird, ob es sich um ein Paar oder ein Elternteil mit Kind handelt.

Wir fordern konkret:

- Mietpreise müssen auch bei Neuvermietungen bezahlbar bleiben. Kassel soll Maßnahmen ergreifen, um Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen.
- Keine Verdrängung durch Abriss oder teure Neubauten. Öffentliche und private Wohnungsbaugesellschaften dürfen keine günstigen Wohnungen abreißen, um sie durch teure Ersatzbauten zu ersetzen. Bestehender Wohnraum ist zu sanieren, anstatt ihn zu zerstören.
- Milieuschutzzsatzungen sollen in besonders gefährdeten Quartieren eingeführt werden, um Luxussanierungen, Umwandlungen und spekulativen Leerstand zu verhindern – insbesondere dort, wo Aufwertungsprozesse wie am Pferdemarkt stattfinden.
- Mieter*innenräte sollen bei allen öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Mitsprache und Transparenz sichern.
- Eine städtische Stabsstelle Mieter*innenschutz soll eingerichtet werden, die bei Konflikten mit Vermieter*innen unterstützt, Beschwerden bündelt und soziale Härtefälle bearbeitet.
- Keine Zwangsumzüge aufgrund des Bezugs von Bürgergeld
- Die Kosten der Unterkunft im Transferleistungsbezug müssen deutlich erhöht und besondere Bedürfnisse bei der Wohnraumgröße berücksichtigt werden, wie etwa für Alleinerziehende. Wir sind der Meinung: Jedes Kind hat Anspruch auf ein eigenes Zimmer!
- Überhöhte Mieten müssen von der Mietenmafia zurückgeholt werden anstatt dass Alleinerziehende sie aus ihrem Regelsatz zahlen!

4.5 Handlungsmöglichkeiten der Stadt nutzen

Eine aktive, soziale Wohnungspolitik ist Aufgabe der Kommune – sie darf den Markt nicht sich selbst oder privaten Investor*innen überlassen. Die Linke fordert, dass Kassel seine Handlungsmöglichkeiten konsequent ausschöpft und die kommunale Wohnungspolitik aktiv gestaltet: Die Stadt verfügt durchaus über rechtliche und politische Instrumente, um den Wohnungsmarkt zu regulieren, Missstände zu ahnden und mehr sozialen Wohnraum zu schaffen. Dazu gehören konsequente Kontrollen, klare Zielvorgaben und ein entschlossener Wille, bestehende Handlungsspielräume auch zu nutzen.

Bisher bleibt Kassel weit hinter den Möglichkeiten zurück. Wichtige Instrumente, wie das Hessische Wohnungsaufsichtsgesetz (HWoAufG), werden kaum angewandt, obwohl es der Stadt ermöglichen würde, Eigentümer*innen zu verpflichten, verwahrloste oder leerstehende Wohnungen instand zu setzen oder wieder zu vermieten. Beispiele wie in der Zierenberger Straße zeigen, dass die Stadt hier zu selten eingreift.

Auch der Mietwucher nach § 291 StGB wird bisher nicht systematisch verfolgt. Während Städte wie Frankfurt erfolgreich gegen überhöhte Mieten vorgehen, fehlt in Kassel die entsprechende Initiative. Das Wohnraumkonzept von 2021 ist veraltet und gibt keine klaren Zielzahlen vor – etwa für Sozialwohnungen, Belegungsbindungen oder den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnraums. Dadurch fehlt eine verbindliche Grundlage für kommunales Handeln. Zudem mangelt es an Transparenz: Es gibt bisher kein öffentliches Monitoring über Mietpreise, Leerstand und Neubautätigkeit. Die Vergabe von Sozialwohnungen erfolgt zwar neuerdings zentral, was ein Schritt in die richtige Richtung ist. Die Stadt hat aber weiterhin keine zentrale Anlaufstelle, die alle Aufgaben im Bereich Wohnen bündelt und Betroffene kompetent berät.

Wir fordern konkret:

- **Transparenz schaffen:** Einführung eines kontinuierlichen Monitorings zu Mietpreisen, Leerstand und Neubautätigkeiten, dessen Kennzahlen halbjährlich veröffentlicht werden
- **Ein neues Wohnraumkonzept:** Ein verbindliches, aktuelles Konzept soll klare Zielzahlen für bezahlbaren Wohnraum, Sozialwohnungen und langfristige Wohnungsbindungen festschreiben.
- **Konsequente Anwendung des HWoAufG:** Eigentümer*innen, die ihre Gebäude verfallen oder leer stehen lassen, müssen verpflichtet werden, sie instand zu setzen oder zu vermieten.
- Aktive Verfolgung von Mietwucher: Die Stadt soll Fälle überhöhter Mieten nach §291 StGB systematisch an die Staatsanwaltschaft weiterleiten – wie in Frankfurt, wo bereits Urteile ergangen sind.
- **Einrichtung eines kommunalen Wohnungsamts:** Das Amt soll zentrale Anlaufstelle für alle Wohnungsfragen werden und folgende Aufgaben übernehmen:
 - > **Leerstandsmanagement:** Aufbau eines Leerstandskatasters, um ungenutzte Wohnungen systematisch zu erfassen und wieder nutzbar zu machen
 - > **Zentrale Sozialwohnungsvergabe:** gerechte und transparente Vergabe von Sozialwohnungen in Zusammenarbeit mit Baugesellschaften und Genossenschaften
 - > **Überwachung geförderter Wohnungen:** Kontrolle der Einhaltung von Förderkriterien, Mietpreisbindungen und sozialer Vergabe
 - > **Antidiskriminierung:** Enge Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle, um Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt – etwa gegenüber Menschen mit ausländischen Namen oder Familien mit Kindern – zu bekämpfen
 - > **Förderung von Umbau und Umnutzung:** Anreize für die Aufteilung großer Wohnungen und die Umnutzung leerstehender Immobilien in Wohnraum. Beispiele wie Göttingen zeigen, dass

flächenparendes Wohnen – etwa durch Umzüge im Alter – unterstützt werden kann. Eine städtische Wohnraumagentur könnte solche Prozesse begleiten.

> **Zweckentfremdung verhindern:** Einführung einer kommunalen Zweckentfremdungssatzung, um die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen oder Büros zu verhindern. Zwischen 1985 und 2003 konnten in Frankfurt so rund 8.500 Wohnungen dem Markt wieder zugeführt werden.

Auch wenn Kassel aktuell formal nicht als „angespannter Wohnungsmarkt“ gilt, darf dies kein Hindernis sein: Die Stadt muss beim Land auf eine Neuregelung drängen und schon jetzt mit einer eigenen Wohnraumschutzsatzung gegen offensichtlichen Missbrauch vorgehen. Kassel hat alle Voraussetzungen, um den Wohnungsmarkt gerechter zu gestalten – es braucht nur den politischen Willen, sie auch zu nutzen!

4.6 Hilfe bei Obdach- und Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit kann jede*n treffen. Menschen ohne Wohnung benötigen gesicherte, menschenwürdige Unterkünfte und umfassende Unterstützung, um wieder ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Auch in Kassel sind immer mehr Menschen von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen.

Die bisherigen Maßnahmen sind unzureichend: Präventive Strategien fehlen, Übergangswohnangebote sind knapp, medizinische Versorgung und Schutz für besonders vulnerable Gruppen sind nicht ausreichend gewährleistet. Öffentliche Räume sind zudem häufig so gestaltet, dass Obdachlose gezielt verdrängt werden, etwa durch Bänke mit Mittelarmlehnen.

Wir fordern konkret:

- **Übergangswohnungen mit eigenem Bad und Küche, ohne Vorbedingungen**
- **Housing First stärken**
- **Begleitung beim Umzug in Sozialwohnungen** inklusive WBS-Beantragung und Erstausstattung
- **Ausbau der Sozialarbeit:** unbefristete Stellen, Streetworker*innen, mobile medizinische Versorgung
- **Priorisierung vulnerabler Gruppen** wie Frauen, Trans-Personen und Bewohner*innen von Frauenhäusern
- **Abschaffung feindlicher Stadtmobiliar-Elemente:** Stattdessen sollte lieber auf eine höhere Anzahl von Stadtmobiliar gesetzt werden, um Konkurrenzen zu verhindern. Bereitstellung von Pfandkörben

4.7 Gemeinsam den Wohnungsmarkt in Bewegung bringen

Kassel braucht einen politischen Neuanfang in der Wohnungspolitik. Die Stadt muss endlich den Mietennotstand feststellen und das Ausmaß der Krise anerkennen. Das wäre kein symbolischer Akt, sondern ein klares Signal: Wohnen ist in Kassel zur sozialen Notlage geworden und die Kommune muss alle Hebel nutzen, um diese Not zu beenden. Veränderung gelingt nur gemeinsam: Mieter*inneninitiativen, Nachbarschaften und lokale Bündnisse haben in den letzten Jahren gezeigt, dass öffentlicher Druck wirkt: Ohne ihren Einsatz gäbe es weder Sozialwohnungsquoten noch Milieuschutz. Die Linke in Kassel ist Teil dieser Bewegungen und hilft beim Aufbau immer neuer Initiativen. Wir unterstützen alle, die sich gegen Verdrängung, Spekulation und Mietwucher wehren – Haus für Haus, Straße für Straße.

Gleichzeitig fordern wir: Kassel darf nicht länger von Land und Bund im Stich gelassen werden. Das Land Hessen muss endlich handeln: Wir verlangen eine neue Umbauordnung, die Umnutzungen und Aufstockungen sozialverträglich erleichtert, sowie die Wiedereinstufung Kassels als „angespannten Wohnungsmarkt“, damit wieder Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen gelten. Der Bund muss den falschen Kurs stoppen, der durch Programme wie den sogenannten „Bauturbo“ für Einfamilienhäuser Ressourcen in die falsche Richtung lenkt. Stattdessen muss der Bund mit einem „Umbauturbo“ die Richtung ändern. In der Zwischenzeit soll diese Fehlentwicklung, insbesondere der §246e BauGB, in Kassel nicht angewendet werden. Statt noch mehr Fläche zu versiegeln, brauchen wir Förderung für bezahlbaren Mietwohnungsbau, einen bundesweiten Mietendeckel, Umbau im Bestand und viel mehr gemeinnützigen Wohnraum.

Die Linke kämpft dafür, dass Wohnen wieder Gemeingut wird, bezahlbar und sicher für alle.

5. Kinder, Jugend und Bildung stärken

5.1 Eine zukunftsähnige Politik für Kinder und Jugendliche

Jedes Kind in Kassel soll die gleichen Chancen haben – unabhängig davon, in welchem Stadtteil es aufwächst. Kinder und Jugendliche müssen sich sicher, gehört und unterstützt fühlen. Eine sozial gerechte Stadt beginnt bei den Jüngsten.

In Kassel wächst jedes vierte Kind in Armut auf. In Stadtteilen wie Nord-Holland, Rothenditmold oder Wesertor lebt sogar rund die Hälfte der unter 18-Jährigen in Familien, die auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung) angewiesen sind. Auch in Bettenhausen, Oberzwehren, Mitte, Forstfeld und Waldau betrifft das fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen. Rund 4.000 Kinder im Kita-Alter erhalten Teilhabeleistungen. Armut wirkt in den Alltag hinein: In ärmeren Stadtteilen sind Kitas seltener, Betreuungsplätze knapper und Freizeitangebote oft zu teuer oder zu weit entfernt. Viele junge Menschen finden keinen Ort, an dem sie einfach Kind oder Jugendliche*r sein können.

Diese soziale Spaltung prägt den Alltag und schwächt den Zusammenhalt in unserer Stadt. In Stadtteilen mit hoher Armutssquote ist die Betreuungsquote unterdurchschnittlich – Kinder unter drei Jahren haben oft keinen Zugang zu Kita-Plätzen, sei es aus Unkenntnis, bürokratischen Hürden oder schlicht wegen fehlender Kapazitäten. Das ist kein Randproblem, sondern ein Ausdruck tiefer Ungleichheit. Kassel darf hier nicht länger wegsehen!

Kinder- und Jugendzentren, viele davon von der Stadt oder städtisch geförderten Trägern betrieben – etwa das Kulturzentrum Schlachthof – sind für junge Menschen wichtige Orte der Orientierung. Sie bieten Freizeit, Beratung und Schutz. Doch die meisten sind nur an Wochentagen nachmittags geöffnet. Gerade Jugendliche in belastenden familiären Situationen brauchen diese Räume auch an Wochenenden und in den Ferien – als Orte, an denen sie Unterstützung, Gemeinschaft und Freiheit finden. In manchen Teilen der Stadt gibt es gar keine Kinder- und Jugendzentren. Auch das muss sich ändern!

Auch die politische Teilhabe junger Menschen ist noch zu schwach ausgeprägt. Einige engagieren sich in Jugendgremien, Schüler*innenräten oder selbstorganisierten Gruppen – doch oft fehlt ihnen Gehör in der Stadtpolitik. Kinder und Jugendliche fordern zurecht, dass ihre Themen ernst genommen und ihre Lebenswirklichkeit in politische Entscheidungen einbezogen wird.

Kassel braucht eine Politik, die Kinderarmut nicht hinnimmt, sondern gleiche Chancen schafft. Wir sorgen dafür, dass alle jungen Menschen ihre Stadt mitgestalten können – in Bildung, Freizeit und Politik. Jugendzentren, Schulen und Kultureinrichtungen sollen Orte sein, an denen Teilhabe selbstverständlich ist.

Wir fordern konkret:

- **Ausreichende Finanzierung kostenfreier Freizeiteinrichtungen**, unter Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen sowie mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen

- **Längere Öffnungszeiten der Jugendzentren**, auch an Wochenenden und in den Ferien, damit Jugendliche auch außerhalb der Schulzeit Orte der Begegnung haben
- **Neue Freiräume für Kinder und Jugendliche**, zum Beispiel durch den Ausbau und Erhalt legaler Graffitiflächen, Abenteuerspielplätze und offene Räume für kreative Selbstgestaltung
- **Instandsetzung, Erhalt und Ausbau kommunaler Spiel- und Erlebnisräume**, damit wohnortnahe, sichere und inklusive Orte zum Spielen und Begegnen entstehen
- **Verlässliche Förderung kultureller Angebote für Kinder und Jugendliche**, etwa Ferienfreizeiten, Ferienspiele, Konzerte oder Mitmachaktionen – gemeinsam mit Schulen, Vereinen und freien Trägern
- **Kostenlosen Eintritt für unter 18-Jährige in Kultureinrichtungen der Stadt Kassel und die städtischen Schwimmbäder**
- **Stärkere Beteiligung junger Menschen an kommunalen Entscheidungen**: in Schulen, Stadtteilen und auf Stadtebene. Kinder und Jugendliche müssen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen können (Artikel 12 UN-Kinderrechtskonvention).
- **Ein Rede- und Antragsrecht für das Kasseler Jugendgremium in der Stadtverordnetenversammlung** – analog zum Ausländer-, Behinderten- und Seniorenbeirat (siehe Kapitel 7: Demokratie und Beteiligung)
- **Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche**, entsprechend den Empfehlungen des Bundesnetzwerks Ombudschaft, um ihre Rechte zu sichern und bei Konflikten zu unterstützen

5.2 Bildung fängt bei den Jüngsten an

Bildung beginnt mit den Kleinsten und ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Jedes Kind hat das Recht, von Anfang an zu lernen, zu spielen und sich zu entfalten – unabhängig vom Einkommen oder der Herkunft der Eltern. Frühkindliche Bildung ist der Grundstein für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen, dass jedes Kind in Kassel in einer Kita einen Platz findet, in der es willkommen ist, gefördert wird und sich sicher fühlt.

In Kassel fehlen nach wie vor viele Betreuungsplätze – besonders für Kinder unter drei Jahren. In manchen Stadtteilen sind Kitas überfüllt, in anderen fehlen sie ganz. Eltern suchen monatelang nach einem Platz, und viele Kinder erhalten erst spät Zugang zu früher Förderung. Das trifft vor allem Familien mit geringem Einkommen. Ganztägige Kindertagesstätten müssen flächendeckend ausgebaut werden und auch Kindern offenstehen, deren Eltern nicht erwerbstätig sind – ebenso wie Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren.

Der Mangel an Plätzen geht oft mit einer Überlastung des Personals einher. Fachkräfte leisten Großes, doch der Personalmangel, zu große Gruppen und fehlende Zeit für Vorbereitung und Ausbildung führen zu Überforderung. Viele verlassen den Beruf. Die Folge: weniger Qualität, weniger Zeit für Kinder und weniger Sicherheit im Alltag. Erzieher*innen tragen eine hohe Verantwortung und verdienen hohe gesellschaftliche Anerkennung. Um mehr Erzieher*innen zu halten und zu gewinnen, sind bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen unabdinglich.

Frühkindliche Bildung entscheidet über Lebenschancen. Sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Kinder aus Familien mit geringen Einkommen oder mit Migrationsgeschichte brauchen besonders verlässliche, kostenlose und wohnortnahe Angebote. Eine gute Kita ist nicht nur Betreuung, sondern ein Ort, an dem soziale, sprachliche und emotionale Entwicklung ermöglicht wird. Gute frühkindliche Bildung ist nur mit einem guten Betreuungsschlüssel möglich und Leitungsfreistellung, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Anleitung von Auszubildenden stärker berücksichtigt.

Wir fordern konkret:

- **Kostenfreie Kita- und Krippenplätze für alle Kinder**, unabhängig vom Einkommen und Beschäftigungsstatus der Eltern. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen
- **Ganztagsplätze auch für Kinder nicht erwerbstätiger Eltern**, um echte Chancengleichheit zu schaffen. Lange und flexible Öffnungszeiten, die auch Schichtarbeit abdecken – von 5:30 bis 22:30 Uhr, wo es notwendig ist. Gleichzeitig setzen wir uns für familienfreundliche Arbeitszeiten ein.
- **Zügigen Ausbau von Kindertageseinrichtungen**, besonders in Stadtteilen mit hohem Bedarf
- **Qualifizierte Fachkräfte in jeder Einrichtung** – keine Kompensation durch ungelerntes Personal. Der Männeranteil im Beruf soll erhöht werden, um Vielfalt in der Betreuung zu fördern.
- **Deutliche Anhebung der Gehälter** im Sozial- und Erziehungsdienst und bessere Ausbildung- und Fortbildungsmöglichkeiten
- **Einsatz der Stadt Kassel im Verband kommunaler Arbeitgeber** für eine strukturelle Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes
- **Systematische Qualitätssicherung und -verbesserung in allen Einrichtungen** – mit Fokus auf Integration, interkulturelles Lernen und Sprachförderung
- **Bildungskonzepte, die Kinder stärken**: spielerisch, emanzipativ und kindgerecht – ohne Leistungsdruck und starre Vorgaben

- **Bessere Übergänge zwischen Kita und Schule**, damit Kinder ohne Brüche in den nächsten Bildungsabschnitt starten können
- **Kleinere Gruppen für mehr Qualität:**
 - Regelgruppen mit höchstens 20 Kindern und zwei Fachkräften
 - Langfristig 15 Kinder pro Gruppe mit zwei Fachkräften
 - Gruppen mit Kindern unter drei Jahren oder mit erhöhtem Förderbedarf müssen deutlich kleiner sein und zusätzliches Fachpersonal erhalten.
- **Gesunde, kostenlose Verpflegung in Bioqualität**, die verschiedene Ernährungsbedürfnisse berücksichtigt
- **Mehr sichere Spielräume:** betreute Spielplätze mit pädagogischem Konzept und mehr verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten

5.3 Schule für Bildungsgerechtigkeit, Toleranz und individuelle Förderung

Die soziale Herkunft bestimmt in keinem anderen Industriestaat die Bildungs- und Berufschancen so stark wie in Deutschland. Auch in Kassel zeigt sich diese Ungleichheit deutlich: Kinder aus ärmeren Stadtteilen haben geringere Chancen auf gute Schulabschlüsse und berufliche Perspektiven als Kinder aus wohlhabenderen Quartieren.

Die Corona-Pandemie hat diese Unterschiede weiter verschärft. Als Schule über Monate als sozialer Ort ausfiel, verloren viele Kinder den Anschluss – besonders jene, deren Familien wenig Platz, keine stabile Internetverbindung oder keine Lernunterstützung hatten. Was sie an Sozialisations- und Bildungschancen verloren haben, konnten Schulen bis heute nicht vollständig ausgleichen. Diese Entwicklung zeigt, dass Bildungsgerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit nicht funktioniert. Digitale Teilhabe ist inzwischen ein Grundpfeiler davon: Jedes Kind braucht Zugang zu digitalen Endgeräten, schnellem Internet und einer pädagogisch sinnvollen Lernumgebung – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Gleichzeitig bleibt die Schulpolitik des Landes Hessen auf Selektion und Leistungsdruck ausgerichtet. Das dreigliedrige Schulsystem teilt Kinder zu früh ein, anstatt sie gemeinsam zu fördern. Die Stadt Kassel kann diese Landespolitik nicht ändern, aber sie kann ihr etwas entgegensetzen – durch eigene Prioritäten, gerechte Ausstattung und eine starke kommunale Schulentwicklung. Kassel braucht Schulen, die fördern statt aussortieren. Wir setzen uns für Ganztagschulen ein, in denen qualifiziertes, unbefristet angestelltes und fair bezahltes Personal Kinder individuell begleitet. Der Ganztagsausbau darf nicht zu Überlastung führen – weder für Lehrkräfte noch für Schüler*innen. Gute Schule heißt: gemeinsames Lernen, verlässliche Betreuung und Raum für Persönlichkeitsentwicklung.

Dazu gehört eine moderne Ausstattung: gesunde Mahlzeiten, digitale Infrastruktur, barrierefreie Räume und Orte zum Wohlfühlen. Privatschulen, die Schulgeld verlangen, dürfen dagegen keine öffentliche Förderung erhalten – sie verstärken soziale Spaltung und untergraben das Ziel einer inklusiven Schule für alle. Unsere Schulen müssen Orte sein, an denen Demokratie, Vielfalt und

Gleichberechtigung gelebt werden – frei von Militarismus und wirtschaftlicher Einflussnahme: Kinder sollen lernen kritisch zu denken und solidarisch zu handeln, und nicht auf Konkurrenz getrimmt werden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt Familien mit Migrationsgeschichte und Alleinerziehenden. Sie tragen oft zusätzliche Lasten – sei es sprachlich, organisatorisch oder finanziell. Kassel muss diese Familien gezielt unterstützen: mit Übersetzungsangeboten, Schulsozialarbeit und niedrigschwelliger Beratung.

Wir fordern konkret:

Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit:

- **Digitale Teilhabe für alle Schüler*innen:** kostenloses WLAN an allen Schulen, einheitliche Lernplattformen, digitale Endgeräte für jedes Kind und regelmäßige Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zum digitalen Unterricht
- **Verlässliche Ganztagsangebote:** Pädagogisch qualifizierte, öffentlich finanzierte Nachmittagsbetreuung an allen Schulen – mit festen Ansprechpartner*innen und geregelten Öffnungszeiten
- **Kostenfreie Bildung auch außerhalb des Klassenzimmers:** Übernahme der Fahrtkosten für Schulweg, Ausflüge und Klassenfahrten für alle Schüler*innen, einschließlich der Sekundarstufe II
- **Unterstützung benachteiligter Familien:** Besondere Berücksichtigung der Situation von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationsgeschichte durch gezielte Förderung, Schulsozialarbeit und Elternberatung

Gesund, barrierefrei und gerecht:

- **Gesunde Ernährung für jedes Kind:** Anspruch auf eine kostenlose, warme und gesunde Bio-Mahlzeit pro Schultag, die unterschiedliche Ernährungsbedürfnisse berücksichtigt
- **Barrierefreie und gesunde Lernorte:** Dauerhafte Barrierefreiheit in allen Schulgebäuden – inklusive Aufzügen, Leitsystemen und reizarmen Räumen – sowie zeitgemäße Hygienestandards nach den Erfahrungen der Pandemie
- **Mehrsprachige Teilhabe der Eltern:** Einrichtung eines städtischen Dolmetscherpools, um bei Elternabenden, Gesprächen und Schulveranstaltungen Sprachbarrieren abzubauen
- **Gerechte Berufsorientierung:** Geschlechterreflektierte Berufsberatung, die insbesondere Mädchen und junge Frauen für technische und handwerkliche Berufe (z. B. MINT-Fächer) begeistert und Stereotype abbaut

Schule als friedlicher Lebens- und Begegnungsraum:

- **Schulen als offene Quartierszentren:** Ausbau von Schulstandorten zu lebendigen Lern- und Begegnungsorten – mit Bibliotheken, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten sowie einer unbürokratischen Raumvergabe an Initiativen aus dem Stadtteil
- **Frieden und Demokratie im Unterricht:** Kein Zugang für Jugendoffizier*innen oder militärische Werbung an Kasseler Schulen. Vorrang für Friedenserziehung, Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktlösung
- **Faire öffentliche Finanzierung:** Ausreichende kommunale Mittel für alle Schulen, damit Bildung nicht von privaten Spenden oder Sponsoring abhängig wird
- **Erweiterte Jugendangebote:** Außerschulische Lern- und Freizeitangebote, die geschlechtsspezifische Bedarfe berücksichtigen – für Mädchen, Jungen und queere Jugendliche gleichermaßen

5.4 Vielfalt und Inklusion leben – sichere Schulen für alle

Eine gerechte Schule schließt niemanden aus. Kinder und Jugendliche – mit oder ohne Behinderung, neurodivergent, queer, mit Migrationsgeschichte oder sozial benachteiligt – sollen sich in Kasseler Schulen sicher, respektiert und unterstützt fühlen. Inklusive Bildung heißt: Jede gehört dazu, jeder kann teilhaben. Diversität ist keine Belastung, sondern eine Bereicherung.

Seit 2015 ist Kassel „Modellregion für schulische Inklusion“. Doch die Realität bleibt hinter dem Anspruch zurück. Gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung gelingt nur dort, wo genügend Personal, Zeit und Raum vorhanden sind. An vielen Schulen fehlt es daran. Es gibt zu wenige Fachkräfte, zu große Klassen und kaum barrierefreie Räume. Statt echter Teilhabe erleben viele Familien Frustration und Überforderung.

Die Vereinbarungen zwischen Land und Stadt Kassel sehen keine zusätzlichen sozialpädagogischen Stellen für den inklusiven Unterricht vor. Inklusion wird so zur Sparlösung, nicht zur Bildungsinnovation. Auch Schüler*innen mit psychischen Erkrankungen, ADHS, Autismus oder anderen neurodiversen Bedürfnissen erhalten häufig nicht die Unterstützung, die sie brauchen.

Das bestehende dreigliedrige Schulsystem bleibt auf Selektion und Leistung ausgerichtet. Wer nicht ins Raster passt, wird schnell aus strukturellen Gründen ausgegrenzt. Förderbedarf wird zum Problem, nicht zur Aufgabe. So entsteht eine stille Ungerechtigkeit, die Kinder von echter Bildung und Teilhabe abhält.

Diese Strukturen betreffen längst nicht nur Kinder mit Behinderung: Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder sozialem Status ist vielerorts Teil des Schulalltags. Schüler*innen erleben Ausgrenzung, Lehrkräfte fühlen sich überfordert, und Schulen haben oft keine Ressourcen, um schnell und sensibel zu reagieren. Häufig fehlen Schutzräume für Betroffene und kollegiale Unterstützungssysteme für Pädagog*innen.

Hinzu kommen bauliche Barrieren: Viele Kasseler Schulen verfügen weder über Aufzüge, Rampen oder Blindenleitsysteme noch über reizarme Rückzugsräume. Für manche Schüler*innen sind solche

Umgebungen jedoch Voraussetzung, um überhaupt am Unterricht teilnehmen zu können. Inklusion endet also nicht bei pädagogischen Konzepten – sie beginnt mit baulicher Zugänglichkeit, geht über pädagogische Haltung hinaus und schließt soziale Sicherheit mit ein.

Wir wollen, dass Kassel zu einer Stadt wird, in der alle Lernenden willkommen sind – unabhängig von Fähigkeiten, Identität oder Herkunft. Dafür braucht es drei Säulen: Ausstattung, Haltung und Schutz.

- **Ausstattung:** Jede Schule braucht die räumlichen, personellen und technischen Voraussetzungen, um gemeinsames Lernen möglich zu machen. Barrierefreiheit, Rückzugsräume, multiprofessionelle Teams und inklusive Lernmaterialien sind keine Kür, sondern Pflicht.
- **Haltung:** Lehrkräfte, Fachkräfte und Schüler*innen müssen für Vielfaltsensibilisiert werden. Inklusion und Antidiskriminierung dürfen nicht von individuellem Engagement abhängen. Regelmäßige Fortbildungen zu Inklusion, Neurodivergenz, Rassismus, Sexismus und Ableismus müssen Teil des Schulalltags werden.
- **Schutz:** Alle Lernenden haben das Recht auf einen sicheren Lernort. Jede Schule soll über Vertrauenslehrkräfte, Schulsozialarbeit und niedrigschwellige Beratungsangebote verfügen. Betroffene von Diskriminierung brauchen Räume und Menschen, die ihnen zuhören und helfen.

Die Stadt Kassel trägt als Schulträgerin Verantwortung, diese Bedingungen zu schaffen. Sie kann Gebäude sanieren, multiprofessionelle Teams fördern, Fortbildungsstrukturen aufbauen und lokale Initiativen vernetzen – etwa mit dem AdiNet Nordhessen, dem Amt für Chancengleichheit, queeren oder migrantischen Beratungsstellen. So entsteht eine Schulkultur, in der Kinder nicht angepasst werden müssen, sondern sich entwickeln dürfen. Inklusive Bildung darf kein Sparprogramm sein. Sie ist eine Investition in eine solidarische Zukunft – und ein Versprechen, das wir als Stadtgesellschaft einlösen müssen.

Wir fordern konkret:

Inklusive Schulkultur und soziale Sicherheit

- Kassel soll als Schulträger eine inklusive, diskriminierungsfreie Schulkultur fördern, in der Vielfalt, Inklusion und Antidiskriminierung als Grundpfeiler demokratischer Bildung verankert sind.
- Jede Schule soll über niedrigschwellige Rückzugsräume verfügen, in denen betroffene Schüler*innen Schutz und Unterstützung finden.
- Vertrauenslehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen müssen fester Bestandteil jeder Schule sein – nicht als freiwillige Zusatzfunktion, sondern als zentrale Ressource für soziale Sicherheit, Antidiskriminierungsarbeit und Krisenintervention.

- Die Schulsozialarbeit wird stadtweit ausgebaut und in enger Kooperation mit Initiativen wie dem AdiNet Nordhessen, dem Amt für Chancengleichheit sowie queeren und migrantischen Beratungsstellen vernetzt.

Barrierefreiheit und Ausstattung

- Alle Kasseler Schulen müssen baulich barrierefrei gestaltet werden – mit Rampen, Aufzügen, Blindenleitsystemen und barrierefreien, reizarmen Rückzugsräumen.
- Die Stadt Kassel sorgt für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit ausgebildeten und sensibilisierten pädagogischen Fachkräften, die Lernende im Alltag unterstützen.

Neurodiversität und individuelle Förderung

- Schulen sollen neurodiversitätssensibel gestaltet sein: mit flexiblen Lernräumen, Ruhebereichen, sensorischen Anpassungen und barrierefreier Kommunikation.
- Die Stadt Kassel fördert multiprofessionelle Teams aus sonderpädagogischen, psychologischen und sozialpädagogischen Fachkräften, um individuelle Förderung sicherzustellen.
- Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeitende erhalten regelmäßige Fortbildungsangebote zu Neurodivergenz, psychischen Erkrankungen und inklusiver Pädagogik.

Antidiskriminierung und Sensibilisierung

- Alle Schüler*innen und Lehrkräfte nehmen regelmäßig an Antidiskriminierungs- und Awareness-Schulungen teil, die Empathie, Zivilcourage und solidarisches Verhalten fördern.
- Antirassismus-, Antisexismus- und Antitableismus-Schulungen werden verbindlich in die schulische Aus- und Weiterbildung integriert.
- Diese Schulungen sollen nicht nur Betroffene stärken, sondern auch strukturelle Verantwortung betonen: Diskriminierung ist kein individuelles Fehlverhalten, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse – und muss institutionell adressiert werden.
- Lehrkräfte erhalten Zugang zu Supervision, kollegialer Beratung und Reflexionsräumen, um diskriminierungssensible Pädagogik dauerhaft zu verankern.

Elternbeteiligung und Beratung

- Einrichtung einer unabhängigen, niedrigschwelligen Beratungsstelle für Eltern und Sorgeberechtigte, die über Möglichkeiten der schulischen Inklusion, Unterstützungsangebote und Rechte informiert.

- Kassel stellt sicher, dass diese Angebote mehrsprachig sind und Eltern mit unterschiedlichen Hintergründen aktiv erreichen.

5.5 Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit, tarifliche Beschäftigung und sinnvoller Ausbau der Ganztagsangebote

Schüler*innen müssen durch Angebote der Freizeitpädagogik, der Berufswahlförderung sowie durch Beratung in Konflikt- und Problemsituationen in ihrer persönlichen Entwicklung gestützt und gefördert werden. Um sie an demokratische Prozesse heranzuführen und soziales wie politisches Lernen – etwa eine gewaltfreie Streitkultur – im Schulalltag zu verankern, ist der Ausbau der Schulsozialarbeit von wesentlicher Bedeutung. Voraussetzung gelingender Beziehungsarbeit sind langfristig ansprechbare Bezugspersonen an den Schulen, zu denen Schüler*innen Vertrauen aufbauen können und die befähigt sind, pädagogische Angebote verlässlich weiterzuentwickeln. Derzeit wird jedoch nur an sieben weiterführenden Schulen in Kassel kommunal koordinierte Schulsozialarbeit durchgeführt. Schulen mit vielfältigen sozialen Herausforderungen (z. B. Schule Hegelsberg, Carl-Schomburg-Schule, Offene Schule Waldau) sind dabei lediglich mit 1,5 Stellen ausgestattet – teils sogar schulfinanziert und damit nicht durch die Stadt getragen.

Schulsozialarbeiter*innen arbeiten häufig in prekären, befristeten Beschäftigungsverhältnissen; nicht selten werden die 1,5 Stellen auf zwei Personen aufgeteilt. Das führt zu hoher Fluktuation und schwächt die Kontinuität der sozialen Arbeit vor Ort. Es darf nicht sein, dass Schüler*innen in prekären Lebenslagen von Sozialpädagog*innen in ebenso prekären Arbeitsverhältnissen betreut werden. Ebenso darf es nicht in der Verantwortung einzelner Schulen liegen, ob es zusätzliche Schulsozialarbeit gibt. Zugleich gibt es noch Standorte ganz ohne Schulsozialarbeit – insbesondere an Gymnasien. Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Unsicherheiten sowie soziale und häusliche Belastungen alle Schulformen betreffen.

Die Linke tritt daher für einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit ein: mehr Stellen an allen Schulen sowie für die Begleitung in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf – unbefristet und direkt bei der Stadt Kassel angestellt. Darüber hinaus fordern wir gezielte Maßnahmen zur Integration und Inklusion von Schüler*innen mit besonderen Problemlagen.

Wir fordern konkret:

- Ausbau der Schulsozialarbeit durch unbefristete Stellen direkt bei der Stadt Kassel – mit dem Ziel, Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Toleranz bei allen Schüler*innen zu fördern
- Übernahme der bisher bei freien Trägern angestellten Schulsozialarbeiter*innen sowie der Mensa-Beschäftigten in unbefristete Stellen nach TVöD direkt bei der Stadt Kassel
- Ausstattung aller Schulen mit einer sozialpädagogischen Fachkraft je drei Klassen – zusätzlich zu den bereits vorhandenen Förderressourcen

- Keine prekären Jobs im Bildungsbereich; stattdessen zusätzliche Stellen zu tarifvertraglich geregelten Bedingungen, z. B. in der Hausaufgabenbetreuung, Bibliotheksverwaltung und im Cafeteriabetrieb
- Tarifliche Bezahlung im gesamten Bildungsbereich (z. B. auch für Schulassistent*innen), angelehnt an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)
- Verbindliche Weiterbildungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte, insbesondere zu interkultureller und gendersensibler Pädagogik

5.6 Schulsanierungen vorantreiben, Schulentwicklung für mehr Chancengleichheit

Gute Bildung braucht gute Gebäude. Lernende und Lehrende brauchen Räume, in denen sie sich wohlfühlen, sicher arbeiten und lernen können. Die Stadt Kassel trägt als Schulträgerin die Verantwortung, dass alle Schulen gut ausgestattet sind – unabhängig vom Stadtteil oder Schulzweig. Bildungsgerechtigkeit zeigt sich auch in Beton, Fenstern und Heizungen: Eine Schule mit tropfenden Decken oder kaputten Fenstern sendet die Botschaft, dass manche Schüler*innen weniger wert sind als andere.

Viele Kasseler Schulgebäude sind sanierungsbedürftig. In den letzten Jahren hat die Stadt Teile dieser Verantwortung auf zwei städtische Gesellschaften übertragen: die GWG-Pro und die Stadt Kassel Immobilien GmbH. Diese übernehmen Bau, Sanierung und Unterhaltung von Schulen und berechnen der Stadt dafür langfristige Kostenmieten – teilweise über drei Jahrzehnte hinweg. Die Linke sieht dieses Modell kritisch, weil es einer faktischen Ausgliederung kommunaler Aufgaben gleichkommt und die demokratische Kontrolle durch die gewählten Gremien erschwert. Während die städtischen Gesellschaften organisatorisch und finanziell immer weiter ausgedehnt wurden, bleiben viele Schulen weiterhin auf Sanierungslisten – mit ungewissem Zeithorizont.

Einige Projekte, wie die Offene Schule Waldau oder die neue Gesamtschule Nord-Plus, kommen gut voran. Doch andere Schulen warten seit Jahren auf dringend notwendige Maßnahmen: die Comeniusschule, die Knippingschule, die Reuterschule oder die Georg-August-Zinn-Schule. Gesamtschulen und Berufsschulen geraten so ins Hintertreffen, während Gymnasien sichtbar bevorzugt behandelt werden – etwa durch den beschleunigten Ausbau am Wilhelmsgymnasium.

Diese ungleiche Behandlung verstärkt bestehende soziale Spaltungen. Schulen in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen sind häufiger in schlechtem Zustand, obwohl sie höhere pädagogische und soziale Anforderungen tragen. Ein gerechtes Bildungssystem braucht deshalb nicht nur moderne Lernräume, sondern auch eine faire Prioritätensetzung.

Über den Substanzerhalt hinaus fehlt eine bildungspolitische Gesamtstrategie für Kassel. Der Fokus auf einzelne Schulformen – insbesondere Gymnasien – zementiert das alte dreigliedrige System. Doch dieses System teilt Kinder früh nach Leistung, anstatt sie gemeinsam zu fördern. Wir setzen dem das Konzept der integrierten Gesamtschule entgegen: eine Schule für alle bis zum Ende der Sekundarstufe I, die unterschiedliche Begabungen und Lernwege verbindet.

Die Erfahrungen aus Kassel zeigen, dass die kooperativen Gesamtschulen (wie Hegelsberg, Eichendorff oder Carl-Schomburg) wichtige Reformschritte waren, aber durch die Trennung in Haupt-, Real- und Gymnasialzweige an ihre Grenzen stoßen. In Stadtteilen mit sozialen Herausforderungen

führt dieses Modell oft dazu, dass Inklusion und Förderung im Hauptschulzweig konzentriert werden, während die Gymnasialzweige schrumpfen oder verschwinden. Das Ergebnis: soziale Segregation statt gemeinsamer Bildung.

Unser Ziel bleibt deshalb klar: eine Schule für alle – inklusiv, gerecht und gut ausgestattet!

Kassel braucht eine Schulentwicklung aus einem Guss – sozial, baulich und pädagogisch. Wir wollen, dass Sanierung, Neubau und Schulplanung an klaren sozialen und pädagogischen Kriterien ausgerichtet werden: Dort, wo die Herausforderungen am größten sind, muss zuerst investiert werden. Jede Schule – ob Grund-, Gesamt- oder Berufsschule – braucht moderne Räume, digitale Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine kommunale Schulbauoffensive, die Transparenz schafft, Prioritäten offenlegt und Schulen, Eltern, Schüler*innen sowie Lehrkräfte in die Planung einbezieht. Schulen dürfen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern sollen gemeinsam stärker werden.

Wir fordern konkret:

- Langfristig setzen wir uns für den Übergang zu inklusiven Gemeinschaftsschulen ein, die alle Schüler*innen gemeinsam unterrichten – unabhängig von Herkunft, Leistungsstand oder Abschlussziel. Die Stadt Kassel soll mit ihren Gesamtschulen zeigen, dass gemeinsames Lernen erfolgreich ist, und sich beim Land Hessen für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems einsetzen.

Sanierung und Ausstattung nach sozialer Priorität

- Eine deutlich schnellere Sanierung aller Schulgebäude – mit Vorrang für Gesamtschulen und Berufsschulen. Die Reihenfolge der Maßnahmen soll sich an sozialen und pädagogischen Kriterien orientieren, nicht an Schulform oder Stadtteil.
- Verbindliche Beteiligung von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern bei allen Planungs- und Sanierungsprozessen
- Transparente Prioritätenlisten und Zeitpläne für Schulbauprojekte, die regelmäßig veröffentlicht werden

Demokratische Kontrolle und faire Schulorganisation

- Die Stadt Kassel muss sicherstellen, dass Schulbau und -sanierung kommunal kontrolliert bleiben – keine weitere Auslagerung an private Gesellschaften wie GWG-Pro oder Stadt Kassel Immobilien GmbH. Demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung dürfen nicht ausgehöhlt werden.
- Die Stadt Kassel soll den Druck auf die Landesregierung erhöhen, die geplanten Kürzungen bei Schulleitungsstellen zurückzunehmen. Grundstufen an Gesamt- und Mittelstufenschulen müssen weiterhin mit einer eigenen Stufenleitung ausgestattet sein – insbesondere an der Reformschule, der Georg-August-Zinn-Schule und der Gesamtschule Nord-Plus.

Innovation und Kooperation

- Schaffung einer Koordinierungsstelle an der Universität Kassel, die die Zusammenarbeit mit der Schule Hegelsberg (Gesamtschule Nord-Plus) verbindlich organisiert und begleitet. Ziel ist die Weiterentwicklung zur Universitätsschule – als Modell für praxisorientierte, inklusive und wissenschaftlich begleitete Bildung.
- Gründung einer weiteren Gesamtschule im Kasseler Osten, um dem spürbaren Mangel an Schulplätzen seit der Schließung der Eichendorffschule (2014) zu begegnen und wohnortnahe Bildung für alle Kinder in Bettenhausen, Waldau, Forstfeld und der Unterneustadt zu sichern.

5.7 Politische Bildung und lebenslanges Lernen

Politische Bildung stärkt Demokratie. Sie befähigt Menschen, ihre Stadt mitzugestalten, Zusammenhänge zu verstehen und Verantwortung zu übernehmen. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss – sie begleitet uns ein Leben lang. Wir wollen, dass Kassel zu einer Stadt wird, in der Kinder, Jugendliche und Erwachsene überall lernen können, wie Beteiligung funktioniert: in der Schule, im Stadtteil, in Vereinen, Betrieben und an der Volkshochschule.

Kommunale Entscheidungen prägen den Alltag der Menschen direkt – vom ÖPNV über Spielplätze bis zu Bauprojekten. Doch oft fehlt das Wissen, wie man sich beteiligen kann, oder die Wege sind zu kompliziert. Zwar verpflichtet sich die Stadt Kassel in ihrer Verfügung zur projektorientierten Kinder- und Jugendbeteiligung, junge Menschen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, doch in der Praxis geschieht das noch zu selten oder nur punktuell.

Auch Erwachsenenbildung braucht stärkere Unterstützung. Die Volkshochschule (VHS), Seniorenbildungsstätten und freie Träger leisten wertvolle Arbeit, stehen aber unter finanziellem Druck. Gerade im digitalen Wandel ist Weiterbildung entscheidend, damit niemand abhängt wird – ob beim Umgang mit Technik, Sprachen oder gesellschaftlichen Veränderungen. Bildung darf kein Privileg sein, sondern eine Einladung, sich selbst und die Stadt weiterzuentwickeln.

Kassel soll Bildung und Beteiligung als kommunale Zukunftsaufgabe begreifen. Wir schaffen Räume, in denen Demokratie gelernt, erlebt und gelebt werden kann – vom Jugendgremium bis zum Seniorenbildungszentrum. Politische Bildung bedeutet nicht nur, Wissen zu vermitteln, sondern Selbstwirksamkeit zu fördern: Jede*r kann Einfluss nehmen, wenn Strukturen verständlich und offen sind.

Die Stadt muss ihre Beteiligungsstrukturen ausbauen, transparenter gestalten und regelmäßig evaluieren. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen werden – nicht erst, wenn Entscheidungen schon gefallen sind. Erwachsenenbildung soll als Teil kommunaler Daseinsvorsorge verstanden und entsprechend finanziell abgesichert werden.

Wir fordern konkret:

- **Kinder- und Jugendbeteiligung verbindlich verankern:** Beteiligung junger Menschen muss fester Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse und der Stadtverwaltung sein – nicht nur projektbezogen, sondern dauerhaft.

- **Beteiligungsprojekte transparent gestalten:** Alle Vorhaben der Stadt sollen offen dokumentiert, regelmäßig evaluiert und auf ihre Wirksamkeit geprüft werden.
- **Frühzeitige Einbindung junger Menschen:** Kinder und Jugendliche sollen bei Planung und Umsetzung kommunaler Projekte von Beginn an beteiligt werden – etwa bei Stadtteilentwicklung, Kultur- oder Verkehrsprojekten.
- **Außerschulische politische Bildung sichern:** Politische Bildung muss als kommunale Aufgabe anerkannt und bedarfsgerecht finanziert werden – in Kooperation mit Trägern, Jugendverbänden und Vereinen.
- **Lebenslanges Lernen fördern:** Die Stadt Kassel stärkt die Volkshochschule, Seniorenbildungsstätten und weitere Bildungsanbieter als Orte der Weiterbildung und gesellschaftlichen Teilhabe.
- **Digitale und inklusive Erwachsenenbildung ausbauen:** Zugang zu Kursen, Lernräumen und digitalen Angeboten muss für alle Generationen und Einkommensgruppen gewährleistet sein.

5.8. Übergänge Schule, Ausbildung, Beruf: Zukunft fördern!

Ein gelingender Übergang von der Schule in den Beruf entscheidet darüber, ob junge Menschen in Kassel eine echte Perspektive haben. Städtische Betriebe tragen dabei besondere Verantwortung: Sie sind nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Vorbilder. Gute Ausbildung ist Daseinsvorsorge – und eine Investition in die Zukunft Kassels.

Noch immer erleben viele Jugendliche nach dem Schulabschluss Unsicherheit und fehlende Ausbildungsplätze. In Kassel gibt es zu wenige betriebliche Ausbildungsangebote, und viele junge Menschen finden keinen Platz, der ihren Fähigkeiten entspricht. In städtischen Betrieben, etwa beim Klinikum Kassel, hat sich durch kontinuierliche gewerkschaftliche Arbeit die Übernahmefrage verbessert – nahezu alle Auszubildenden werden inzwischen übernommen. Doch eine verbindliche Übernahmegarantie gibt es nicht.

Gleichzeitig vergeben viele Betriebe Ausbildungsplätze bevorzugt an Jugendliche mit sehr guten Voraussetzungen, anstatt Chancen fair zu verteilen. Jugendliche mit schlechteren Schulabschlüssen oder besonderem Unterstützungsbedarf bleiben oft außen vor – obwohl sie mit der richtigen Begleitung wertvolle Fachkräfte werden könnten. Das Argument angeblich mangelnder „Ausbildungsfähigkeit“ verdeckt dabei meist strukturelle Probleme: ungleiche Bildungschancen, Personalmangel in Schulen und fehlende Unterstützungssysteme.

Dabei profitieren Betriebe und Verwaltungen stark von gut ausgebildeten Fachkräften. Sie tragen daher Mitverantwortung, jungen Menschen faire Zugänge zu ermöglichen – auch jenen, die Unterstützung brauchen. Die Stadt Kassel muss hier mit gutem Beispiel vorangehen: durch faire Ausbildung, sichere Übernahmen, gleiche Chancen für alle und eine koordinierte Übergangsförderung zwischen Schule, Ausbildung und Beruf.

Wir wollen, dass Kassel jungen Menschen Sicherheit gibt – in Ausbildung, Arbeit und Zukunft. Dafür braucht es klare Regeln, gute Betreuung und faire Löhne. Städtische Betriebe müssen zu Orten werden, an denen Ausbildung Wertschätzung erfährt – nicht als billige Arbeitskraft, sondern als Lernzeit mit Perspektive.

Kassel soll alle Akteur*innen – Schulen, Betriebe, Kammern, Gewerkschaften und Jobcenter – besser vernetzen, um Übergänge aktiv zu gestalten. Wir stehen an der Seite der Auszubildenden, die für faire Bedingungen kämpfen, und unterstützen sie mit klaren politischen Forderungen.

Wir fordern konkret:

Faire Chancen und sichere Übernahme

- Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden in städtischen Betrieben und Angebot für ein Vollzeitarbeitsverhältnis im erlernten Beruf
- Erhöhung der Ausbildungsquote in städtischen Betrieben auf mind. 10 % der Beschäftigten – als erster Schritt, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen
- Kostenfreie Unterstützungsangebote, wie Nachhilfe oder Prüfungsvorbereitung, für alle Auszubildenden in städtischen Betrieben
- Garantie der Lehr- und Lernmittelfreiheit, damit Ausbildung nicht am Geldbeutel scheitert

Gute Bedingungen und gerechte Ausbildung

- Keine Umgehung von Tarifverträgen (z. B. TVöD): Reguläre Ausbildungsplätze dürfen nicht in gemeinnützige Gesellschaften ausgelagert oder falsch eingruppiert werden.
- Verbot ausbildungsfremder Tätigkeiten in städtischen Betrieben; Jugend- und Auszubildendenvertretungen erhalten ein verbindliches Kontrollrecht.
- An Berufsschultagen werden Auszubildende vollständig von der betrieblichen Arbeit freigestellt.
- Gleiche Chancen für alle Schulformen: Haupt- und Realschüler*innen sollen in städtischen Betrieben mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Schulabgänger*innen eingestellt werden.

Verantwortungsvolle Unternehmen und gerechte Aufträge

- Kommunale Aufträge nur an Unternehmen, die verbindliche Ausbildungsstandards einhalten – neben sozialen und ökologischen Kriterien

- Einführung einer Ausbildungsplatzumlage (kommunaler Prüfauftrag): Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen sich über eine Umlage an der Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze beteiligen.

Chancengleichheit und Vielfalt

- Förderung von Frauen und Mädchen in gewerblich-technischen Berufen; gezielte Förderung für einen höheren Anteil im Handwerk und in MINT-Berufen.
- Unterstützung junger Eltern durch flexible Ausbildungsmodelle: Teilzeitausbildung, variable Anerkennung von Vorleistungen und leichter Wiedereinstieg nach der Elternzeit.

6. Gesundheit ist keine Ware – für eine solidarische und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung in Kassel

6.1 Unser Leitbild: Öffentliche Daseinsvorsorge statt Profitinteressen

Gesundheit ist ein grundlegendes Menschenrecht und darf nicht von Profitstreben, Marktmechanismen und Konkurrenzdenken bestimmt werden. Aber wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Zuzahlungen für Brillen, Zahnbehandlungen, Zahnpfangen, Medikamente und beispielsweise Physiotherapie kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte Menschen gehen nicht mehr zur Ärzt*in oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht leisten können. Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen, häufigere Extremwetterereignisse, wie Hitzewellen, Starkregen, Stürme, Hochwasser, oder erhöhte UV-Belastung stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und -versorgung der Menschen in den Kommunen.

Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Verlagerung der Kosten auf Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb auch im Gesundheitswesen durchgesetzt, mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung sowie Vernichtung der im Konkurrenzkampf unterlegenen Einrichtungen – unter anderem wurde die kommunale Altenpflegeeinrichtung am Lindenbergs in Kassel 2020 privatisiert, war 2023 insolvent und ist weiterhin instabil. Inzwischen sind alle Betreuungsangebote für Senior*innen und Alten-/Pflegeheime in der Stadt Kassel in privater Hand.

Ein massiv zunehmendes Problem ist die Gründung von MVZs (Medizinische Versorgungszentren) durch Investor*innen, Hedgefonds, Private Equity und börsennotierten Aktienunternehmen, für die Gesundheit ein lukratives Geschäft ist. Dies ermöglicht eine Gesetzeslücke seit 2002, denn wer ein kleines Krankenhaus betreibt, kann dies als Trägergesellschaft im ganzen Bundesgebiet einsetzen, irgendwo MVZs gründen, Praxen aufkaufen und junge Ärzt*innen und medizinische Fachkräfte zu schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigen. Es geht dabei um größtmögliche Rendite, aber nicht um die beste Behandlung der Patient*innen!

Diese Entwicklung im Gesundheitswesen hin zu Krankenhausprivatisierung, MVZs von Investoren, Kommerzialisierung von Betreuungsangeboten für Senior*innen und Alten-/Pflegeheimen, führt zu personeller Überlastung, Kostendruck und Qualitätsverlust für die Patient*innen. Immer mehr Beschäftigte organisieren sich zusammen mit Gewerkschaften, Patient*innenorganisationen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und fordern Verbesserungen. Die Linke setzt sich seit Jahren für die Abschaffung von Fallpauschalen, die Einführung gesetzlicher Personalbemessungen und einen demokratisch kontrollierten Krankenhausbedarfsplan ein. Zudem muss das Land Hessen seiner Pflicht zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen nachkommen, damit Einrichtungen nicht aus eigenen Betriebserlösen Investitionen stemmen und unter Liquiditätsdruck, Personalabbau und verkürzten Verweildauern der Patient*innen leiden müssen.

Ganz aktuell sind die Anhörungen zur geplanten Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes im hessischen Landtag. Die Gesetzesnovelle sieht vor, dass psychisch erkrankte Patient*innen, die aufgrund einer Fremdgefährdung nach dem PsychKHG untergebracht waren, nach ihrer Entlassung

dem Ordnungsamt gemeldet werden sollen. Hintergrund sind die Gewalttaten in Magdeburg, Aschaffenburg und anderen Orten, denen die Landesregierung mit noch mehr Überwachung begegnen will. Wir halten es für problematisch, dass aufgrund einzelner Gewalttaten, die von psychisch auffälligen Personen begangen wurden, alle psychisch erkrankten Menschen pauschal diskriminiert werden.

Die Linke wendet sich entschieden gegen diese geplante Gesetzesänderung mit ärztlicher Meldepflicht. Ärzt*innen und Therapeut*innen dürfen nicht zu Handlangern der Sicherheitskräfte werden, das gefährdet das Vertrauensverhältnis zwischen Patient*innen und Behandelnden. Was schwer psychisch kranke Menschen brauchen, ist keine Angst vor Überwachung – sondern ein stabiles, verlässliches und sicheres Hilfennetzwerk. Es braucht professionelle Ansprechpersonen, denen man uneingeschränkt vertrauen kann – nicht die Sorge, durch eine mögliche Diagnose zum Sicherheitsrisiko erklärt zu werden.

Die Linke fordert stattdessen gezielte Unterstützungsangebote für Personen, die nach einer Unterbringung entlassen werden. Der Schwerpunkt sollte auf Prävention und adäquater Behandlung liegen, nicht auf verpflichtenden Meldungen, die zu Stigmatisierung und Überwachung führen.

6.2 Situation in Kassel: Kommunale Verantwortung für Gesundheit

Für Die Linke ist kommunale Gesundheitspolitik entscheidend, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern.

Der öffentliche Gesundheitsdienst in Kassel wird von dem Gesundheitsamt Region Kassel geleistet, das seit der Zusammenlegung von Stadt und Landkreis aktuell für rund 440.000 Menschen zuständig ist. Von daher beziehen sich einige Analysen und Forderungen sowohl auf den städtischen Bereich als auch auf den ländlichen Raum. Wir brauchen einen starken, personell gut ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind.

Das Gesundheitsamt ist für kommunale Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle. Und: Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss vor marktradikalen Eingriffen geschützt werden. Ziel einer guten Gesundheitspolitik muss sowohl die Gesunderhaltung und medizinische Versorgung aller Menschen sein, als auch die Verringerung sozialer Ungleichheit, denn Armut macht krank und Krankheit macht arm. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention muss alles getan werden, um Krankheit zu verhindern. Deshalb müssen alle Bereiche der Kommunalpolitik darauf hinwirken und geprüft werden, ob sie der Ungleichverteilung und Benachteiligung von Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen entgegenwirken.

Besonders offensichtlich ist die Ungleichverteilung bei den niedergelassenen Ärzt*innen. Wohlhabende Stadtteile sind besser versorgt, während Stadtteile mit höherem Anteil an Kindern, Alleinerziehenden und weniger gut Verdienenden – wie Rothenditmold – um jede Praxis kämpfen müssen. Aktuell gibt es in Rothenditmold und in Oberzwehren/Mattenberg keine kinderärztliche Versorgung; ein kommunales MVZ mit ärztlichen und psychotherapeutischen Angeboten ist hier dringend erforderlich, um die Gesundheit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Gesundheit beginnt jedoch nicht erst mit Behandlung, sondern mit gleichberechtigtem Zugang zu Wohnraum, Bildung, Teilhabe und guter Arbeit – diese sozialpolitischen Faktoren sind in allen Bereichen mit zu berücksichtigen und auszugleichen.

6.3 Gerechte und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen

Die Arbeit im Gesundheitswesen und in Pflegeberufen muss gesellschaftlich aufgewertet und fair entlohnt werden. Das schließt verbindliche Anwendung des TVöD und Tarifverträge für alle Beschäftigten ein, unabhängig vom Träger. Pflegekräfte leisten mit großem Engagement weit mehr, als Arbeitszeit und Verträge eigentlich zulassen – das ist auf Dauer nicht tragbar und führt zu Abwanderung oder Krankheit. Durch eine attraktive und solidarische Gestaltung der Pflegeberufe und Unterstützung durch qualifizierte, kultursensibel geschulte Pflegekräfte soll die Versorgung gestärkt und auf ein menschenwürdiges Niveau gebracht werden.

6.4 Flächendeckende Versorgung, Prävention und neue Lösungsansätze

Moderne kommunale Gesundheitspolitik setzt auf den Aufbau von wohnortnahmen medizinischen Versorgungszentren, öffentlichen Geburtshäusern und innovativen Angeboten wie Gesundheitskiosken und mobilen Arztpraxis-Teams für die Region. Gute Prävention und Rehabilitation müssen allen Menschen kostenlos und barrierefrei offenstehen – unabhängig von Einkommen, Versicherungsstatus oder Aufenthaltsrecht. Gerade in benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren müssen gezielt gesundheitsfördernde Maßnahmen angeboten werden. Der Ausbau von Kurzzeitpflege- und Tagespflegeeinrichtungen sowie alternativen Wohn- und Versorgungsformen ist dringend erforderlich. Lösungen wie barrierefreie Shuttle-Services, Medikamentenversorgung und Hausbesuche durch geschulte Fachkräfte müssen in der Stadt und in der Region Kassel insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen etabliert werden.

6.5 Für eine akzeptanzorientierte, sachliche Drogen- und Suchtpolitik

Eine linke Drogenpolitik verharmlost die Gefahren von Drogen und Verhaltensweisen nicht, ganz gleich, ob sie das Etikett „legal“ oder „illegal“ tragen. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass Drogen allseits verfügbar sind und eine Verbotspolitik dies nicht verhindern kann.

Die Linke bekennt sich zu einer menschenwürdigen, präventiven und sachlich fundierten Drogen- und Suchtpolitik. Wenn Drogenkonsum oder potenziell abhängig machende Verhaltensweisen problematische Formen annehmen, muss schnell, unkompliziert und bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können. Zu einer humanen und rationalen Drogen- und Suchtpolitik gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind Fachberatungsstellen mit ambulanten Therapieangeboten dringend erforderlich. Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ist daher die langfristige Finanzierung ambulanter Suchthilfen zu gewährleisten und bei Bedarf auszubauen.

Ambulante Suchthilfen und Modellprojekte zur regulierten Cannabisabgabe, mehr Drogenkonsumräume mit medizinischer Notfallbetreuung und Drug-Checking-Angebote sind unser Ziel – für flächendeckende Hilfen, schadensminimierende Ansätze und gegen gesellschaftliche Ausgrenzung von Drogenkonsument*innen. Wie eine Umsetzung in der Realität aussehen kann, sehen wir momentan in Portugal. Der Mangel an substituierenden Ärzt*innen – vor allem in der Region – muss durch gezielte Förderung und Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen behoben

werden. Um Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu behandeln, braucht es eine Diamorphin-Ambulanz, mindestens einen Konsumraum sowie die Möglichkeit, Drogen auf ihre Zusammensetzung und Potenz untersuchen zu lassen (Drogen-Checking).

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung der Stelle einer/eines kommunalen Suchtbeauftragte*n. Diese Person soll auf kommunaler Ebene eine koordinierende Rolle übernehmen, um dem Thema mit der notwendigen Dringlichkeit zu begegnen. Damit sollen bestehende Angebote gestärkt, Präventionsmaßnahmen ausgebaut, eine bessere Vernetzung erreicht und insgesamt die Unterstützung für Betroffene verbessert werden. Zudem soll eine/ein Drogen- und Suchtbeauftragte*r als Ansprechperson innerhalb der Verwaltung, für soziale Einrichtungen und für die Öffentlichkeit fungieren.

6.6 Armut macht krank – Krankheit macht arm

Benachteiligung, Vereilung und Ausgrenzung sind akute Gesundheitsrisiken und können nachweislich das Leben von armutsbetroffenen Menschen um zehn und mehr Jahre verkürzen. Wer einkommensarm ist, der ist häufiger krank: Herzerkrankungen, Schlaganfall, Krebs- und Lebererkrankungen betreffen Ärmere häufiger als Reiche. Besonders betroffen sind wohnungslose Menschen. Viele von ihnen werden etwa durch Gebühren, fehlende Krankenversicherung oder Misstrauen abgeschreckt, zu Ärzt*innen zu gehen, obwohl 90 Prozent von ihnen eine ärztliche Behandlung brauchen. Besonders betroffen sind auch Menschen mit Migrationsgeschichte: Sie sind doppelt so häufig armutsgefährdet wie der Bevölkerungsdurchschnitt.

Auch Erwerbslosigkeit verkürzt das Leben, macht häufiger krank und geht mit doppelt so häufigen psychischen Leiden einher, wie dies im Bevölkerungsdurchschnitt der Fall ist. Erwerbslose weisen bei allen seelischen und körperlichen Erkrankungen ein signifikant erhöhtes Risiko auf. Ähnliche Zahlen gelten für Alleinerziehende. Krankheiten kosten Geld. Arme Menschen können sich Zuzahlungen und Aufwendungen für Gesundheitsleistungen oft nicht leisten oder das Geld fehlt an anderer Stelle. Obwohl allen bisherigen Bundesregierungen bekannt war, dass das individuelle Gesundheitsverhalten mit dem Sozialstatus verknüpft ist, wurde bisher nichts an diesen ungerechten Verhältnissen geändert, sondern die Betroffenen sich selbst überlassen. Deshalb setzt sich Die Linke für eine Bürger*innenversicherung ein, in die alle Menschen abhängig von ihrem gesamten Einkommen einzahlen.

6.7 Migration und kultursensible Gesundheitsförderung

Menschen mit Migrationsgeschichte sind oft schwerer erreichbar für Prävention und Gesundheitsdienste. Die Kommune muss einen öffentlichen Gesundheitsdienst bereitstellen, der speziell geschulte, mehrsprachige und kultursensible Mitarbeiter*innen einstellt und gezielte Beratungsangebote insbesondere für Ältere, Kinder, Jugendliche und Frauen bereithält. Gesundheit muss für alle gleichwertig gewährleistet werden – unabhängig vom Versicherungsstatus oder Aufenthaltsrecht. Es darf keine Versorgungsunterschiede oder Unsichtbarkeit von Migrant*innen im Gesundheitssystem geben.

6.8 Klimawandel, Umwelt und Gesundheit

Die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung und Feinstaubbelastung sind zu erfassen, Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten. Dazu gehört auch die Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in bestimmten Lebenslagen, zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, Betroffene mit psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit Migrationserfahrungen. Regionale Gesundheitsziele sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz auf Grundlage der Gesundheitsberichterstattung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. Die Linke fordert die Formulierung von Gesundheitszielen unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Statt isolierter Einzelmaßnahmen soll ein abgestimmtes Gesamtkonzept für die Kommune bzw. die Region Kassel erarbeitet werden. Gesundheitsförderung und Prävention müssen darin enthalten sein. Nutzen und Qualität medizinischer Versorgung müssen wissenschaftlich bewiesen sein und für die Betroffenen transparent gemacht werden. Qualifizierte infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen, Krankenhäusern, ambulant operierenden Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen sind durch die Gesundheitsämter sicherzustellen.

Unsere Forderungen für die Stadt und Region Kassel:

Öffentliche Verantwortung und faire Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen

- Stopp von Privatisierung kommunaler Einrichtungen im Gesundheitswesen und in der Altenpflege
- Bereits privatisierte Einrichtungen rekomunalisieren und eine kostentransparente öffentliche Trägerschaft sicherstellen
- Gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Pflege – bessere Entlohnung, echte Entlastung und verbindliche Tarifverträge für alle
- Abschaffung der Fallpauschalen und gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
- Gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen

Kommunale Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur ausbauen

- Aufbau kommunaler Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in allen Stadtteilen als flächendeckende Versorgung
- Aufbau von communal getragenen Kurzzeit-, Tages-, und Palliativpflegeplätzen, alternativen Wohnformen, Sozialstationen und am Bedarf orientierten kommunalen Pflegediensten (siehe Kapitel 2)
- Einrichtung eines Hebammenkreißsaals am kommunalen Klinikum, der wissenschaftlich vom Studiengang Hebammenwissenschaften an der Hochschule Fulda begleitet wird

- Einrichtung eines kommunalen Geburtshauses unter Hebammenleitung, damit der Zugang zu außerklinischer Geburtshilfe in Kassel nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängt
- Stärkung des Gesundheitsamtes Region Kassel durch eine Personalausstattung mit mehrsprachigen, kultursensiblen Mitarbeiter*innen, guter materieller Ausstattung, Fortbildungsmöglichkeiten, Supervisionsangeboten
- Anlaufstelle für medizinische Fragen in sozial benachteiligten Stadtteilen als niedrigschwelliges Angebot, "Gesundheitskiosk", schaffen
- Entwicklung und Umsetzung kultursensibler Pflege- und Versorgungskonzepte, unabhängig von Herkunft, Geschlecht*, Versicherungsstatus oder Aufenthaltsrecht

Demokratische Gesundheitsplanung und Prävention in der Region Kassel

- Aufbau und Stärkung einer Kasseler Gesundheitskonferenz zur Sicherung der Versorgung als öffentlicher demokratischer Prozess, in den die Kasseler Stadtgesellschaft einbezogen wird
- Gesundheitsziele für die Region Kassel sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz festzulegen und zu überprüfen.
- Die erste Präventionskonferenz (2025) der Region Kassel ist fortzuführen, konkrete Ziele sind zu formulieren und zu überprüfen.
- Kampagnen des Gesundheitsamtes zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen über die Schuleingangsuntersuchung hinaus (z. B. Früherkennung von Adipositas, Zahnerkrankungen/Karies, hohem Medienkonsum, psychischen Erkrankungen)
- Gesundheitsfördernde Maßnahmen und Präventionsangebote besonders in sozial benachteiligten Vierteln und für spezifische Gruppen wie Geflüchtete, Drogenkonsumierende, Wohnungslose

Psychische Gesundheit und Suchthilfe stärken

- Weiterhin freier und niederschwelliger Zugang für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu Psychotherapie. Psychotherapie darf nicht vom guten Willen der Hausärzt*innen abhängig sein und muss aus dem Primärarztkonzept herausgenommen werden
- Stärkung des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes durch höheren Personalschlüssel für aufsuchende Hilfe bei Menschen mit schwerer psychischer Erkrankung
- Tag- und Nachtbereitschaft des Krisendienstes im Gesundheitsamt bei Selbst- und Fremdgefährdung psychisch kranker Menschen
- Modellprojekte zur Cannabis-Abgabe verlässlich weiterfinanzieren, Ausbau von Drogenkonsumräumen und der Unterstützung der Ansiedlung einer Diamorphinambulanz inkl. Drug-Checking und Substitutionsangeboten, auch für die Region
- Stelle einer/eines kommunalen Suchtbeauftragten einrichten

Klimawandel und gesunde Ernährung

- Bessere Informationspolitik der Stadt Kassel und konkrete Hilfen für Betroffene (Kranke, ältere Menschen) zu den Auswirkungen der Klimaveränderungen
- Alle 35 Trinkbrunnen, die bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden, bis Sommer 2026 installieren, keine weitere Verzögerung
- Für zunehmend heiße Tage ausreichend öffentliche Schattenplätze und kühle Orte mit Sitzgelegenheiten
- Gesundes Essen (regional, biologisch, vollwertig) in der Rathauskantine und allen städtischen Einrichtungen – die Stadtverwaltung mit Vorbildfunktion für andere Kasseler Arbeitgeber*innen
- Auch in allen Kasseler Schulen fordern wir eine kostenlose, warme und gesunde Bio-Mahlzeit pro Schultag (siehe Kapitel 4)

Die Linke Kassel setzt sich mit diesen Zielen für ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes, wohnortnahe, präventives, inklusives und solidarisches Gesundheitssystem ein. Für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung von Krankheiten ist für Die Linke insbesondere kommunale Gesundheitspolitik entscheidend. Gemeinsam kämpfen wir für ein solidarisches Miteinander und damit gegen Profitinteressen und Ausgrenzungen im Gesundheitssystem!

7. Kultur, Freizeit und Sport: Teilhabe und Bewegung für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. In einer Stadt wie Kassel, die seit Jahrhunderten geprägt ist von der Zuwanderung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, ist Kultur Mittler für Begegnung und wechselseitiges Verständnis. Kultur schafft Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, mit der Gegenwart und eröffnet eine gemeinsame Zukunft.

Kultur soll nicht nur konsumiert, sondern auch selbst gestaltet werden können. Dafür braucht es Ermutigung und Unterstützung in allen sozialen Schichten, um Kreativität zu fördern und eigene kulturelle Ausdrucksformen zu entwickeln. Die Linke setzt sich deshalb sowohl für die Förderung von „Hochkultur“ in Museen und Theatern als auch für die Stärkung der freien Szene und Subkultur in Kassel ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen keiner reinen Verwertungslogik folgen. Kulturelle Räume müssen Orte bleiben, an denen Menschen gestalten, experimentieren und sich freiausdrücken können – unabhängig davon, ob daraus Profit entsteht.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in Kassel nicht nur ein Zentrum der Kreativwirtschaft, sondern auch ein Zentrum für Kulturproduzent*innen und Nutzer*innen entsteht – wie in der Kulturkonzeption 2030 vorgesehen. Diese muss verbindlich umgesetzt und mit einem klaren Zeitplan und öffentlicher Berichterstattung begleitet werden. Dabei braucht es unterschiedliche Nutzungsprofile: gemeinnützig, teils gemeinnützig und kommerziell, um Vielfalt zu sichern und soziale wie kulturelle Initiativen langfristig zu ermöglichen.

Das Ruruhaus sehen wir als zukünftigen Nummer 1 Ort für die Stadtgesellschaft, als Stadtbibliothek und Dritten Ort ohne Konsumzwang. Der lange Leerstand dieses wichtigen Gebäudes in der Innenstadt gehört unverzüglich beendet.

7.1 Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung öffnet Türen – besonders für Kinder und Jugendliche. Sie schafft Zugänge zu Kunst, Wissen und gesellschaftlicher Teilhabe. Der Eintritt in alle öffentlichen Museen soll für Schüler*innen und Studierende deshalb kostenlos sein. Ein erster Schritt ist ein kostenloser Museumstag pro Woche in Kassel; langfristig sollen Kultureinrichtungen so barrierearm wie möglich und damit auch finanziell zugänglich sein. Kinder- und Jugendtheater müssen so gefördert werden, dass jedes Schulkind in Hessen mindestens einmal im Jahr eine Theateraufführung besuchen kann.

Auch Kultur- und Kommunikationsinitiativen in den Wohngebieten brauchen gezielte Unterstützung – insbesondere für FLINTA*, Kinder und Jugendliche. Musikschulen, Museen und andere Kultureinrichtungen sollen gebührenfrei oder zumindest für alle bezahlbar sein. Bibliotheken, vor allem Stadtteilbibliotheken, sind zentrale Orte für Bildung und Begegnung. Sie müssen erhalten, ausgebaut und gebührenfrei nutzbar sein. Ein wichtiger Schritt ist die dauerhafte Sicherung der Nordstadtbibliothek als kulturellem Ankerpunkt im Quartier.

Darüber hinaus braucht Kassel mehr Zusammenarbeit zwischen Sport, Bildung und Kultur. Diese Bereiche sind die Bildung von morgen, solange das marode Bildungssystem auf Landesebene nicht

reformiert wird. Kulturvermittlung ist ein zentrales Element für unseren Nachwuchs – und kann nur gelingen, wenn Schulen, Museen und Kulturinstitutionen voneinander lernen. Manchmal kann auch ein Fridericianum von einer Hegelsbergschule lernen.

Wir fordern konkret:

- **Kostenfreier oder stark vergünstigter Eintritt für Schüler*innen**, beginnend mit einem kostenlosen Museumstag pro Woche
- **Barrierefreier Zugang** zu allen öffentlichen Gebäuden, Museen, Theatern und Veranstaltungsorten – räumlich, sprachlich und finanziell
- **Kulturorte und Initiativen in allen Stadtteilen nachhaltig fördern** – insbesondere Projekte für FLINTA*, Kinder und Jugendliche
- **Bibliotheken als offene Lern- und Begegnungsorte sichern und ausbauen**, die Nordstadtbibliothek dauerhaft erhalten und finanziell absichern
- **Unterstützung von Musikschulen, Jugendtheatern und Kulturzentren**, damit sie gebührenfrei oder bezahlbar sind und bleiben

7.2 Selbstorganisation in der Kunst- und Kulturszene fördern und ausfinanzieren

In Kassel gibt es eine große und vielschichtige Kulturszene. Kunsthochschule, Staatstheater und Musikakademie sind hier maßgebliche Institutionen. Für eine kulturelle Stadtentwicklung ist eine konsequente Unterstützung und Entwicklung der gesamten Kulturlandschaft geboten. Eine nachhaltige Umnutzung von Industriebrachen, wie sie beim Kulturzentrum Schlachthof gelungen ist, hätte auch bei der Salzmannfabrik sinnvoll und zukunftsweisend umgesetzt werden können.

Die Unterstützung und nachhaltige Finanzierung bestehender Kulturstandorte müssen künftig ein Schwerpunkt der Kasseler Kulturpolitik sein. Neben den großen Institutionen prägen auch Orte wie das Henschelgelände, der Kulturbahnhof sowie zahlreiche Vereine und Initiativen seit Jahren das kulturelle Leben der Stadt – oft ohne nennenswerte kommunale Förderung. Diese Orte gilt es dauerhaft zu sichern und zu stärken.

Die Stadt muss sich für die Standortsicherung der bestehenden Initiativen einsetzen. Alle von der Stadt (mit)finanzierten Institutionen sind von massiven Mittelkürzungen bedroht. Die Kulturfinanzierung für freie Kulturanbieter und Initiativen verharrt seit vielen Jahren auf einem nahezu eingefrorenen Niveau. Zuwächse im Kulturetat werden schwerpunktmäßig für vertraglich vereinbarte Tarifsteigerungen und neue Großprojekte in den Haushalt eingestellt. Wir fordern daher, dass die zukünftigen Steigerungen im Kulturetat transparent und anteilig fest vereinbart werden und auch den sonstigen Kulturszenen, Institutionen, Initiativen und Projekten zugutekommen. Dies ist in einem zukunftsähnlichen prozentualen Verhältnis im Sinne der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit im Kulturetat zu vereinbaren und vom Kulturamt im Dialog mit den Trägern auf Antrag zu vergeben.

Viele Kultur- und Freizeitangebote in unserer Stadt werden nur durch ehrenamtliche Arbeit ermöglicht. Soziokulturelle und integrative Breitenarbeit, vor allem unter Einbeziehung von Jugendlichen und Kindern, droht zu scheitern, weil selbst kleine Beträge oft verweigert werden. Das erfordert eine aktive und verlässliche Kulturpolitik, die die gesamte Kulturlandschaft in Kassel pflegt und stärkt. Freie Kulturinitiativen und soziokulturelle Zentren müssen besser gefördert, dauerhaft gesichert und in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden. Insbesondere Kulturangebote, die seitens der documenta geschaffen und von der Gesellschaft gut angenommen wurden, müssen nachträglich weiterhin gefördert werden.

Auch Clubs sind Teil von Kultur. In den letzten Jahrzehnten hat sich Kassel jedoch von einer bundesweit bekannten Hochburg der Clubkultur zu einer mittelgroßen Stadt ohne nennenswertes Clubangebot entwickelt. Lärmbelästigung und wirtschaftlicher Druck bleiben große Herausforderungen für Kassels Club- und Kulturszene. Die Schließung des „York“ zeigt exemplarisch, wohin Profitinteressen einzelner Investor*innen führen können – das geplante Hotelprojekt liegt auf Eis, der Kulturort ist verloren.

Immer wieder müssen Kulturore Bauprojekten weichen, wie zuletzt „Die Perle“ oder das „Franz Ulrich“ – oft, ohne dass neue Räume geschaffen werden. Diese Verdrängung zerstört gewachsene Strukturen, anstatt sie zu ergänzen. Die Stadt Kassel muss hier aktiv gegensteuern, Kulturore schützen und Vereine sowie Initiativen mit Wissen, finanzieller Unterstützung und öffentlicher Sichtbarkeit stärken.

Clubs, Diskotheken, Konzerthallen, Festivals sind nicht nur Vergnügungsstätten. Sie haben einen Mehrwert, bieten die Möglichkeit der Integration, des Abbaus von interkulturellen Hürden und sozialen Austausch. Sie sind somit ein wichtiges Gut für unsere Gesellschaft und müssen gefördert werden, finanziell sowie durch Unterstützungsangebote durch das Kulturamt bei drohenden Schieflagen oder Schwierigkeiten mit Behörden.

Kunst ist Arbeit – und muss fair bezahlt werden. Künstlerische und kulturelle Arbeit schafft gesellschaftlichen Wert und verdient angemessene Bezahlung. Deshalb setzt sich Die Linke dafür ein, dass Mindeststandards und verbindliche Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festgelegt werden. Das Kulturamt soll aktiv über Honoraruntergrenzen informieren, Beratung anbieten und sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für faire, krisen- und inflationssichere Vergütung einsetzen. **Wir fordern konkret:**

- **Faire Bezahlung für Kulturarbeit sichern:** Die Stadt Kassel soll verbindliche Mindesthonorare und Tarifstandards für freiberuflich und künstlerisch Tätige einführen. Das Kulturamt soll dabei beratend und vermittelnd tätig sein und sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für krisen- und inflationssichere Honorare einsetzen.
- **Transparente und gerechte Mittelverteilung im Kulturetat:** Zukünftige Haushaltssteigerungen müssen anteilig auch freien Initiativen, Vereinen und soziokulturellen Zentren zugutekommen – mit klaren Quoten, Transparenz und Dialogpflicht des Kulturamts.
- **Schutz und langfristige Sicherung bestehender Kulturore:** Standorte wie das Henschelgelände oder der Kulturbahnhof müssen durch verbindliche

Standortvereinbarungen, Beratungsangebote und Förderinstrumente dauerhaft gesichert werden.

- **Kulturelle Stadtentwicklung statt Verdrängung:** Bei Nachnutzungen von Industriebrachen oder Immobilienverkäufen – wie etwa bei der Salzmannfabrik – muss kulturelle Nutzung Vorrang vor spekulativen Investoreninteressen haben. Das Kulturamt soll aktiv gegen Verdrängung wirken, Räume zurückgewinnen und Club- sowie Subkultur gezielt unterstützen.
- **Rechtliche Anerkennung von Clubs als Kulturstätten:** Änderung der Einstufung im Baugesetzbuch, damit Clubs, Konzerthallen und Livemusik-Spielstätten als Kulturstätten gelten und besser geschützt werden.

7.3 (Frei-)Räume für Kunst und Kultur

Kunst und Kultur brauchen Räume, um sich zu entfalten. In Kassel fehlt es nicht nur an bezahlbarem Wohnraum, sondern auch an bezahlbaren Freiräumen für kreative Arbeit, Proben, Ausstellungen und Begegnung. Tanz, Theater, Malerei oder Musik brauchen bezahlbare Orte mit besonderen Voraussetzungen – und davon gibt es zu wenige.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahren viele ihrer Liegenschaften verkauft und damit Gestaltungsspielräume verloren. Wenn neue Gebäude entstehen oder Immobilien wie das Ruruhaus, das Rote Palais oder das WH22 (CDW-Stiftung) ins Gespräch kommen, wird zwar immer wieder eine kulturelle Nutzung angekündigt – doch konkrete Nutzungskonzepte, die Kunst- und Kulturschaffenden echte, selbstverwaltete Freiräume bieten, fehlen bislang.

Wir begrüßen die neuen Bunkerprojekte mit Proberäumen im Kasseler Osten ausdrücklich – sie sind ein wichtiger Schritt, decken den tatsächlichen Bedarf aber bei Weitem nicht. Es braucht deutlich mehr solcher Orte, dezentral in allen Stadtteilen verteilt und bezahlbar für lokale Akteur*innen.

Die Vergangenheit zeigt: Es reicht nicht, auf private Investor*innen zu hoffen. Das Beispiel Salzmannfabrik macht deutlich, dass gewinnorientierte Eigentumslogiken mit kultureller Daseinsvorsorge unvereinbar sind. Kunst und Kultur sind kein Geschäftsmodell – sie sind ein öffentliches Gut. Deshalb muss die Stadt aktiv handeln: Gebäude zurückkaufen, sichern und Kulturschaffenden zur Verfügung stellen.

Wir fordern konkret:

- Mehr bezahlbare Freiräume für Kultur: Die Stadt Kassel soll aktiv Gebäude und Flächen für Kunst- und Kulturschaffende zurückkaufen oder bereitstellen – insbesondere, wenn private Investor*innen keine kulturelle Nutzung sichern.

7.4 Die Stadt Kassel und die documenta

Kassel – die documenta-Stadt: Die Debatten der vergangenen Jahre haben dem Ansehen Kassels in der internationalen Kunstwelt erheblich geschadet. Unklare Entscheidungen über Standorte, das Hin

und Her um das documenta-Institut und fehlende Transparenz in der politischen Steuerung haben Vertrauen verspielt – bei Künstler*innen ebenso wie in der Stadtgesellschaft.

Kassel muss sich seiner Verantwortung als documenta-Stadt bewusst werden. Dazu gehört, mutig und progressiv zu handeln, Kunstfreiheit zu verteidigen und neue Ansätze zuzulassen – auch, wenn sie unbequem sind. Die documenta ist kein Prestigeobjekt, sondern ein öffentliches Kulturprojekt von Weltrang, das Demokratie, Teilhabe und kritische Auseinandersetzung fördern sollte. Deshalb braucht es mehr Transparenz, demokratische Kontrolle und Mitbestimmung: Im documenta-Aufsichtsrat sollen künftig auch Vertreter*innen der demokratischen Opposition, der Kunstszenen und zivilgesellschaftlicher Initiativen stimmberechtigt sein.

Zugleich muss die Stadt lernen, Großprojekte nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu planen. Gerade beim geplanten documenta-Institut fordern wir, dass Bürger*innen und Kulturschaffende frühzeitig und verbindlich in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Kultur braucht mehr Demokratie – nicht weniger.

Wir fordern konkret:

- **Mehr Demokratie für die documenta:** Im documenta-Aufsichtsrat sollen künftig auch Vertreter*innen der demokratischen Opposition, der Kunstszenen und zivilgesellschaftlicher Initiativen stimmberechtigt sein. Beim geplanten documenta-Institut müssen Bürger*innen und Kulturschaffende frühzeitig und verbindlich in alle Entscheidungen einbezogen werden.
- **Kunstfreiheit erhalten und stärken – #standwithdocumenta: Kunstfreiheit**, wie sie in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert ist, muss bewahrt und gestärkt werden. Zuviel parteipolitische oder staatliche Einflussnahme schadet dem internationalen Ansehen der documenta. Kreativität braucht Freiheit – andernfalls ist die Teilnahme an der documenta für die künstlerische Avantgarde wenig attraktiv. Das Eintreten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist für uns selbstverständlich – dafür braucht es keinen bürokratischen „Code of Conduct“, sondern Haltung, Dialog und Vertrauen in die demokratische Kraft der Kunst.

7.5 Sport und Freizeit

Sport ist mehr als Freizeitgestaltung – er verbindet Menschen, schafft Gesundheit und fördert die persönliche Entfaltung. Die Linke setzt sich dafür ein, dass kommunale Sportförderung in Kassel nach sozialen und ökologischen Kriterien gestaltet wird und allen zugutekommt – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Alter.

Eine bedarfsgerechte Sportentwicklungsplanung muss sicherstellen, dass Vereine, Schulen und Initiativen in allen Stadtteilen unbürokratisch und einfach Zugang zu geeigneten Sportstätten haben. Nur so können Bewegung, Spiel und Zusammenhalt als Teil des Alltags gelingen.

In Kassel stehen viele Vereine unter Druck: steigende Kosten, fehlende Hallenzeiten und marode Anlagen erschweren die Arbeit. Gleichzeitig wächst das Interesse an Trendsportarten, während

traditionelle Vereinsangebote oft um Nachwuchs kämpfen. Beide Formen von Sport sind wichtig – sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen gleichberechtigt gefördert werden.

Um spätere Sanierungskosten zu vermeiden, ist es notwendig, regelmäßig in bestehende Anlagen zu investieren, statt sie verfallen zu lassen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen, besonders in einkommensschwächeren Stadtteilen, Sportangebote wahrnehmen können – unabhängig vom Geldbeutel. Auch die Verkehrsanbindung spielt dabei eine Rolle: Für den Mountainbike-Bereich braucht es mehr Transportmöglichkeiten in der Buslinie 22 sowie ein Netz sicherer Trails.

Wir fördern eine sozial-ökologische Sportpolitik, die Bewegung für alle ermöglicht – im Verein, auf der Straße oder im Park. Sportstätten müssen bezahlbar, wohnortnah und barrierefrei zugänglich sein. Die Stadt Kassel soll als aktive Partnerin von Vereinen, Schulen und Initiativen auftreten und sie langfristig absichern – finanziell, ökologisch und sozial gerecht.

Wir fordern konkret:

Sport fördern – fair, nachhaltig und inklusiv:

- **Sportentwicklungsplanung gemeinsam gestalten:** Kassel braucht ein offenes Beteiligungsmodell, in dem Vereine, Schulen, Träger der Jugendsozialarbeit und Ortsbeiräte gemeinsam über Bedarfe, Flächen und Prioritäten entscheiden.
- **Sport und Umwelt gehören zusammen:** Neue Sportanlagen dürfen nicht auf Kosten von Natur und Stadtklima entstehen. Die Stadt muss beim Bau den Erhalt von Bäumen und Frischluftschneisen verbindlich einplanen. Fulda und Buga noch attraktiver für Freizeit, Sport und Erholung gestalten.
- **Sportvereine als soziale Anker stärken:** Das Sportamt soll Vereine mit Beratung und Förderung aktiv unterstützen – insbesondere dort, wo Strukturen zu bröckeln drohen. Vereine mit hohem Migrationsanteil, die in vielen Kasseler Stadtteilen weit über den Sport hinaus wichtige Integrationsarbeit leisten, müssen nachhaltig begleitet und gezielt gefördert werden.
- **Frei zugängliche Sportanlagen sichern und ausbauen:** Kassel braucht mehr öffentliche, kostenfreie Bewegungs- und Sportflächen in allen Stadtteilen. Bestehende Angebote, wie die Mr. Wilson Skatehalle, müssen dauerhaft erhalten und vor dem Zugriff überregionaler Immobilieninvestoren geschützt werden.
- **Fansozialarbeit sichern:** Die Stadt Kassel soll sich gemeinsam mit dem Land Hessen und dem DFB für den dauerhaften Erhalt und die ausreichende Finanzierung der Fansozialarbeit einsetzen – auch unterhalb der 3. Liga.
- **Kombitickets für den Profisport:** Bei Großveranstaltungen im Fußball, Eishockey und Handball soll die Eintrittskarte automatisch als ÖPNV-Ticket im gesamten NVV-Gebiet gelten.

So werden Verkehrsbelastung und Emissionen reduziert und der öffentliche Nahverkehr gestärkt.

- **Schwimmen für alle zugänglich machen:** In den kommunalen Schwimmbädern Kassels sollen regelmäßig Frauentage angeboten und ein ermäßiger Schwimmbadtarif für Alleinerziehende eingeführt werden, um Teilhabe und Sicherheit für alle zu gewährleisten.

Kinder- und jugendfreundliche Freizeitangebote:

- **Breitensport und außerschulische Sportangebote stärken:** Die Stadt Kassel soll Vereine, Schulen und Träger der Jugendhilfe besser vernetzen und finanziell fördern, um Bewegung und Teamgeist außerhalb des Unterrichts zu ermöglichen.
- **Spielräume für Kinder schaffen:** Kassel braucht mehr schöne, sichere und klimagerechte Spielplätze in allen Stadtteilen – besonders im Wesertor, in Rothenditmold und in der Nordstadt. Grünflächen, Schatten und natürliche Materialien sollen dabei zum Standard werden.
- **Mehr nicht-kommerzielle Spiel- und Begegnungsorte schaffen:** Kassel soll Projekte wie das Gewächshaus und den Eselhof des Vereins „VereinT Mensch-Tier-Natur“ ausbauen und auch im Innenstadtgebiet neue, kostenfreie Freizeitorte für Familien schaffen – besonders für die Winter- und Ferienzeit.
- **Mehr Freizeit und Chancen für Kinder und Jugendliche:** Die Stadt Kassel soll Ferienfreizeiten für Kinder, Jugendliche und Familien mit geringem Einkommen deutlich ausbauen und verlässlich finanzieren. Auch das städtische Ferienkursangebot muss erweitert werden, da viele Angebote regelmäßig überfüllt sind.
- **Jugendräume und -zentren stärken:** Die Jugendzentren in Kassel sollen an Wochenenden und in den Ferien länger geöffnet und mit mehr Personal und finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Besonders dringend ist es, zeitnah einen neuen Standort für die Jugendräume Wehlheiden zu schaffen und Jugendraumangebote in allen Stadtteilen auszubauen.

8. Gleichberechtigt und sicher leben in Kassel

In diesem Kapitel geht es um die Bedürfnisse von People of Color, Schwarzen Menschen, Menschen mit Fluchterfahrungen oder internationaler Familiengeschichte, von Frauen und queeren Menschen, von Menschen mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung, von wohnungslosen, obdachlosen und suchterkrankten Menschen. Es geht um Barrierefreiheit, um kommunale Antidiskriminierungsarbeit, um Gewaltprävention und um sichere Räume.

In den letzten Jahren haben Übergriffe auf queere Menschen, BIPOC und Personen, die migrantisch gelesen werden, zugenommen. Diese Gruppen erleben staatliche Institutionen – insbesondere die Polizei – häufig nicht als Schutz, sondern als Bedrohung. Menschen, die von Armut, Obdachlosigkeit oder Suchterkrankungen betroffen sind, werden zu oft im öffentlichen Raum an den Rand gedrängt – ob durch Ordnungsmaßnahmen oder stigmatisierende Architektur.

Unser Verständnis von Sicherheit geht davon aus, dass echte Sicherheit nur durch die Aufhebung sozialer und ökonomischer Spaltungen entsteht. Perspektivisch wollen wir Repression und Ausgrenzung durch solidarische Strukturen gegenseitiger Hilfe, Prävention und Fürsorge ersetzen. Wir wollen, dass alle Bewohner*innen Kassels als Teil unserer Stadtgesellschaft angenommen werden. Besondere Hürden wollen wir abbauen und besonderen Schutzbedürfnissen wollen wir gerecht werden.

8.1. Sicherheit im öffentlichen Raum

Kameraüberwachung, Waffenverbotszonen und verstärkte Polizeipräsenz an Orten wie Stern, Königsplatz, Untere Königsstraße, Hauptbahnhof und Königsgalerie/Jägerstraße schaffen kein Sicherheitsgefühl, sondern Misstrauen und Stigmatisierung. Diese Maßnahmen zielen häufig auf Orte, an denen arme Menschen und Communities mit internationaler Geschichte leben oder sich aufhalten. Das verstärkt die Tendenz zur Kriminalisierung, ist aber nicht geeignet, Gewalt zu verhindern. Studien (u.a. der Uni Gießen) zeigen: Videoüberwachung ist keine effektive Prävention. In Kassel kosteten die Kameras am Königsplatz 590.000 € allein in der Anschaffung. Dazu kommen hohe laufende Kosten. Geld, das in soziale Arbeit besser investiert wäre.

Die Stadtpolizei trägt Waffen und übernimmt auch Aufgaben, die näher an Sozialarbeit liegen. Dafür sind die Stadtpolizist*innen zu wenig sozialpsychologisch geschult. Das Gegenmodell ist der Verein „Panama“, die mobile soziale Hilfe (Straßensozialarbeit) in Kassel. Hier arbeiten 30 Hauptamtliche und 30 Ehrenamtliche Hand in Hand. Diese Arbeit soll ausgebaut und verlässlich finanziert werden. Vor allem müssen die Zuschüsse an ansteigende Kosten angepasst werden.

Mit vier Streetworker*innen für aufsuchende Jugendarbeit gibt es in Kassel nicht nichts, aber längst nicht genug unterstützende Arbeit. Vor allem Jugendliche mit besonderen Betroffenheiten (s.o.) brauchen mehr Angebote.

Damit Sicherheit und Sicherheitsgefühl für alle steigen, ist die Gestaltung der Straßen und Plätze durch Beleuchtung und Infrastruktur zu verbessern. Wir wollen, dass die Stadt ein flächendeckendes

Konzept für sichere Wege (insbesondere nach 22 Uhr) entwickelt – unter Beteiligung besonders schutzbedürftiger Gruppen.

Wir fordern konkret:

- **Abschaffung der Stadtpolizei in ihrer jetzigen Form**
- **Beleuchtung an öffentlichen Orten**, die nachts von Fußgänger*innen genutzt werden. Bewegungsmelder sollen ausreichend, aber nicht überempfindlich reagieren, damit keine Dauerbeleuchtung durch Tiere entsteht. Außerdem ist auf naturverträgliche Lichtquellen zu achten.
- **Einrichtung eines Notrufsystems speziell für den Aue-Park**
- **Einführung von Taxikarten für FLINTA*-Personen zwischen 16 und 30 Jahren**, nach dem Vorbild bestehender Uni-Projekte; Ausbau des nächtlichen Schaddel-Services der KVG

8.2 Gewaltprävention, Beratung und Hilfe für von Gewalt Betroffene

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) von 2011 ist ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu gehören Opferschutz, Prävention und Strafverfolgung sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in den Verfassungen und Rechtssystemen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kassel den umfassenden Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter*innen gerecht wird. Und wir erweitern diesen Anspruch auf Betroffene von rassistischer Gewalt.

Wir fordern konkret:

- **Gewalt gegen Frauen sichtbar machen und konsequent bekämpfen!**
Femizide – die gezielte Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – sind eine der grausamsten Formen geschlechterbasierter Gewalt. Sie sind kein Zufall und keine Einzelfälle, sondern Ausdruck tief verwurzelter gesellschaftlicher Ungleichheiten und patriarchaler Strukturen. In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau von ihrem (Ex-) Partner ermordet. Auch in Kassel kam im Juli 2025 eine Frau durch Femizid ums Leben. Wir setzen uns für Bildungsarbeit gegen Sexismus, Machtmissbrauch und geschlechterbasierte Gewalt ein und für die Unterstützung der „Initiative gegen Feminizide Kassel“.
- **Das Frauenhaus muss materiell und personell abgesichert werden.** Ziel ist ein dauerhaft finanziertes Schutzsystem für von Gewalt betroffene Frauen, Kinder und TINA*-Personen, das niedrigschwellig, mehrsprachig und kostenlos zugänglich ist.
- **Ausbau und bessere Sichtbarkeit von Beratungsstellen** für Betroffene häuslicher und sexualisierter Gewalt (z. B. Werbung in Trams, an Haltestellen).

- **Die Antidiskriminierungsstelle Kassel ist eine wichtige Errungenschaft. Sie muss personell und rechtlich gestärkt werden.** Wir wünschen uns an dieser Stelle mehr Möglichkeiten für praktische Interventionen, jenseits konzeptioneller Arbeit.
- **Regelmäßige präventive Workshops** (Antisexismus, Antidiskriminierung, Awareness) für Verwaltungsmitarbeitende, Sicherheits- und Veranstaltungspersonal.
- **Die unabhängige Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt 'response'** soll personell und finanziell gestärkt und dauerhaft von der Stadt Kassel gefördert werden.
- **Es soll auch eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle für Opfer von Polizeigewalt, Sexismus und Diskriminierung** eingerichtet und dauerhaft finanziert werden: barrierearm, anonym erreichbar und klar von der Polizei getrennt
- Die Stadt Kassel soll sich außerdem auf Landesebene für eine bessere Ausstattung der Meldestelle '**Hessenschauthin**' sowie des **ADiBe-Netzwerks** Hessen einsetzen.

Die Fälle Ahmed I. und B. Efe aus Kassel haben gezeigt, dass es bisher nicht ausreichende staatliche Institutionen gibt, die Opfer rechter Gewalt unterstützen. Antragstellung bei vorhandenen Fonds dauert bis zur Entscheidung oft mehrere Jahre. Der landesweite Fonds für Hessen blieb den Kasseler Opfern verwehrt.

Wir fordern konkret:

- **Ein kommunaler Opferfonds soll eingerichtet werden.** Ziel ist, dass Personen, die Opfer von rechter, patriarchaler, ableistischer oder rassistischer Gewalt wurden, anrechnungsfrei und niedrigschwellig mit bis zu 1.000 Euro für akuten Bedarf unterstützt werden können. Antragsberechtigt sind Beratungsstellen. Die Mittel speisen sich aus dem städtischen Haushalt sowie aus Einnahmen von Bußgeldern im Stadtgebiet.

8.3 Verwirklichung der Grundrechte „Gleichheit“ und „Schutz der Würde“ für Menschen afrikanischer Abstammung

Wir fordern die Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung (2015-2024) sowie der Folge-Dekade (2025-2034) durch Verwirklichung der Beschlüsse vom 1. Februar 2021 (101.18.1780) und 14. Juni 2021 (101.19.98) der Kasseler Stadtverordnetenversammlung. Beide Beschlüsse lauten: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel wird die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung in Kassel umsetzen.“

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung:

- **Antidiskriminierungsstelle ausbauen** – zwar vorhanden, jedoch ohne klaren Schwerpunkt auf Anti-Schwarzen Rassismus (ASR), obwohl dies aufgrund der städtischen Bekenntnisse zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung dringend geboten wäre.
- **Schwarze Repräsentanz stärken** – durch gezielte Bemühungen, Schwarze Menschen für städtische Führungspositionen zu gewinnen.
- **Empowerment absichern** – mit dauerhaften Haushaltsmitteln für Initiativen wie beispielsweise emPowerKidS.
- **Bildung rassismuskritisch gestalten** – verpflichtende Fortbildungen mit Schwerpunkt ASR für Erzieher*innen in Kitas und städtische Beschäftigte einführen sowie entsprechende Angebote für Lehrkräfte an Schulen initiieren und beim Land nachdrücklich einfordern.
- **Schutzstrukturen schaffen** – Antirassismus-Schulungen als Angebot für Polizei, verpflichtend für Ordnungsamt/Stadtpolizei und Verwaltung sowie eine unabhängige Ombudsstelle für negativ von Rassismus Betroffene einrichten.

8.4 Abschiebungen stoppen und verhindern

Die Zahl der Abschiebungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, auch in Hessen und Kassel. Hinter jeder Abschiebung stehen Menschen, deren Leben durch staatliche Gewalt, Trennung und Ungewissheit radikal erschüttert wird. Die Politik der Ausweisung ist getrieben von rechter Hetze. Kein einziges Problem in unseren Städten wird dadurch gelöst, dass illegalisierte Menschen verschwinden. Aktuell leben nach Angaben des Regierungspräsidiums Kassel (RP) 1,22 Millionen Menschen in Nordhessen. Davon sind 2.700 „vollziehbar ausreisepflichtige Personen“. Das sind 0,2 Prozent in einem Bezirk, der neben der Stadt Kassel alle fünf nordhessischen Landkreise und Fulda umfasst. Diese Menschen haben laut dem Regierungspräsidium Kassel kein Bleiberecht und sollen freiwillig ausreisen. Wenn sie dies nicht tun, droht ihnen die Abschiebung.

Die Linke fordert Bleiberecht für alle! Wir machen unsere Nachbar*innen nicht zu Sündenböcken für soziale Ungerechtigkeiten und Missmanagement. Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir gehen keinen Zentimeter nach rechts!

Von der Stadt Kassel fordern wir:

- **Keine Abschiebung aus städtischen Ämtern, Behörden und Einrichtungen!** Wer Rat und Hilfe sucht, Bürokratie erledigen will oder Veranstaltungen besucht, muss sicher sein nicht in Abschiebehaft zu geraten.

- **Die Stadt soll alle rechtlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten nutzen, Abschiebungen zu verhindern und Betroffene zu schützen!**
- **Die Stadt soll die Migrationsdienste unterstützen**, deren wertvolle Arbeit durch Kürzung der Bundesmittel erschwert wird.

8.5 Barrierefreiheit verbessern

In Kassel leben viele Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und/oder psychischen Erkrankungen. Viele öffentliche Einrichtungen und Räume, wie Schulen, das Rathaus oder Stadtteilzentren, sind nur unzureichend barrierearm gestaltet und dadurch schwer zugänglich. Auch im öffentlichen Nahverkehr gibt es noch erhebliche Hürden: Zahlreiche Straßenbahnen und Bushaltestellen sind trotz technischer Fortschritte weiterhin nur eingeschränkt nutzbar für Rollstuhlnutzende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkung.

Die Blindenleitsysteme in Kassel sind – falls vorhanden – vielerorts veraltet und teilweise in schlechtem Zustand. Auch im öffentlichen Nahverkehr sind Blindenleitsysteme nur punktuell umgesetzt.

Wir fordern konkret:

- **Blindenleitsysteme müssen auf Funktionalität und Aktualität geprüft, an maroden Stellen repariert, modernisiert und ausgeweitet werden.** Es braucht ein umfassendes Leitsystem an allen wichtigen Haltestellen, Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden.

Der öffentliche Raum ist immer noch zu sehr am Auto orientiert. Bürgersteige sind oft zu schmal, manche Straßen haben keine durchgehenden Gehwege. Zu häufig wird widerrechtliches Gehwegparken nicht geahndet. Bordsteine sind nicht oft genug abgesenkt. Das alles behindert nicht nur Rollstuhlfahrer*innen, sondern auch Menschen mit Rollatoren oder mit Kinderwagen.

Wir fordern konkret:

- **Alle Bürgerhäuser brauchen barrierefreie Zugänge.** Im Bürgerhaus Niederzwehren soll zeitnah ein Fahrstuhl eingebaut werden.
- **Die Maßnahmen für barrierefreie Mobilität decken längst nicht alle Bedürfnisse ab und müssen planmäßig flächendeckend ausgebaut werden.**
- **Ruhenden und fahrenden Autoverkehr reduzieren**, damit mehr Platz ist für Menschen mit und ohne besondere Bedarfe.

9. Sozial-ökologisches Leben und Wirtschaften in Kassel

Die Linke will das Wirtschaftssystem so umgestalten, dass alle frei, gesund und sicher leben können – und zwar auf Dauer. Es geht darum, ökologisch verträglich zu wirtschaften. Das Ziel der Produktion muss sein, unser Leben zu erleichtern, und nicht Wachstum um jeden Preis. Kurz: Mensch und Umwelt vor Profite! Die Linke macht sich für demokratischen, ökologischen, feministischen Sozialismus als Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft stark. Kooperation und sparsamer Umgang mit Ressourcen statt Konkurrenz und Raubbau. Gemeinwohl und öffentlicher Wohlstand anstatt privater Überreichtum und fehlende Finanzen in Kommunen.

Wie sich unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft weiterentwickeln, entscheidet sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die weit über das hinausgehen, was von gewählten Politiker*Innen im Stadtparlament entschieden werden kann. Deshalb ist es wichtig, dass Kassel Position bezieht und Druck macht für bessere Rahmenbedingungen – zusammen mit Städten und Gemeinden in ganz Deutschland und weltweit. In den sieben Jahren seit dem Beschluss zur Klimaneutralität in Kassel bis 2030 ist viel zu wenig passiert. Das wollen wir ändern! Wir wollen gemäß dem Pariser Klimaabkommen ein 1,5-Grad-kompatibles CO₂-Budget einführen – und für dessen Einhaltung sorgen. Der Bund und die EU müssen mit Geld und Gesetzen dazu beitragen, dass wir auf kommunaler Ebene genug Geld für sozial gerechten Klimaschutz haben. Dafür setzen wir uns ein. Und wir kämpfen für eine gerechte Steuerpolitik: Viele Milliarden Euro können und müssen von den Multimillionär*Innen für das Allgemeinwohl umverteilt werden.

Allerdings haben Kommunen auch jetzt Spielräume, um das Wirtschaften vor Ort kurzfristig sozial und ökologisch gerechter zu gestalten – und die wollen wir ausschöpfen.

Mehr als 9670 Beschäftigte in 78 städtischen Unternehmen und Beteiligungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Mit der Kasseler Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (Verkehrsbetriebe, Stadtwerke und andere), der kommunalen Wohnungsgesellschaft GWG, den Stadtreinigern oder KASSEL WASSER haben wir einen Teil der Wirtschaft in öffentlicher Hand. Das ist wichtig, weil die Unternehmensziele am Gemeinwohl ausgerichtet werden können. Allerdings werden die Beteiligungsgesellschaften des „Stadtkonzerns“ nicht öffentlich gesteuert, weil sie ausgegliedert und privatrechtlich organisiert sind, und das ist ein demokratischer Mangel. Für mehr Transparenz, demokratische Kontrolle und einfachere Vergaben wollen wir die Städtischen Werke wieder zu 100 % zurück in kommunale Hand bringen.

Mit der Universität Kassel ist eine Quelle von Erkenntnis und Inspiration in unserer Stadt beheimatet, die viel zur guten Entwicklung beitragen kann. Im SDG+ Lab und im Klimaschutzrat tragen Wissenschaftler*Innen konkret zum sozial-ökologischen Umbau bei. Die Stadtpolitik müsste sich mehr davon leiten lassen. Auf Initiative von engagierten Bürger*Innen und Stadtverordneten sind immer wieder sinnvolle und wegweisende Beschlüsse gefasst worden. Die Klimaschutzstrategie vor allem, aber auch Ziele wie Biodiversität und die Eindämmung von Lichtverschmutzung („Sternenstadt“). Zu oft aber fehlen nachprüfbare Zeit- und Maßnahmenpläne, die wirklich zum Ziel führen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Pläne erarbeitet und umgesetzt werden und dass Magistrat und Stadtverwaltung dafür alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Vor allem darf Privatbesitz dabei nicht außen vor bleiben.

9.1 Kein Aufschub für Klimaschutz – Klimaschutzrat aufwerten

Die Klimakrise macht uns das Leben zunehmend schwer. Mit Hitze, Dürre und dann wieder Stürmen und Überschwemmungen wird das Wetter immer gefährlicher für uns, die Landwirtschaft und insbesondere die ärmsten Menschen in Deutschland und weltweit. Wir wissen, dass schon einiges getan wurde – und dennoch viel zu wenig!

Die städtische Klimaschutzstrategie auf 2040 statt wie bisher auf 2030 auszurichten und damit den Umsetzungszeitraum um 10 Jahre zu erweitern, wird dazu führen, dass Maßnahmen weiter aufgeschoben werden. Statt darüber zu diskutieren, welches neue Zieljahr angepeilt wird, muss es jetzt an die Feinausarbeitung und konkrete Umsetzung der Maßnahmen gehen. So viele liegen bereits auf dem Tisch – unter anderem wurden in den Themenwerkstätten des Klimaschutzrates zahlreiche Maßnahmen erarbeitet, mit denen wir effektiven Klimaschutz erreichen können. Es braucht die finanziellen und personellen Ressourcen, vor allem aber den politischen Willen zur Umsetzung, um mit klarer Haltung und größten Bemühungen auf eine klimagerechte Stadt zuzusteuern.

Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung (und wo nötig inhaltliche Aktualisierung) aller noch offenen Empfehlungen der Themenwerkstätten und des Klimaschutzrats ein. Uns ist es wichtig, dass die lokale Arbeit und Expertise aus den Themenwerkstätten und dem Klimaschutzrat wertgeschätzt und einbezogen wird, anstatt externe Berater*innen für neue, verwässerte Ambitionen zu beauftragen. Der Klimaschutzrat soll sich öffnen für neue Wissenschaftler*innen und Ehrenamtliche, um weitere Maßnahmen für den klimagerechten Umbau unserer Stadt zu entwickeln. Für die Empfehlungen des Klimaschutzrats soll der Magistrat innerhalb von sechs Monaten einen Umsetzungs- und Finanzierungsplan vorlegen. Zur Einbringung der Maßnahmen-Empfehlungen in die Stadtverordnetenversammlung wird der Klimaschutzrat mit den anderen Beiräten gleichgestellt (v.a. Antrags- und Rederecht).

Außerdem bekennen wir uns zum bislang nicht ausreichend umgesetzten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom August 2019, jede zukünftige Entscheidung der kommunalen Selbstverwaltung auf die Zielerreichung der Klimaneutralität 2030 hin zu überprüfen. Für jede Beschlussvorlage müssen die Klimafolgen abgeschätzt und ernsthaft berücksichtigt werden. Vor allem braucht es bei negativer Folgenabschätzung die Planung einer Alternative, welche die Erreichung der Klimaziele ermöglicht. Maßnahmen, die dem Klima schädlich sind, dürfen nicht umgesetzt werden.

9.2 Weniger (Auto-)Verkehr und Stau – mit Bus und Bahn, zu Fuß oder dem Fahrrad durch Kassel

Die Linke will sichere Wege und mehr Bewegungsfreiheit für alle, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Als Verkehrsmittel für alle, wollen wir Bus und Bahn stärken. Der ÖPNV soll mehr subventioniert werden, denn, wer das Auto stehenlässt, tut der Umwelt und der Stadtgesellschaft gut. Besonders in den dicht bewohnten Quartieren und an den Hauptstraßen, wo viele Menschen in kleinen Wohnungen ohne Garten wohnen, muss Verkehrsberuhigung her, damit Straßenlärm und andere Belastungen spürbar abnehmen. Umweltgerechtigkeit ist unsere Perspektive. Wir wollen mehr Platz für Bäume, Spielplätze, Sitzbänke und endlich sichere Radwege! Dafür muss öffentlicher Raum besser verteilt werden. Parkplätze direkt vorm Haus, sollen Gehbehinderten oder Lieferanten

vorbehalten sein. Ansonsten sollen (Quartiers-)Garagen und die vorhandenen Parkhäuser genutzt werden.

Kassel gehört zu den Städten mit dem meisten Verkehrslärm – über 20.000 Menschen in unserer Stadt leiden darunter. Zugleich sind Zahl und Größe der gemeldeten Pkw in den letzten Jahren noch weiter gestiegen. Verschiedene Verkehrsversuche tragen temporär zur Verbesserung bei, doch zugleich wird die „Gleichberechtigung aller Verkehrsarten“ behauptet. In Wirklichkeit ist und bleibt Kassel eine Autostadt. Und noch immer werden zusätzliche Tiefgaragen und Parkplätze geplant und genehmigt. Von Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt!

Der öffentliche Nahverkehr ist relativ gut aufgestellt in Kassel; die KVV-Beschäftigten sind motiviert und halten alles am Laufen. Aber weil Jahrzehntelang zu wenig investiert wurde, fehlt das Geld für den nötigen ÖPNV-Ausbau. Und für viele sind die Ticketpreise zu hoch. Außerdem fehlt ein Konzept, um den Verkehr aus der Region in die Stadt zu reduzieren. Aus fast allen Ortsbeiräten kommen seit Jahren Vorschläge und Beschlüsse zur Verbesserung der Verkehrssituation: Schulstraßen, Spielstraßen, Zebrastreifen, Radwege, Fußgängerampeln, Tempo 30-Ausweitung, Fahrbahnverengung, Sitzmöbel – viele kleine Maßnahmen, die relativ schnell helfen würden, im Sinne der meisten Anwohner*innen.

Die Stadtverwaltung arbeitet mit zu kleinen Teams am Fußverkehrskonzept, am City-Logistik-Konzept und an der Weiterentwicklung des Verkehrsentwicklungsplanes. Es gibt immer noch zu wenig kompetente Planer*innen bei der Stadt für die Umsetzung einer Verkehrswende. Konkrete Verbesserungen bleiben zu oft auf der Strecke. Eine deutliche Mehrheit findet, dass weniger Autoverkehr die Lebensqualität verbessert, und unterstützt umweltschonende Verkehrsmittel. Wenn am Straßenrand Fahrradständer errichtet werden oder ein Parklett mit Sitzplatz, sind meist nur die Beschwerden derjenigen zu hören, die weiter bequem mit dem Auto vorfahren wollen. Kinder, Alte oder Arme kommen kaum zu Wort. Es fehlen aktivierende Beteiligungsformate und Öffentlichkeitsarbeit, die eine andere Stimmung erzeugen.

Die allermeisten Menschen sind in Kassel (auch) zu Fuß unterwegs. Dabei sind die Fußwege und Querungen über viel befahrene Straßen längst nicht immer sicher. Gerade für betagte Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder sind sichere und barrierefreie Fußwege elementar, um sich im Alltag selbstständig fortbewegen zu können. Sichere Schulwege sind eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe und Sicherheit aller Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass Schulwege möglichst auto- und barrierefrei sind, gut beleuchtet und durch sichere Querungen geschützt. Kinder müssen die Möglichkeit haben, angstfrei zur Schule zu kommen, ohne auf ein 'Elterntaxi' angewiesen zu sein. Dabei müssen Gefahrenpunkte nicht nur in „Schulwegeplänen“ benannt, sondern endlich auch wirksam entschärft werden! Nur so können Kinder selbstständig und gefahrlos zur Schule gelangen – unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind.

Wir stehen für die Umverteilung von Straßenraum zugunsten des Umweltverbundes – also ÖPNV, Rad- und Fußverkehr – und für eine ökologische Verkehrswende. Neben ÖPNV und Fußverkehr ist auch der Radverkehr eine zentrale Säule der sozial-ökologischen Transformation, besonders in urbanen Gebieten. Um entspannt Rad zu fahren, braucht es sichere und durchgängige Radwege im gesamten Stadtgebiet – davon ist Kassel allerdings noch weit entfernt! Wir wollen auf allen Hauptstraßen jeweils eine Spur für den Radverkehr schaffen und die Nebenstraßen als Radrouten attraktiver und sicherer machen, z. B. durch Einbahnstraßenregelungen für Autos, echte Fahrradstraßen, Modalfilter sowie weitere Maßnahmen, die den Kfz-Durchgangsverkehr reduzieren.

Im Sinne von Vision Zero – keine Verkehrstoten mehr! – setzen wir auf eine bauliche Trennung der verschiedenen Verkehrsarten. Farbe allein ist keine Infrastruktur und schützt schwächere Verkehrsteilnehmer*innen nicht ausreichend.

Die Forderungen des „Radentscheid Kassel“, für die 2019 fast 24.000 Menschen unterschrieben, haben zu einem ausführlichen StaVo-Beschluss zur Förderung des Radverkehrs geführt (Magistratsvorlage 101.18.1237). Dieser wurde im Rahmen der Haushaltsverhandlungen ab 2020 mit umfangreichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Aus unserer Sicht ist seitdem jedoch viel zu wenig passiert. Die politischen Beschlüsse zur Förderung von Rad- und Fußverkehr müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es echten politischen Willen und ausreichend Planer*innen im Amt, die ausschließlich dafür zuständig sind und die Umsetzung von Maßnahmen vorantreiben. Aktuell werden hauptsächlich Maßnahmen realisiert, die den Autoverkehr nicht stören – also kaum auffallen. Das wollen wir ändern! Und das Geld, das für den Ausbau von Rad und Fußwegen bereitgestellt wurde, darf nicht länger zweckentfremdet werden für Maßnahmen, die hauptsächlich dem „Fluss“ des Kfz-Verkehrs dienen. Kassel ist autofreundlich genug – aber längst nicht menschenfreundlich genug. Wir wollen eine echte Verkehrswende, mehr Lebensqualität und Sicherheit auch für alle, die in Kassel mit ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind.

Fast täglich lesen wir von Verkehrsunfällen mit verletzten Kindern oder Radfahrenden in der Stadt, oder von tödlicher Straßengewalt auf den Autobahnen um Kassel. Täglich erleben wir röhrende Auspuffe, zu schnelles Fahren oder Autos auf Geh- und Radwegen. Offenbar gibt es zu wenig Kontrollen. Eine „Rücksicht-Kampagne“ reicht nicht!

Wir fordern konkret:

Verkehrswende endlich umsetzen!

- **StaVo-Beschluss zur Förderung des Radverkehrs** (Magistratsvorlage 101.18.1237) zügig und konsequent realisieren!
- **Sichere Schulwege für alle Kinder** – nicht nur auf dem Papier!
- **Maßnahmenpaket Mobilität aus dem Klimaschutzrat** nachvollziehbar umsetzen! Hier sind die wichtigsten Rahmenbedingungen beschrieben, die es braucht, um die sozial-ökologische Verkehrswende zu schaffen:
https://www.kassel.de/umwelt-und-klimaschutz/klimaschutzrat-mit-themenwerkstaetten/massnahmenempfehlungen/themenfelder/mobilitaet/2021-MO-08_Integriertes-Massnahmenpaket_Mobilitaet.pdf
- **Die Stadt soll auf ihrer Homepage zeigen, was, wie und bis wann getan wird.**
- **Verkehrswende vor der Haustür unterstützen**
Die Vorschläge der Ortsbeiräte für konkrete Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Fußgängerüberwege oder Umwandlung von Parkplätzen sollen von der Verwaltung unterstützt und zeitnah umgesetzt werden. Wir wollen, dass Kiezblocks ermöglicht werden, um Anwohnende vom Durchgangsverkehr zu befreien.

- **Schluss mit Verkehrsplanung von vorgestern**
Bebauungspläne müssen klare Vorgaben machen: kein zusätzlicher Verkehr in Wohngebieten; Anschluss an ÖPNV und gute Bedingungen für Fuß und Fahrrad. Wir unterstützen die Interessengemeinschaft Henschelareal: Heilhaus und andere Anlieger müssen geschützt werden. Wir wollen keine Rüstungsindustrie im Wohngebiet und keinen weiteren Schwerlastverkehr durch Rothenditmold.
- **Entlastung an Verkehrsknoten:** Stern und Holländischen Platz menschengerecht umgestalten. Gerade dort, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, müssen die Verkehrsverhältnisse angepasst werden, sodass auch Kinder und Menschen mit Rollstuhl oder Rollator sicher sind. Die Untere Königstraße soll Fußgängerzone werden.
- **Sichere Fuß- und Radwege im ganzen Stadtgebiet:** Alle Menschen in Kassel sollen sicher und selbstständig zu Fuß, mit Rolli oder dem Fahrrad unterwegs sein können – unabhängig vom Alter, Geschlecht oder Gesundheitszustand. Dafür brauchen wir sichere und durchgängige Rad- und Fußwege, sichere Querungen und eine klare Trennung von Rad-, Fuß- und Autoverkehr. Wir fordern einen zügigen und verlässlichen Ausbau nach klaren Prioritäten. Vor allem an Straßen mit viel Kfz-Verkehr muss es schnelle Verbesserungen geben, wie an der Wolfhager, Leipziger und der Holländischen Straße. Auch in der Nordstadt fehlen an wichtigen Strecken sichere Rad- und Fußwege. Hier fordern wir schnelle Verbesserung: vom Jobcenter zur Mombachstraße; von der Auferstehungskirche zum Westring. Freigabe für Radfahrende: Gehweg längs des Hauptfriedhofes an der Holländischen Straße.

Tempo 30, kurze Wege und autofreie Innenstadt:

- **Tempo 30 ausweiten**
Wir unterstützen die Petition für Tempo 30 an der Frankfurter Straße. Über 2.430 Menschen haben dafür unterschrieben. Die Stadt muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Tempo 30 auch an Hauptstraßen auszuweiten – und zwar Tag und Nacht. Für Lärmschutz und mehr Sicherheit!
- **Stadt der kurzen Wege plus Lieferservice**
Wir wollen die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs von den großen Straßen in die Wohngebiete verlagern. Einkäufe sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigt werden können. Für den Transport von größeren Mengen oder Gegenständen soll ein Lieferservice der KVG angeboten werden, der einmal am Tag einsammelt und ausliefert, was nicht getragen werden kann. So müsste niemand extra mit dem Auto in die Innenstadt.
- **Autofreie Innenstadt**
Wir wollen uns ein Beispiel nehmen an Paris, die innerhalb von wenigen Jahren hunderte Straßen lebenswert autofrei umgestaltet haben und dort Platz für Kinder, Grünflächen und Cafés geschaffen haben. Wir fordern als ersten Schritt, dass die Neue Fahrt zur Sondernutzungszone wird – für Fuß und Fahrrad frei und für Kfz nur mit besonderer

Erlaubnis. Schrittweise soll dieses Modell dann ausgeweitet werden. Freiwerdende Flächen und Gebäude werden für grüne Oasen, Spielplätze, Wohn- und Kulturräume gebraucht.

Umweltverträglicher Pendler- und Güterverkehr:

- **Pendlerverkehr verlagern:**
An den RT-Stationen im Umland sollen kurzfristig Park&Ride-Plätze eingerichtet werden. Parkraumbewirtschaftung soll ausgeweitet werden; die Einnahmen müssen in den ÖPNV fließen. Darüber hinaus muss im Verkehrsverbund ein Konzept für den Umstieg in den ÖPNV vereinbart werden. Größere Arbeitgeber im Stadtgebiet sollen auf Mobilitätskonzepte verpflichtet werden, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Die Stadt soll Unterstützung dafür anbieten.
- **Rangierbahnhof verteidigen**
Die Bundesregierung zwingt der Bahn unfaire Bedingungen auf. Güterverkehr auf der Schiene ist die umweltfreundlichste Art des Transportes und erspart uns sehr viel Lkw-Verkehr. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass unser Rangierbahnhof erhalten bleibt, und fordern auch vom Magistrat vollen Einsatz dafür.

Flughafen Calden abwickeln (herabstufen):

- **Schluss mit den laufenden Subventionen an den Kassel Airport!**
Stattdessen kostendeckende Start- und Landegebühren. Keine weiteren Millionen an Steuergeld für reiche Privatflieger am Kassel Airport! Stattdessen braucht es die Abtrennung des Gewerbegebiets, anschließende Kündigung des Gesellschaftervertrags für den Airport und einen Ideenwettbewerb für eine gute Nachnutzung des Flughafengeländes. Am Kassel Airport flogen im letzten Jahr zu 90 % Privatflugzeuge. Dabei verbuchen die öffentlichen Anteilseigner Land Hessen, Stadt und Landkreis Kassel sowie die Gemeinde Calden jährlich knapp 8,5 Mio. Euro für die laufenden Kosten plus ca. 15 Mio. Euro Zinsen und Tilgung für den Bau des sinnlosen Regionalflughafens. Die Zahl der Arbeitsplätze am Flughafen wird maßlos überschätzt, da diese weit überwiegend vom Gewerbegebiet, nicht aber vom Flughafen abhängen.

9.3 Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif

Wir treten für ein kostenloses Schüler*innen- und Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein – als ersten Schritt zum allgemeinen Nulltarif. Dass es in Kassel ein Sozialticket (Mittendrin-Ticket) gibt, hat die Linke vorangebracht. Aber es ist mit 35 Euro pro Monat zu teuer. Mobilität gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, verbessert die gesellschaftliche Teilhabe und erleichtert den Alltag. Ein kommunales Schüler*innenticket zum Nulltarif trägt zur Bildungsgerechtigkeit bei und bindet die junge Generation frühzeitig an den öffentlichen Nahverkehr – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das wäre ein konkretes Signal für mehr soziale Gerechtigkeit und eine Investition in die Zukunft. Wir wollen perspektivisch öffentlichen Personennahverkehr für alle zum Nulltarif, so wie vielerorts in Frankreich oder in Luxemburg.

Wir fordern konkret:

- **Mittendrin-Ticket umsonst**
Wir fordern, dass die Teilhabecard für Sozialtransfer-Beziehende zugleich als Fahrschein im NVV gilt (zum Nulltarif).
- **Kommunales Schüli-Ticket**
Wir wollen, dass die Stadt ein Schüler*innen-Ticket finanziert, für alle Kinder und Jugendlichen, die keinen Anspruch auf das Hessenticket vom Land haben.
- **Keine Strafanzeigen für Fahren ohne Fahrschein.** Das erhöhte Beförderungsentgelt ist Strafe genug. Die KVG soll auf Strafanzeigen verzichten, wie es in Darmstadt und in Frankfurt gehandhabt wird.

9.4 Erneuerbare Energie und Wärme – für alle und bezahlbar

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Kassel schnellstmöglich klimaneutral wird – und gleichzeitig sozial gerecht bleibt. Wir fordern die Weiterentwicklung einer öffentlichen Klimaschutzstrategie mit einem verbindlichen Treibhausgasbudget, klaren Zwischenzielen, konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsplänen und einer umfassenden Beteiligung aller hier lebenden Menschen. Durch kommunalen Klimaschutz kann viel gewonnen werden: bessere Luft, weniger Lärm, mehr Wertschöpfung vor Ort – und schlichtweg mehr Lebensqualität.

In Folge des menschengemachten Klimawandels nehmen Hitzewellen zu, Extremwetterereignisse werden häufiger und zerstörerischer. Starkregen, Hagel und Sturm haben am 22. Juni 2023 deutliche Spuren in der Stadt sowie im Bewusstsein der in Kassel lebenden Menschen hinterlassen. Die Folgen der Klimaerwärmung treffen die Schwächsten zuerst: Menschen mit geringen Einkommen, ältere Menschen und Kinder leiden besonders darunter. Effektiver Klimaschutz ist um ein Vielfaches günstiger als die massiven Klimaschäden, die zwangsläufig durch Nichthandeln entstehen.

Schluss mit Verzögerungen! Anstatt das Klimaneutralitätsziel von 2030 einfach auf 2040 zu verschieben, muss endlich gehandelt werden – auf allen Ebenen und mit echtem politischem Willen! Es braucht konkrete Umsetzungs- und Finanzierungspläne für die bislang nicht angegangenen Maßnahmenvorschläge.

Wir fordern deshalb ein radikales Umsteuern: Wir brauchen eine ambitionierte kommunale Wärmeplanung, die uns bewahrt vor der gefährlichen Kostenfalle Wasserstoff-Heizungen. Sie sollte frühzeitig Klarheit geben, wann in welchen Straßenzügen Fernwärme kommt und wann das klimaschädliche Erdgasnetz dort abgeschaltet wird. Wir wollen nicht mehr abhängig sein vom Import von Kohle, Öl und Gas aus autoritär regierten Ländern wie Russland, den USA, Katar oder Kolumbien.

Für Mieter*innen und Nutzer*innen kleiner Eigenheime mit geringen und mittleren Einkommen dürfen im geplanten Umbauprozess keine erdrückenden Zusatzkosten anfallen. Diese müssen mit gezielten Förderungen und Maßnahmen unterstützt werden. Das betrifft am stärksten Bezieher*innen von Transferleistungen sowie Rentner*innen.

Sanierungsbeauftragte sollen großflächige Beratungsangebote für Bürger*innen schaffen und Quartierslösungen erarbeiten. Wenn Quartierslösungen erarbeitet und umgesetzt werden, können Genossenschaften oder andere gemeinwirtschaftliche Eigentumsmodelle sinnvolle Lösungen sein. Wir wollen von Dänemark lernen und viele Jahre im Voraus die Stilllegung der Gasnetze ankündigen. Mit städtischer Beratung finden sich überall Möglichkeiten erneuerbarer Wärmeversorgung.

Wir fordern konkret:

Klimaneutrales und sozial gerechtes Bauen:

- **Bestandsgebäude: energetische Sanierungsrate von mind. 5 % pro Jahr**
Konsequente energetische Sanierungen senken Heizkosten und steigern die Wohnqualität. Um den Wärmebedarf von Bestandsgebäuden zu verringern, braucht es eine großflächige städtische Sanierungskampagne mit kostenfreier Beratung für Wohn- und Nichtwohngebäude. Dabei soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen: Um eine zehnprozentige Sanierungsrate der städtischen Gebäude zu erreichen, werden Klimaneutralitäts-Zielvereinbarungen mit den städtischen Betrieben einschließlich GWG und Klinikum geschlossen.
- **Wärmebedarf reduzieren und Heizkosten sozial gerecht gestalten**
Energetische Sanierungen sind der Schlüssel für die Wärmewende. Diese dürfen nicht zu steigenden Mieten führen. Milieuschutzzsatzungen und Mietobergrenzen können dabei Mieter*innen schützen und soziale Vielfalt in den Quartieren sichern. Dafür braucht es städtische Steuerung durch das Bauamt und Sanierungsbüros, sowie Info-Veranstaltungen in den einzelnen Stadtvierteln. Alle Maßnahmen müssen warmmieten-neutral erfolgen. Sie dürfen nicht zu „Entmietung“ und Verdrängung führen. Deshalb müssen Wärmewende und Kampf um bezahlbaren Wohnraum Hand in Hand gehen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die GWG wollen wir dazu verpflichten, die warmmieten-neutrale Modernisierungsumlage nur zeitgebunden bis zum Abbezahlen der energetischen Sanierung umzulegen. Die Baukostenzuschüsse für Fernwärme sollen begrenzt werden und von der GWG nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden. Um die Kosten für alle gering zu halten, setzen wir uns für eine starke Fernwärmesatzung ein, wie in Hannover.
- **Vorrangige Förderung einkommensschwacher Haushalte**
Klimaschutz kostet – vor allem im Gebäudesektor. Zwar fließen Milliarden in Heizungsförderung und Sanierungen, doch oft profitieren gut situierte Eigentümer*innen. Für viele Haushalte bleibt klimafreundliches Wohnen dagegen unerschwinglich. Wir wollen Haushalte mit geringem Einkommen bevorzugt unterstützen, sodass soziale Gerechtigkeit im Zentrum der Energiewende steht.

Erneuerbare Wärme und Solarstrom fördern:

- **Ausbau des Fernwärmennetzes mit Solarthermie, Großwärmepumpen und Abwärme**
Fernwärme ermöglicht eine effiziente, saubere Wärmeversorgung. Bisher liegt die FernwärmeverSORGUNG in Kassel bei gerade einmal 20 %. Wir wollen bestehende Netze optimieren, neue Quartiere anschließen und erneuerbare Energien integrieren. Das

Fernwärmennetz soll zügig ausgebaut und um Nahwärmennetze ergänzt werden. Alle vor Ort verfügbaren Quellen von erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme müssen im Rahmen der Wärmeplanung vollständig erfasst und genutzt werden.

- **Solarpflicht für alle geeigneten Dächer**

Jeder Quadratmeter Dachfläche ist eine Chance für sauberen Strom und Wärme. Bei einer Lebensdauer von 25 Jahren erzeugt eine PV-Anlage bspw. etwa 12-mal so viel Energie, wie für den Herstellungsprozess notwendig ist. Wir wollen bis 2030 alle technisch geeigneten Dächer und Parkplätze der Stadt und der städtischen Betriebe für Photovoltaik nutzen. Bei der GWG wollen wir günstigeren Strom schaffen durch Mieterstrom und gemeinschaftliche Gebäudeversorgung. Mit einer Solarsatzung und in allen zukünftigen städtebaulichen Verträgen, Kauf- oder (Erb-)Pachtverträgen verankern wir die verpflichtende Installation einer Solaranlage zur Stromerzeugung, soweit dies verhältnismäßig ist. So schaffen wir einheitliche Pflichten für alle Neubauten und, wo immer möglich, auch für Bestandsgebäude und Gewerbedächer. Wir unterstützen dabei Bürger-Energie-Ansätze.

- **Energieversorgung in städtischer Hand**

Wir fordern die Überführung der Städtischen Werke AG in einen Eigenbetrieb der Stadt Kassel, um die Einflussmöglichkeiten der Stadt hinsichtlich notwendiger Maßnahmen der Energiewende sicherzustellen. Eigenbetriebe sichern die Daseinsvorsorge, da sie wichtige Aufgaben wie die Grundversorgung mit Strom und Wärme übernehmen und gleichzeitig eine Kontrolle durch die Gemeinde ermöglichen. Wir wollen Bus und Bahn nicht durch überhöhte Fernwärmepreise querfinanzieren, sondern dafür eine separate Mobilitätsabgabe für Arbeitgeber*innen einführen.

Energie muss bezahlbar sein und bleiben:

- **Sozialtarife für Energie**

Energie muss für alle Menschen bezahlbar sein. Wir wollen, dass der Grundbedarf an Strom günstig bereitgestellt wird. Darüberhinausgehender Verbrauch muss zunehmend teurer werden. Für Stromverbrauch, den die Mieter*innen nicht beeinflussen können, sind Sonderregelungen zu treffen. Niemand darf wegen steigender Energiepreise von der Grundversorgung ausgeschlossen werden nur weil er oder sie eine Elektrogebäudeheizung nutzen muss.

- **Keine Energiesperren mehr**

Im Jahr 2023 wurde in Kassel 1430 Haushalten Strom, Gas oder Wärme abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Diese Energiesperren sind eine stille soziale Katastrophe, besonders in den kalten und dunklen Wintermonaten. Wir setzen uns für ein Ende dieser Praxis bei den Städtischen Werken ein.

- **Müllentsorgung und Fernwärme müssen bezahlbar bleiben**

Durch die seit 2024 stattfindende CO₂-Bepreisung droht die Entsorgung und Verbrennung von Abfall immer teurer zu werden – und mit den Müllgebühren auch die Fernwärme, als wichtiger Baustein der Wärmeversorgung in Kassel. Das trifft ärmere Menschen stärker als

solche, die sich das leisten können. Wir wollen, dass sich die Stadt Kassel der Musterklage vieler kommunaler Entsorgungsunternehmen in Deutschland gegen diese Regelung anschließt.

9.5 Reparieren und wiederverwenden – weniger Verschwendung

Die Linke will die Flut von unnötigem Müll reduzieren. Möglichst viele Produkte sollen repariert oder wiederverwendet werden. Und selten gebrauchte Dinge sollen leichter gemeinschaftlich genutzt werden können. Damit schonen wir die Umwelt und die Haushaltstasse.

In Kassel gibt es eine Handvoll Reparier-Cafés/Werkstätten von privaten Initiativen. Allerdings meist nur einmal monatlich und rein ehrenamtlich. Auch die Bauteil- und Materialbörse (BauMaB Kassel e.V.) im Hafenquartier ist eine private Initiative, die von der Stadt Kassel erstmal nur eine Anschubfinanzierung erhält, über die jedes Jahr aufs Neue entschieden wird, was die Zukunftsplanung erschwert. Das Projekt soll durch die Wiederverwendung von Bauteilen und Baumaterialien den CO₂-Fußabdruck der Stadt erheblich senken und somit aktiv zum Klimaschutz beitragen. Allerdings wird das kaum gelingen, solange das Bauamt, die städtische Schulbau- und Wohnungsbaugesellschaft oder die Stadtreiniger nicht Teil dieser Kreislaufwirtschaft werden. Auf der Homepage der Stadt Kassel findet sich nur die Verlinkung auf eine Firma „Rent.Group“, die spezialisiert ist auf die Vermietung von Einrichtungsgegenständen. Foodsharing, Nachbarschaftsvernetzung, Refill-Angebote usw. – Fehlanzeige! Lediglich eine Broschüre der „Transition Town Kassel“ von 2021 ist eingestellt und im Umwelt- und Gartenamt erhältlich. Was Wegwerf-Unkultur betrifft, war Kassel mal Vorreiterin: als erste Stadt, die ab 1991 mit einer Einweg-Verpackungs-Abgabe gegen die Fast-Food-Ketten vorging. Die wurde von den hoch bezahlten McDonalds-Anwälten zunächst erfolgreich bekämpft...

Wir fordern konkret:

- **Eine Verwaltungseinheit für Kreislaufwirtschaft in Kassel**
Die Stadt muss alle unterstützen, die sich ehrenamtlich oder in Projekten dafür engagieren. Es muss ein wesentlicher Teil der Klimaschutzstrategie und der kommunalen Wirtschaftspolitik werden, sparsam mit den Ressourcen umzugehen und so viel wie möglich (wieder) zu verwenden. Dazu ist systematische und planmäßige Arbeit notwendig. Außerdem brauchen die (ehrenamtlichen) Initiativen verlässliche Förderung und Unterstützung.
- **Baustoff- und Materialbörse als Alltagseinrichtung der Stadt**
Die Wiederverwendung von Baumaterial ist eine große Sache. Wenn die Stadt Abrissgenehmigungen erteilt, muss zugleich die Weiternutzung vorgegeben werden. Bei Baugenehmigungen ist die Verwendung gebrauchter Materialien vorzusehen und die Stadtreiniger müssen systematisch in diese Form der Kreislaufwirtschaft eingebunden werden.
- **Kommunale Verpackungssteuer für weniger Müll**
McDonalds hat immer wieder dagegen geklagt und letztlich doch verloren. Deshalb können Städte und Gemeinden jetzt dem Beispiel von Tübingen u.a. folgen und die Flut von Papp- und Plastik-Geschirr eindämmen. Wir wollen Mehrwegsysteme und umweltfreundliche

Alternativen stärken, Abfallmengen und Entsorgungsaufwand reduzieren und Kosten fairer nach dem Verursacherprinzip verteilen.

- **Städtisch geförderte Reparatur-Cafés in allen Stadtteilen**

Rein ehrenamtliche Angebote reichen nicht, um alltagsnah das Reparieren von Gegenständen einzuüben. Außerdem haben bisher längst nicht alle Zugang zu solchen Orten der Selbsthilfe und Nachbarschaftlichkeit.

9.6 Klimakiller abrüsten und abschöpfen

Die wachsende Militarisierung in Deutschland und Europa hat direkte Auswirkungen bis in die Kommunen. Die Rüstungsausgaben steigen, zivile Budgets geraten unter Druck, und auch Städte und Gemeinden werden immer stärker in militärische Strukturen eingebunden – sei es durch Rüstungsstandorte, Bundeswehrwerbung an Schulen oder die Beteiligung der Kommunen am „Operationsplan Deutschland“ zur Einbindung ziviler Objekte in militärische Planungen. Kassel ist historisch wie gegenwärtig eng mit der Rüstungsproduktion verbunden. Unternehmen wie Rheinmetall oder KNDS (früher: Krauss-Maffei Wegmann) prägen die industrielle Struktur, insbesondere in der Produktion von Panzerfahrzeugen und militärischer Ausrüstung. Das hat erhebliche ökonomische, soziale, aber auch ökologische Folgen: Einerseits sind Arbeitsplätze von der Branche abhängig, andererseits tragen Waffen aus Kassel damit zu weltweiten Kriegen und Konflikten bei. Ob Erdogans Krieg gegen die Kurd*innen oder Saudi-Arabiens Krieg gegen den Jemen: Waffen aus Kassel sorgen auf der ganzen Welt für Mord und Vertreibung.

Rüstung und Krieg tragen auch erheblich zur Klimaerwärmung bei, denn das Militär verbraucht enorme Mengen fossiler Brennstoffe und stößt große Mengen Treibhausgase aus. Der Wiederaufbau im Krieg zerstörter Gebäude wirkt sich ebenfalls auf die Klimabilanz aus. Neubauten erfordern große Mengen Energie, Material und Transport, was zusätzliche CO₂-Emissionen verursacht. Der dadurch beschleunigte Klimawandel verschärft Konflikte, etwa durch Ressourcenknappheit oder Naturkatastrophen, was wiederum militärische Einsätze und Rüstungsausgaben steigert – ein sich selbst verstärkender Teufelskreis.

Die Linke sagt klar: Frieden beginnt vor Ort. Unsere Städte und Gemeinden dürfen nicht Teil der Militarisierungspolitik werden. Sie müssen Vorreiter für eine zivile, solidarische und friedliche Zukunft sein. Statt Geld in Rüstung und Krieg zu stecken, investieren wir in das, was die Menschen wirklich brauchen: soziale Sicherheit, Bildung, Kultur, Gesundheit und eine intakte Umwelt.

Wir fordern konkret:

Kassel friedlicher machen:

- **Keine Ausweitung von Rüstungsproduktion**

Die Linke ist gegen die weitere Ansiedlung von Rüstungskonzernen in der Stadt Kassel. Ausweitungen der Produktion oder den Ausbau von Teststrecken lehnen wir ab. Mittelfristig fordern wir eine Konversion der Rüstungsproduktion in eine Industrie, die nachhaltige und zukunftssichernde Produkte herstellt anstatt Kriegsausrüstung.

- **Gewerbesteuer erhöhen**
Jeder Euro für Rüstung fehlt vor Ort. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg sind gigantisch – gleichzeitig fehlt es in den Kommunen an Geld für Kitas, Schulen, Pflege, Kultur, Wohnungsbau und Klimaschutz. Wir fordern die stärkere Besteuerung von großen Unternehmen wie Rheinmetall & Co durch eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes.
- **Keine öffentliche Förderung für Rüstungsunternehmen**
Kommunale Wirtschaftsförderung oder Auftragsvergaben dürfen nicht an Unternehmen gehen, die direkt oder indirekt an der Rüstungsproduktion beteiligt sind.
- **Keine städtischen Aufträge an Waffen- und Überwachungskonzerne**
Das soll in den kommunalen Beschaffungsrichtlinien klar festgelegt werden. Wir wollen Vorrang für soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Unternehmen.
- **Schutz für Wohngebiete**
Im Ernstfall sind die Waffenschmieden erstes Angriffsziel für Bomben und Raketen. Deshalb sind Schutzräume und Schutzkonzepte für die betroffenen Anwohner*innen dringend nötig!

Bildung und Forschung ohne Krieg:

- **Keine Bundeswehr an Schulen**
Die Bundeswehr versucht verstärkt, junge Menschen in Schulen, auf Berufsmessen und durch Kooperationen mit Hochschulen zu erreichen. Kommunen können und müssen dem entgegenwirken. Jugendoffiziere, Rekrutierungsveranstaltungen und militärische Werbung in Bildungseinrichtungen lehnen wir strikt ab.
- **Zivilklauseln an Hochschulen**
Forschungseinrichtungen sollen sich verpflichten, keine militärisch relevanten Forschungsaufträge anzunehmen. Forschung darf nur zivilen und friedlichen Zwecken dienen. Wir verteidigen die Zivilklausel an der Universität Kassel.

Öffentlicher Raum ohne Militarisierung:

- **Kein „Werben fürs Sterben“**
Die Linke möchte keine KVG-Trams mit Bundeswehrwerbung im Stadtbild sehen. Insgesamt sollen keine Flächen und Standplätze mehr für die Werbung der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Es soll auch kein Sponsoring von städtischen Veranstaltungen durch Rüstungsunternehmen geben.
- **Öffentlicher Raum frei von Militarisierung**
Kommunen dürfen nicht zur Bühne für Militärpropaganda werden. Stadtfeste, Messen oder Jobbörsen sollen Orte der Begegnung, Kultur und Solidarität sein – nicht der Rekrutierung.

Stattdessen setzen wir uns für Veranstaltungen ein, die internationale Verständigung, Demokratie und Vielfalt in den Vordergrund stellen.

- **Gedenken stärken**

Erinnerungs- und Gedenkarbeit an Krieg, Militarismus und Faschismus muss unterstützt und sichtbar im Stadtbild verankert werden. Deshalb unterstützen wir auch die Initiative Gedenkstätte Königstor, die im ehemaligen Polizeipräsidium und Gestapo-Hauptquartier eine Gedenkstätte errichten will zur Erinnerung und politischen Bildung über die Verbrechen in der Nazizeit hier in Kassel.

9.7 Städtische Unternehmen demokratisieren

Die städtischen Unternehmen und Beteiligungen leisten einen bedeutsamen Beitrag für die Stadt, die Einwohner und Gäste. Viele kommunale Leistungen und Dienstleistungen werden von ihnen erbracht. Bis auf die Stadtreiniger und Kassel Wasser sind diese Unternehmen in privatrechtlicher Form organisiert, für die Öffentlichkeit und die Stadtverordnetenversammlung kaum zugänglich. Die meisten Entscheidungen werden in nicht öffentlichen Sitzungen der Aufsichtsräte getroffen. Unternehmensberichte gehen nur an den Magistrat. Dies muss und kann sich ändern.

Wir fordern konkret:

- **Regelmäßige Unternehmensberichte an die Öffentlichkeit**

Die Berichte sollen regelmäßig auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Die Beschlüsse der Aufsichtsräte sind zu veröffentlichen.

- **Aufsichtsräte mit Mandat**

Die Stadtverordnetenversammlung muss das Recht erhalten, den städtischen Vertreter*innen in den Aufsichtsräten Aufträge zu erteilen.

- **Gebühren transparent und demokratisch gestalten**

Wenn städtische Unternehmen Gebühren und Entgelte erheben, verlangen wir eine Offenlegung der Kalkulationen und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Verbraucher*innen und Nutzer*innen.

- **Wir fordern einen Kurs gegen Privatisierungen**

Es darf keine weitere Privatisierung öffentlicher, städtischer Einrichtungen, Dienstleistungen oder Betriebe geben.

- **Rekommunalisierung** von Leistungen und Aufgaben, die privatisiert wurden. Insbesondere soll die Trinkwasserversorgung vollständig mit Anlagen und Geschäftsbetrieb an den Eigenbetrieb Kassel Wasser übergehen.

9.8 Finanzen gerechter und transparent gestalten

Die Stadt Kassel hat im Jahr 2017 den Schuldenschutzschirm verlassen. Bis Ende 2019 verzeichnete die Stadt sechs Jahre in Folge Haushaltsüberschüsse. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten in Form der

Kassenkredite sind auf null abgesenkt worden. Die Kehrseite der Medaille ist, dass auch nach dem Verlassen des Schuldenschutzschirms ein Großteil der Haushaltsüberschüsse in die Tilgung und sogar in die vorzeitige Ablösung von Schulden – zumeist Investitionskredite – geflossen ist. Sieht man von Bundes- und Landeszuschüssen (Kommunales Investitionsprogramm) im Jahr 2017 ab, hat die Stadt leider nur geringfügig, bis gar nicht in ihr Anlagevermögen und die Infrastruktur investiert. Die Stadt fährt ihr Anlagenvermögen wie Gebäude und Straßen weiterhin auf Verschleiß. Im Jahr 2024 wurden lediglich die Hälfte der verfügbaren Haushaltssmittel für investive Maßnahmen in Anspruch genommen. Die Summe aus Haushaltsansatz und Haushaltsausgaberesten aus den Vorjahren hat inzwischen ein Volumen erreicht, das aus notwendigen Investitionskrediten nicht mehr finanziert werden kann. Die Verschiebung notwendiger Baumaßnahmen in die Zukunft führt damit zu einem stetigen Anstieg des Anlagenabnutzungsgrades.

Die Linke Kassel setzt sich dafür ein, dass das Sondervermögen des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in den Bereichen Soziales, Wohnen, Bildung und ÖPNV eingesetzt wird. Diese kommunalen Investitionen sollten bedarfsgerecht und fachlich begründet erfolgen, ihr Beitrag zur Militarisierung Deutschlands darf nicht handlungsleitend sein.

Mit den jüngsten Immobilienkäufen (Wintershall-Gebäude und Liegenschaft der Sparkasse in der Wolfsschlucht) hat der Oberbürgermeister, im Eilverfahren und ohne ausreichende Beratung der Stadtverordneten, viele Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt „lockergemacht“. Das kritisieren wir vor allem deshalb, weil andere Finanzanträge immer wieder mit Verweis auf fehlende Haushaltssmittel abgelehnt werden. Hier ist weder Transparenz noch Aufrichtigkeit vorhanden und der Kämmerer schweigt beharrlich. Auch wenn wir für mehr Immobilieneigentum in städtischer Hand sind, lehnen wir solche Überrumpelungsverfahren ab.

Wir sind der Meinung, dass in Kassel erzielte hohe Unternehmensgewinne mehr als bisher zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben herangezogen werden sollen. Von den 14.751 gemeldeten Gewerbeunternehmen bestehen für gerade einmal 4.280 Zahlungsverpflichtungen (Stand 31.12.2022). Kleinere Gewerbetreibende sind also in der Regel von einer Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes nicht betroffen. Die Stadt Kassel liegt mit ihrem Gewerbesteuer-Hebesatz von 440 Punkten v.H. am unteren Ende aller kreisfreien Städte in Hessen. Der Einfluss auf die Gewerbesteuer kann zugunsten der Stadt Kassel und seiner Bürger*innen genutzt werden – im Gegensatz zu vielen nichtbeeinflussbaren Steueränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen.

Wir fordern konkret:

- **Die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes** um 20 Punkte von 440 v.H. auf 460 v. H.: Damit würden die Einnahmen um ca. 4,5 % steigen.
- **Die Erhöhung der Spiel-Apparate-Steuer**
- **Eine transparente Haushaltsführung**
Diese muss u.a. eine halbjährliche Bilanz des laufenden Finanzhaushalts beinhalten.
Folgendes gehört dazu:

- > Die Stadtverordnetenversammlung als höchstes demokratisches Gremium in der Stadt muss wieder die Haushaltshoheit haben. Alleingänge des Oberbürgermeisters ohne demokratische Legitimation müssen aufhören!
- > Einstellung von zwei kommunalen Betriebsprüfer*innen
- > Jahresüberschüsse der städtischen Eigenbetriebe (z.B. Stadtreiniger) müssen zu gleichen Teilen in das allgemeine Rücklagevermögen fließen und für weitere Investitionen in die technische Infrastruktur benutzt werden.
- > Offenlegung der Geschäftsberichte des städtischen Wohnungsunternehmens GWG GmbH. Der letzte Geschäftsbericht wurde im Jahr 2016 veröffentlicht.
- > Detaillierte Offenlegung des Stiftungskapitals der Stadt Kassel
- **Keine Anhebung der Grundsteuer B**, da diese Steuer zu 100 Prozent auf die Mieter*innen umgelegt werden kann.
- **Erhebung von Nutzungsgebühren** gegenüber Unternehmen (Fernbusse und E-Scooter) deren Geschäftsmodell auf der Nutzung öffentlicher Straßen und Wege basiert
- **Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen, die nicht ausschreibungspflichtig sind, sollen städtische, bzw. regionale Firmen bevorzugt werden.**
- **Die Linke Kassel setzt sich dafür ein, dass das Sondervermögen des Bundes zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in den Bereichen Soziales, Wohnen, Bildung und ÖPNV eingesetzt wird.** Diese kommunalen Investitionen sollten bedarfsgerecht und fachlich begründet erfolgen, ihr Beitrag zur Militarisierung Deutschlands darf nicht handlungsleitend sein.

9.9 Geld von Land und Bund erkämpfen!

Die Linke will ein gerechtes Steuersystem zur Finanzierung eines guten Gemeinwesens: Wer viel hat, muss auch viel beitragen. Wer wenig hat, wird entlastet. Denn es ist genug Geld da – es ist nur ungerecht verteilt. Wir wollen, dass in den Kommunalparlamenten nicht darum gestritten wird, was noch verkauft und wo noch eingespart werden kann, sondern dass Protest gegen die ungerechte Verteilung organisiert wird.

Beim privaten Geldvermögen steht Deutschland auf Platz 4 von allen 195 Ländern der Erde: über 9,5 Billionen Euro. Davon besitzen 10 Prozent der Bevölkerung 70 % und die ärmere Hälfte der Bevölkerung praktisch gar nichts. Hochvermögende kommen im deutschen Steuersystem oft besser weg als Normalverdiener*innen. Das liegt vor allem daran, dass sie überwiegend von Kapitaleinkünften leben. Für diese wurden in den vergangenen dreißig Jahren zahlreiche Privilegien geschaffen. Das netzwerk-steuergerechtigkeit.de zeigt, welche Regelungen Vermögende bevorteilen. Deutschland ist ein Hochsteuerland – aber nur für Arbeitseinkommen und nicht für Kapitaleinkünfte.

Das bestehende Steuersystem ist Ausdruck eines „Klassenkampfs von oben“. Es ist unsozial und außerdem klimaschädlich. Denn hochvermögende Individuen fliegen nicht nur mit Privatjets durch die Welt, sondern sie treffen klimaschädliche Investitionsentscheidungen und bestimmen damit maßgeblich, was produziert wird. Es geht uns also im doppelten Sinn um ökologische Volkswirtschaft und Demokratie: mehr Mittel für das Gemeinwohl und die Selbstbestimmung in Kommunen und weniger Geld- und Machtkonzentration in den Händen weniger!

Wir fordern, dass die Stadt Kassel für Steuergerechtigkeit kämpft – zusammen mit anderen Kommunen, mit Gewerkschaften, Verbänden und Netzwerken, die sich bereits auf den Weg gemacht haben.

Wir wehren uns gegen Gebührenerhöhung und Sparprogramme: Wenn die fehlenden Finanzmittel auf dem Rücken der Bürger*innen ausgeglichen werden, trifft das diejenigen besonders hart, die kleine Einkommen und kein Polster haben. Das wollen wir nicht zulassen.

Die Bundesregierung schont die Überreichen, verweigert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, aber droht mit Kürzungen beim Bürgergeld, bei der Rente, bei der Pflege. Die Landesregierung streicht bei den Universitäten – die Uni Kassel trifft ein Minus von 14 Millionen Euro pro Jahr. In vielen Kommunen können Schulen nicht saniert werden, Klimaanpassung und soziale Hilfen bleiben auf der Strecke. In Kassel hat der Kämmerer im Herbst 2025 eine Haushaltssperre auf 25 % der geplanten Ausgaben verhängt.

Kommune muss finanziert werden: Mehr Kohle in öffentliche Kassen!

Artikel 137 der Hessischen Landesverfassung muss mit Leben erfüllt werden. Dort steht im Absatz 5: Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Die (Über-)Reichen sollen zahlen! Es bräuchte keine Kürzungen öffentlicher Gelder und Gebührenerhöhungen auf Kosten der Beschäftigten, Rentner*innen, Arbeitslosen, Eltern, behinderten Menschen, Migrant*innen, Kinder und Jugendlichen – im Gegenteil! Wir hätten mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle.

Dafür fordern wir konkret:

- **Übergewinnsteuer einführen**
Während viele Menschen in Deutschland nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, machen viele Konzerne wegen der gestiegenen Preise Milliardengewinne. Wenn nur ein Teil der Einnahmen aus der Übergewinnsteuer in einen Schutzschild für kommunale Energieversorger investiert würde, könnten Millionen Menschen entlastet werden.
- **Her mit der Vermögenssteuer**

Wir wollen Vermögen (abzüglich Schulden) oberhalb von 1 Mio. Euro mit 1 % besteuern. Bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen steigt der Satz auf 5 Prozent an. Für Betriebsvermögen gelten Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro.

- **Konzerne besser besteuern**

Die Körperschaftssteuer soll auf 25 Prozent erhöht werden. Manager*innen gehälter oberhalb von 500.000 Euro im Jahr dürfen nicht mehr als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.

- **Gerechte Erbschaftssteuer**

Die Superreichen können derzeit Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Diese Steuerschlupflöcher wollen wir schließen und die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales selbstgenutztes Wohneigentum bleibt davon freigestellt.

- **Steuerflucht unterbinden**

Wir drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern, um Steueroasen auszutrocknen. Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir durch wirksame Kontrollen bekämpfen.

- **Gewerbesteuer zu Gemeindewirtschaftsteuer weiterentwickeln**

Auch gutverdienende Selbständige und Freiberufler*innen werden einbezogen. So können die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen.

Wenn der Bund in den nächsten Jahren Kosten für Hochrüstung und kapitalistische Krisen in Form von Mittelkürzungen auf die Kommunen abwälzen will, müssen wir erst recht gegen Aufrüstungswut kämpfen – und dafür, dass sie sich das Geld von den Überreichen holen und nicht von uns!

Die prokapitalistischen Parteien im Parlament werden diesen Kampf nicht führen, sondern die Kürzungen von Land und Bund an die Kommune weitergeben. Wer die Linke wählt, wählt eine kämpferische Opposition gegen alle, die vor Ort Aufrüstungs- und Sparpolitik durchsetzen wollen.

Wir stehen für ein demokratisches und solidarisches Kassel, für eine Politik, bei der Du im Mittelpunkt stehst! Gemeinsam mit lokalen Initiativen kämpfen wir für bezahlbares Wohnen, ein gutes Leben für alle, echten Klimaschutz, mehr Demokratie und Transparenz vor Ort.

Streite mit uns für ein besseres Kassel, werde aktiv mit uns und wähle am 15. März 2026 Die Linke.

Zur Kommunalwahl 15.03.2026

Unsere Forderungen

**Kassel
radikal
sozial!**

Die Linke

Kreisverband
Kassel-Stadt

www.die-linke-kassel-stadt.de